

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteinst täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 30. Oktober 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der 30. Oktober.

Am 30. Oktober stellte die Regierung einen Wechsel auf Freiheit aus, der bis heute noch nicht eingelöst worden ist.

Christalew in seiner Rede vor dem Gericht. (7. Oktober 1906.)

Im Winter 1905 war es, als die Revolutionswogen die Oberfläche des schon seit mehreren Jahren nicht mehr ganz ruhig dahinfließenden politischen Lebens plötzlich in stürmische Bewegung versetzten.

Der 22. Januar hatte die Revolution entzündet. Die darauffolgenden, mit neuen Repeleien verbundenen Sympathiestreiks in Warschau, in Riga und in anderen Industriezentren riefen eine Reihe ökonomischer Ausstände in den kleineren Städten hervor, die die Monate März und April hindurch dauerten. Einer Ruhepause im Mai, welche durch die zum Weltfeiertage getroffenen Maßregeln der Regierung erzwungen war, folgte eine ganze Reihe politischer Massenausstände im Sommer. Der Kampf ließ zeitweise nach, um dann mit um so größerer Wucht wieder einzusetzen. Kaum hatte sich eine Woge der Revolution im Norden oder im Westen des Reiches gelegt, da schwoh schon eine neue im Süden oder im Zentrum an.

Durch den Krieg waren nicht allein alle Schwächen des Absolutismus aufgedeckt, sondern es war auch bei den allerbreitesten Bevölkerungsschichten eine politische Erziehungsarbeit geleistet. Die Ereignisse des Winters vernichteten die letzten Vertrauensüberreste zum Zaren-Väterchen, die vielleicht noch unter einigen Anhängern Subatows und Sapons zu finden waren. Die Wahlen in die Schidlowstschyschen Kommissionen näherten die indifferenten Massen den organisierten Arbeitern. Immer weitere und weitere Arbeiterschichten schlossen sich der Bewegung an. Immer lauter wurde die Forderung nach politischen Rechten. Der morsche Bau des Staatschiffes krachte unter den Stößen der anstürmenden Revolutionswogen. Das Staatssteuer wurde aus den Händen des einen Ministeriums genommen und denen eines anderen anvertraut: Swjatopolk Mirskij ward von Bulggin, Bulggin von Witte abgelöst. Dabei sah sich die Regierung zu einigen kleinen Konzessionen genötigt. So genügte die „Freiheit“ unter dem „liberalen Frühlingministerium“ Swjatopolk Mirskijs gerade dazu, um die zerstreuten Kräfte der russischen Liberalen zu einer Oppositionspartei zu sammeln. Auch durch das Bulgginische Konstitutionsprojekt wurde gerade das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt war: Die Volkserregung wurde nicht schwächer, sondern sie nahm noch zu. Den Streikenden schlossen sich in den Städten die Handwerker und einige professionelle Verbände an. In den Distriktsprovinzen und einem Teile Polens brachen kurz vor dem 19. August, dem Tage der Veröffentlichung der Bulgginischen „Konstitution“, größere Agrarunruhen aus. Die Bulgginische Reichsduma, die nicht einmal als eine Ständevertretung angesehen werden konnte, befriedigte niemand, und das Projekt wurde von der Regierung selbst fallen gelassen. Zur politischen Lösung der Massen wurde das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und die konstituierende Versammlung. Selbstverständlich konnte sich niemand die Ausübung dieser Rechte ohne Preis, Rede- und Versammlungsfreiheit denken, und für diese Forderungen traten damals auf den ersten Semschwongkongressen auch die Liberalen ziemlich geschlossen ein.

Wir können hier weder auf die Streikbewegung im Oktober noch auf die Entstehung des „Rates der Arbeiterdeputierten“, der gewissermaßen die Riefenbewegung in ganz Russland — wenigstens in der ersten Zeit seines Bestehens — leitete, näher eingehen. Das hieße nach den Worten Christalews „die 50tägige Geschichte des ganzen russischen Lebens“ beschreiben. Es war jedenfalls ein gewaltiges, heldenhaftes Ringen des russischen Proletariats mit dem Kapitalismus und dem Absolutismus zugleich, das sich in dieser Zeit abspielte.

Schon am 21. Oktober, als infolge der Arretierung der Eisenbahndeputierten der Eisenbahnstreik im Moskauer Eisenbahnhof ausbrach, wurde in den sozialdemokratischen Zentralkomitees der Gedanke erwogen, den Streik zu einem allgemeinen zu machen. Der weitere Verlauf der Dinge brachte diesen allgemeinen Streik unumgänglich mit sich. Am 25. Oktober trat der Rat der Arbeiterdeputierten Petersburgs in Funktion. Am 26. Oktober wurde der Generalstreik proklamiert. Der Streik begann in Moskau. Am nächsten Tag streikten nicht allein alle Eisenbahnlinien, sondern auch die Arbeiter und Handwerker Petersburgs, Warschaws, Rigas, Axtos, Rostows und der übrigen Industriezentren Russlands. Ihnen folgten die kleinen Städte und Fabrikorte. Auch die Gerichte und die Schulen stellten ihre Tätigkeit ein.

Ganz plötzlich also war das Unglaubliche in Russland zur Tat geworden: Der allgemeine politische Massenstreik wurde durchgeführt! Die proletarische Lösung: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“, hatte sich am besten, am großartigsten in Russland bewährt. Nicht allein die russische, sondern auch die westeuropäische Bourgeoisie ward geblendet. Sie sah plötzlich das ausgerückte Gespenst eines politischen Massenstreiks vor sich und mit Grauen und Furcht sah sie, daß auch in ihren Fabrikskellern, in den Kasematten ihrer industriellen Schlösser Millionen durch den Hunger in Ketten geschmiedete, aber klaffenbewußte und geistesstarke Prole-

tarier verborgen sind. Die Angst hatte die Augen und die Ohren der europäischen Bourgeoisie geöffnet, die Furcht vor dem neuen mächtigen Feinde, die Sorge um das Schicksal ihres östlichen Gendarmen, des Wächters des „europäischen Kapitalismus“, öffnete ihnen auch den Ventel.

Der Absolutismus war schließlich zum Nachgeben bereit. Am 30. Oktober erschien das bekannte Manifest, in dem die bürgerlichen Freiheiten, eine Volksvertretung und noch einiges mehr in allgemeinen Phrasen versprochen wurde. Es war fast zu viel im Manifest versprochen! Das fiel den Massen sofort auf, und überall äuferten sie ihr Mißtrauen. Trotzdem war der Jubel der Massen über den erzwungenen Sieg groß. Kein Raum konnte die begeisterte Menge fassen. Man suchte die Freiheiten, die man sich erzwungen hatte, voll auszunutzen gerade deshalb, weil keine Garantien gewährt wurden und weil man nicht wissen konnte, wie lange die bürgerliche Freiheit andauern würde.

Die sozialdemokratischen Organisationen waren sich darüber klar: Was erzwungen werden konnte, das mußte sofort erzwungen werden, solange der Ausstand noch andauerte und die Regierung sich vom ersten Schlage noch nicht erholt hatte. In diesem Augenblicke des Freiheitsfiebers wäre das Volk zu allem fähig gewesen, und daher hielt die Regierung es für klüger, in den ersten Freiheitswochen das Militär noch in den Kasernen zu belassen. Sie mußte, um die Erregung der Massen wenigstens einigermaßen zu dämpfen und für sich die nötige Zeit zu erlangen, auch die Befreiung der politischen Häftlinge aus den Gefängnissen zulassen. Mit den übrigen geforderten Garantien (Einberufung der konstituierenden Versammlung, Ausarbeitung des Wahlgesetzes usw.) hatte sie dann Zeit genug.

Wir dürfen den 30. Oktober weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin überschätzen. Wenn wir die damalige Lage nicht vom Standpunkte des Wünschenswerten betrachten, sondern einzig und allein vom Standpunkte der tatsächlichen Ereignisse und der Machtverhältnisse, so müssen wir zugeben, daß, wenn Witte damals vielleicht auf dem Wege der Konzessionen wirklich Ruhe und Ordnung herstellen wollte, er nicht mit einer kräftigen Regierung gerechnet hätte und daß er durch sein Bestreben, die alte Staatsordnung den neuen politischen Verhältnissen anzupassen, einen wesentlichen Fehler beging. Die Regierung Wittes verschärfte durch ihr Verhalten die politische Lage in weit höherem Maße, als es durch die unmittelbare Agitation der Sozialdemokratie geschehen konnte. Die Rücksicht gegenüber den Pogromanjüstern, die Nichtaufhebung des Kriegszustandes schaffte immer neues Mißtrauen, immer neue Verurteilungen im Volke und trieb es direkt in den Kampf. Bald stellte sich ein Zwitterzustand ein: Die alte Staatsordnung war beseitigt, aber eine neue noch nicht geschaffen. Man war in eine Sackgasse geraten aus der man weder zurück noch vorwärts konnte. Der Regierung wurde sowohl von der äußersten Linken als auch von der äußersten Rechten Unentschlossenheit und Untätigkeit vorgeworfen. Witte entschied sich schließlich, der Rechten nachzugeben, und er geriet mit jedem Tage mehr und mehr ins Fahrwasser der Gegenrevolution. Er wurde allmählich zum Strohmann Durnowos und stützte in der lumpigsten Weise noch mehrere Monate hindurch mit seinem Namen den Kredit der Gegenrevolution.

Ein neuer allgemeiner Ausstand im November war mißlungen. Schon der Oktoberstreik, an dessen erfolgreichem Ausgang doch nicht der geringste Zweifel sein kann, hatte deutlich gezeigt, daß mit dem Ausstand allein die Sache nicht abgetan werden kann. Falls im Oktober die Regierung nicht Konzessionen gemacht hätte, so wäre auch damals die Arbeitererschaft gezwungen gewesen, den Ausstand nach kurzer Zeit zum Abschluß zu bringen oder zum Aufstand überzugehen. In einem solchen aber war das große Russland weder genügend vorbereitet noch genügend organisiert, wenn überhaupt jemand schon damals an einen Sieg über die noch in der Mehrzahl regierungstreuen Truppen denken konnte. Daß das Proletariat nicht einmütig, daß es zu allem bereit war, das bewiesen die Aufstände in Moskau, in den Distriktsprovinzen, im Kaukasusgebiet und in Sibirien. Einen Erfolg hätte man sich aber nur dann versprechen können, wenn schon das ganze Volk hinter der Arbeitererschaft gestanden hätte und wenigstens ein Teil des Militärs bei der ersten Aufforderung auf die Seite des Volkes getreten wäre. Daran war im November noch nicht zu denken.

Also muß der 30. Oktober wohl als ein Rückzug auf beiden Seiten betrachtet werden. Die Regierung betrat den Weg der Konzessionen und das klaffenbewußte Proletariat erklärte: Trotzdem es sich mit dem Manifeste nicht zufrieden gebe, könne es doch vorläufig auch den bewaffneten Kampf nicht aufnehmen, und lehre zu seiner „unterirdischen“ Arbeit zurück. Aber ein Rückzug ist noch keine Niederlage, kein Aufgeben des Kampfes! Daß der Kampf noch lange nicht zu Ende ist, davon mußten sich schließlich das erste wie das zweite „Berührungskabinett“, die Herren Witte-Durnowos wie Goremykin, überzeugen, davon wird sich auch der blutige Stolypin überzeugen müssen. Die Revolution ist noch lange nicht tot. Dafür sprechen schon die eben proklamierten Sympathiestreiks in Charkow und Jekaterinow.

Die Reaktionen denken mit Schrecken, das Proletariat denkt mit Begeisterung an die Oktobertage von 1905. Es

war ein kurzer Freiheitstraum! Wir wissen, mit welchen Mitteln die Regierungsbestien die Erinnerung an die Freiheitstage aus dem Gedächtnisse des Proletariats auszujücheln versucht haben. Das ist ihnen nicht gelungen. Seit dem 2. Oktober dieses Jahres sitzt der Petersburger Gerichtshof über den Petersburger Arbeiterdeputiertenrat zu Gericht. Es ist dies, wie der Zeuge Lewsin sich ausdrückte, „das Gericht über das russische Proletariat“. — Kann es eine gräßlichere Komödie geben, als wenn der Zarismus über das Proletariat zu Gericht sitzen will! Die Angeklagten haben bewiesen, auf welcher Seite das historische Recht ist, die eigenen Diener des Zarismus wurden gezwungen, die letzten Fesseln vom verkauften Körper dieser historischen Mißgeburt zu reißen. Den Arbeitervertretern Petersburgs ist die geschichtliche Rolle zugefallen, der Welt zu zeigen, wie niederträchtig der Zar die Arbeiterschaft betrogen hat und noch täglich betrügt. Die Vertreter der Petersburger Arbeiter sprechen den Fluch über den Zarismus auch im Namen derjenigen ihrer Genossen, die zu tausenden hingerichtet wurden, weil sie die einmal erkämpften Freiheiten zu verteidigen wagten. Es nähert sich die Stunde, wo das Volk die Regierung zwingen wird, den am 30. Oktober 1905 ausgesetzten Wechsel auf Freiheit einzulösen.

In der Privatklage des Redakteurs St. Christians in Wilmersdorf, Privatklägers, gegen den Repakteur Karl Reid, hier, Angeklagten, wegen Beleidigung, ist in der Sitzung des königlichen Schöffengerichts Berlin Mitte, Abteilung 148, folgender Vergleich geschlossen worden: Parteien verglichen sich dahin: Der Angeklagte erklärt: So weit in den Artikeln 150 und 153 des „Vorwärts“ von 1903, „Der goldene Fahrstuhl“ und am „Presse Pranger“ verfaßliche Beleidigungen gegen Herrn Christians enthalten sind, nehme ich dieselben zurück und erkläre, daß ich mich überzeugt habe, daß ich Herrn Christians persönliche Vorwürfe von Vestecklichkeit und Korruption nicht machen kann; hierbei bemerke ich jedoch, daß ich in den genannten Artikeln nur die von mir aus heute noch aufricht erhaltene Ansicht vertreten wollte, daß der Redakteur eines Organs für Hypothekendarlehen nicht Mitglied des Aufsichtsrats einer Hypothekendarlehenbank sein dürfte.

Die russische Revolution.

Die Sozialdemokratie in Zentralrussland.

(Aus einem Bericht an das Zentralkomitee.)

Die Gouvernements des zentralrussischen Gebiets der S. D. P. bieten gegenwärtig das Bild eines kolossalen Wachstums der sozialdemokratischen Organisationen und ihres Einflusses. Obgleich die Zahl der führenden Kräfte, die den Organisationen zur Verfügung stehen, vom Dezember an fast überall sich verringert hat, steigt dennoch die Zahl der Parteimitglieder überall auf dreifache und vierfache im Vergleich mit der vom Ende des vorigen Jahres. Trotz aller Repressionsmaßnahmen und „konspirativen Bedingungen“ werden fast jeden Tag neue sozialdemokratische Zirkel und Gruppen gegründet. In den meisten Gouvernements des Gebiets sind die Punkte, wo keine sozialdemokratische Parteiarbeit geleistet wird, so spärlich, daß sie an den Fingern abgezählt werden können. Das Wachstum der Organisationen wurde überall von ihrem Wiederaufbau in demokratischem Sinne geleitet. Dieser Umstand ebenso wie solche Ereignisse, bei denen die Arbeiter sich an der Führung zu beteiligen verlangten, haben es uns ermöglicht, in lebendige und wirksame Verbindung mit der Masse zu treten. Die Masse hat sich an uns gewöhnt und vertraut uns. Ohne „das Komitee“ werden die Arbeiter nirgends einen ernstlichen Schritt unternehmen, und die Direktiven der örtlichen Organisationen verlingen nicht wie die Stimme des Rufenden in der Wüste.

Gleichzeitig mit dem Wachstum der sozialdemokratischen Organisationen in den Städten und Industriezentren steigt der Einfluß der Partei auf dem platten Lande. Dies geschieht nach denselben Gesetzen wie die Vermischung der Flüssigkeiten in kommunizierenden Gefäßen. Es wäre auch sonderbar, wenn die Arbeiter, die mit dem platten Lande durch Familien- und wirtschaftliche Bande verknüpft sind, es unserem Einflusse nicht unterworfen hätten. In den Dörfern des zentralrussischen Gebiets sind wir mächtig.

Die Bauernbewegung im zentralrussischen Gebiete hat bis jetzt nicht jene krankhaften und dabei elementaren Formen angenommen wie bei den Ausbrüchen in Südrussland. Zweifellos sind die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und vielleicht eine mindere Schärfe der Bodenfrage ausschlaggebend gewesen. Hier begreifen es die Bauern besser als im Süden, daß ohne Freiheit das Land nicht zu erlangen ist. Und bei ihrer entschieden politischen Stimmung halten sie sich vor Fornausbrüchen leicht zurück. Wir haben hier häufig folgende Erscheinung beobachtet: Im Süden die Flammen der Agrarrebellion, bei uns Meetings und Versammlungen; die Bauern hören zuerzweifelten und einheimischen Rednern zu, erörtern Organisationsfragen. Sie stellen sich keinen anderen Auffstand vor als einen im Verein mit den Arbeitern geführten, nach einem ausgearbeiteten Plan, mit einer starken Organisation.

Die Tätigkeit der Organisationen des zentralrussischen Gebiets wird in der letzten Zeit auf eine weitere Entwidlung der Bewegung auf dem Lande gerichtet. In dieser Frage hat das Bureau des Gebiets Verhandlungen mit dem allrussischen Bauernverband eingeleitet. Als Resultat dieser Verhandlungen kommt in einigen Organisationen eine gemeinsame Tätigkeit der Partei und des Bauernverbandes auf der Grundlage der revolutionär-demokratischen Organisation des Dorfes zustande.

Die Feldkriegsgerichte.

Die illegale Zeitung „Proletarii“ ist in den Besitz des folgenden offiziellen Dokuments gelangt, welches es in seiner Nr. 5 veröffentlicht:

Ministerium des Innern. Eigene Kanzlei des Ministerpräsidenten. Nr. 455. Eilig. Geheim. An Se. Excellenz den Moskauer Gen.-Gouverneur:

Das Polizeidepartement meldet dem Ministerkoll, daß das Moskauer Feldkriegsgericht, ohne Zwang über die Anlagen, die keine Einrichtung herbeiführten, zu verhöhen, ohne Informationsmaterial als Grundlage der Anlage, ihn verurteilt hat.

Entsprechend den vom Polizeidepartement erhaltenen Angaben sind die Ueberfälle auf Postämter und die Plünderungen nicht das Werk Stojerets gewesen, sondern eines gewissen Bauern Nikolaj Dementjew Popow, der nach den Angaben des Polizeidepartements sich ins Ausland geteilt hat.

Indem ich Ihre ernste Aufmerksamkeit als des Vorgesetzten des Feldkriegsgerichts auf solche schwere Justizverfehlungen lenke, welche eine Verengung der Weisheit in der Bekämpfung hervorrufen, empfehle ich Ihnen, sofort alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Verbreitung von diesbezüglichen Gerüchten durch die periodische Presse zu verhindern und das in dieser Angelegenheit gesammelte Material an meine eigene Kasse einzuliefern.

Zum Etat für 1907.

Angesichts der anhaltenden Gerüchte über die bevorstehende Aufnahme einer neuen Anleihe ist es interessant, folgenden, von der „Nietich“ veröffentlichten Auszug aus dem Protokoll der Verhandlungen des Ministerrates anzuführen:

Die Aufstellung des Etats für 1907 bietet die größten Schwierigkeiten. Der Abschluß der letzten Anleihe von 1906 hat außerordentlich viel Mühe gekostet und ist auf sehr ungünstigen Bedingungen hin zustande gekommen. Jedoch ist die Einnahme von dieser Anleihe, trotz ihrer ansehnlichen Summe, unzureichend zur Deckung des Defizits von 1905 und der Ausgaben für die Liquidation des Krieges. Die Aufnahme einer neuen Anleihe für 1906—1907, sei es innerhalb des Landes, sei es im Auslande, ist für uns unerreichbar, wie infolge der allgemeinen Marktlage so auch ganz besonders infolge der Ungünstigkeit unserer inneren Zustände. Auf diese Weise ist es notwendig, um den Etat für 1907 ohne Defizit aufzustellen, entweder zu neuen Steuern oder zur Bestimmung der einzelnen Etatposten in äußerster bescheidenen Grenzen zu greifen. Jedoch können neue Steuern kaum verwirklicht werden, um bereits 1907 fühlbare Resultate aufzuweisen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Oktober.

Die Gegensätze im Zentrum.

Vor kurzem philosophierte die „Germania“ über die Gegensätze in den Parteien. Die gesamte Linie, so führte das Zentrumsbüro aus, trafe an inneren Zwistigkeiten, und auf der rechten Seite herrsche zu wenig politisches Leben, als daß es überhaupt zu einem Gegensatz kommen könne. Demgegenüber wurde die Einigkeit im Zentrum und dessen politische Mäßigkeit gelobt. Darauf hat bereits die „Kreuzzeitung“ bemerkt, rein äußerlich könne die „Germania“ recht haben, wenn sie behauptet, das Zentrum kenne keine Zwistigkeiten. „Aber“, so schreibt das konservative Blatt, „es können in einer Partei sehr tiefgehende Gegensätze bestehen, ohne daß sie als Zwistigkeiten nach außen sich bemerkbar machen. Sollte gerade die Zentrumspartei, die doch aus den politisch heterogensten Elementen zusammengesetzt ist, keine inneren Gegensätze kennen? Diese Frage wird die „Germania“ keinesfalls verneinen können.“

Die „Rheinische Volksstimme“ nimmt Bezug auf diese Auseinandersetzung und meint, es bedürfe keiner näheren Darlegung, daß die „Germania“ die Behauptung der „Kreuzzeitung“, in der Zentrumspartei gebe es gerade so gut wie in anderen Parteien Meinungsverschiedenheiten, nicht widerlegen könne. „In wirtschaftlichen Dingen“, so schreibt das Blatt der rheinischen Zentrumsbauern, „sind die Gegensätze im Zentrum oft genug in die Erscheinung getreten. Wie könnte es bei der Parteizusammensetzung auch anders sein. Wir erinnern an die scharfe parlamentarische Auseinandersetzung zwischen dem Arbeitersekretär Giesberts und dem Landesrat Schmieding, der bekanntlich einer Anregung des Westfälischen Bauernvereins entsprechend für die Beseitigung der kleinen Unfallrenten eintrat und von seinem Fraktionskollegen Giesberts dieserhalb scharf angegriffen wurde.“

Einen neuen Beweis für die Meinungsverschiedenheiten im Zentrum hat das Blatt gefunden in dem Verhalten der Partei zur Fleischfrage. Während in der letzten Sitzung der Kölner Stadtverordneten der Abgeordnete Trimborn warm für die Öffnung der Grenzen eintrat und im Verein mit seinen Parteigenossen an der Seite der Liberalen einen dahin gehenden Antrag annahm, habe sich die „Rheinische Volkszeitung“ in einer ihrer letzten Nummern recht scharf gegen eine derartige Maßnahme gewandt. Selbst die führenden Zentrumsbüroblätter seien nicht immer einer Meinung. Während in der Gewerkschaftsfrage die „Germania“ dem konfessionellen Zusammenschluß der Arbeiter das Wort rede, trete die „Rheinische Volkszeitung“ mit aller Energie für die christlichen Gewerkschaften ein. Derartige Meinungsverschiedenheiten seien eben unausbleiblich bei einer Partei, deren Wähler sich zusammenschließen aus den verschiedensten Interessengruppen: Bauern, Beamten, Handwerker, Kaufmanns- und Arbeiterstand.

Die Gründe, weshalb das Zentrum agrarische Blatt, ganz entgegen der sonstigen Gewohnheit der Liberalen, das Vorhandensein von Gegensätzen und Meinungsverschiedenheiten betont, liegen auf der Hand. Die Agrarier beherrschen das Zentrum, sie sind rücksichtslos bis zum äußersten und bringen vor allen Dingen auf die Durchführung ihrer Interessen. Sie würden es am liebsten sehen, wenn das Zentrum die städtischen Wahlkreise löswürde, die die Staatsmänner der Partei zu allerhand Konzessionen an die Arbeiter nötigen. Ihr Ideal ist der Satz des Grafen Strachwitz: Das Zentrum wird agrarisch sein, oder es wird nicht sein! — ein Standpunkt, der sich nicht verträgt mit dem des Herrn Trimborn, der seinem Wahlkreise zuliebe verkündet: Das Zentrum wird sozialpolitisch sein, oder es wird nicht sein!

Die „Rheinische Volksstimme“ legt es darauf an, den sozialpolitischen Ballast loszuwerden und das Zentrum auf rein agrarische Interessen zu verweisen. Deshalb die geistliche Betonung der Gegensätze im Zentrum, deshalb die scharfmacherische Haltung gegenüber der Arbeiterbewegung, die christlichen Gewerkschaften mit eingeschlossen.

Die nächsten Reichstagswahlen werden voraussichtlich wesentlich dazu beitragen, das Zentrum von seinen städtischen Mandaten zu befreien und nach dem Wunsche des ultramontanen Bauernblattes zu einer fast rein agrarischen Partei zu machen.

Nachmals die preussische Prügeltradition.

In Deutschland voran im militärischen Prügelkult ist, wie allerdings selbstverständlich, Preußen. Es hat bekanntlich Offiziere, die sich wegen Soldatenmißhandlungen in Süddeutschland nicht mehr halten konnten, Unterschlupf gewährt. Der frühere preussische Kriegsminister v. Gohler gab am 9. März 1903 im Reichstage sogar folgende Prinzipien von sich:

„Ich halte es überhaupt für unrichtig, daß jeder Mißhandlungsfall gerichtlich abgeurteilt werden muß; früher war es so, daß ein leichter Stoß oder Schlag disziplinarisch bestraft wurde. Die Offiziere und Unteroffiziere sind verhältnis-

mäßig jung, sie müssen eben erzogen werden. Versteht sich ein Vorgesetzter bei der Ausbildung an den Leuten, so ist es ganz in der Ordnung, daß der Betreffende mit Arrest bestraft wird. Wie die geschlossenen Bestimmungen aber jetzt liegen, muß jeder leichte Schlag, jeder unbedeutende Stoß gerichtlich geahndet werden. Das ist sehr unständig, ruft Erbitterung hervor und die Zukunft einzelner Offiziere und Unteroffiziere wird eventuell in Frage gestellt.“

Man sieht, wie zärtlich Herr v. Gohler sich der Soldatenkinder annahm. Die Möglichkeit, daß ein solcher Prügel am Ende erbittert würde, weil er für seine Vergehen eine leichte Strafe erhielt, erweckte ihm schwere Sorgen. Von der Erbitterung, die sich in den mißhandelten Soldaten ansammeln muß, sagte Erzellenz nichts.

Der Nachfolger des Herrn v. Gohler, der jetzige Kriegsminister v. Einem erklärte am 11. Dezember 1903 dem Reichstage und damit auch der ganzen Armee, daß er die Schläge, die da und dort manchmal in der Erregung fallen, wohl entschuldigen könne. Der verstorbene preussische General v. Boguslawski schrieb einmal einen Artikel, in dem er die Zahl der im Deutschen Reiche vorkommenden Soldatenmißhandlungen als sehr niedrig bezeichnete. Und der preussische Oberstleutnant a. D. Karl v. Wartenberg, dessen Schriftstellernamen Herr v. Gublen lautet, ließ in seiner 1905 erschienenen Schrift „Cotorum censeo“ S. 80 folgende Klage los:

„Aber unheimlich mußte den alten Praktikern zumute werden, als sie später von autoritativer Seite zu hören bekamen, daß die an sich verhältnismäßig geringe Zahl der Soldatenmißhandlungen noch zurückgegangen sei. Ließ sich daraus nicht schließen, daß die beständig aufgestiegene in ihrer Existenz bedrohten Vorgesetzten heute weniger tatkräftig gegen ihre Untergebenen auftraten als vormals, damit nur nichts vorkomme?“

„Da haben wir es! Der preussische Herr Oberstleutnant a. D. v. Wartenberg, der zuletzt an der Spitze eines preussischen Bataillons stand, kann sich die Soldatenausbildung ohne Prügel ebensoviele vorstellen wie ein preussischer Normalmajor von 1806. Nach unserer Erfahrung gibt es aber viele Wartenbergs in der deutschen Armee. Nur schmeitern sie ihre Anschauung nicht so ungeniert in die Welt hinaus. Wie nachsichtig auch die große Masse der deutschen Offiziere über Soldatenmißhandlungen denkt, beweisen zur Genüge die äußerst milden Strafen, die die Soldatenquäler meistens erhalten.“

In der deutschen Armee spuckt eben leider noch immer Friedrich II. als Gespenst. Vor allem die preussischen Kriegsgelährten können sich auch in der Zeit der allgemeinen Wehrpflicht von dem preussischen Dranzen, der in der Zeit der Vincartaktik und der Söldnerheere große militärische Erfolge errungen hat, nicht trennen. Kögen sie einmal ernstlich darüber nachdenken, wie es dem „großen König“ ergangen wäre, wenn er mit seinen verprügelten und gemarterten Soldaten, von denen die meisten nur auf eine Gelegenheit zur Desertion lauerten und daher zum Kampfe in unüberwindlichem Gelände überhaupt unbrauchbar waren, gegen Napoleon hätte Krieg führen müssen. Er wäre zweifellos unterlegen, wenn auch nicht so erbärmlich wie Friedrich Wilhelm III.

Solange das aus dem Hohenzollernkultus herauswachsende Festhalten an den Traditionen Friedrichs II. in der preussischen Heere nicht aufgegeben wird, kann das Soldatenprügeln aus der deutschen Armee nicht verschwinden. Es gehört ja zu den zweifelhaften Ruhmestiteln des „großen Königs“, daß er und sein Herr Vater zu den größten Prügelmeistern der Welt gehörten.

Deutsches Reich.

Gegen die Fleischsteuerung.

Die „Rheinisch-Westfälische Zig.“, das Organ der Reichsbanner, hat bis vor kurzem nicht nur die hohen Vieh- und Fleischzölle der neuen Handelsvertragsverträge, sondern auch die von der Regierung zum Nutzen der agrarischen Klassen betriebene Grenzpolitik verteidigt und die sozialdemokratischen wie liberalen Ausprägungen über die Schäden dieser Politik als lächerliche Querulieren verspottet. Erst jüngst hat sie sich bezogen gefühlt, eine etwas andere Taktik einzuschlagen, und in ihrer Sonnabendnummer leistet sie sich selbst eine Querulerei, die sich sehen läßt. Sie schreibt nämlich:

„Die Fleischsteuerung hat einen Grad erreicht, der ohne schwere Erschütterung nicht unverändert bleiben darf. Es ist gewiß berechtigt und unvermeidlich, daß die Landwirtschaft dem allgemeinen Strom der Marktlage folgt; wenn die gesamte Lebenshaltung Deutschlands und der meisten Kulturvölker aufwärts steigt, wenn Löhne steigen, die Arbeitsbedingungen erschwert werden, so wird auch die Landwirtschaft mit höheren Selbstkosten zu rechnen haben. Kein Williger wird auch von der Landwirtschaft verlangen, daß sie für andere Berufsstände umsonst arbeiten soll; wir wünschen einen Schuß der Landwirtschaft so gut wie für die Industrie. Allein alle Preissteigerungen müssen eine Grenze haben und es geht nicht an, daß einzelne außerordentlich wichtige Waren so hohe Preise zu zahlen gehen, besonders wenn von diesen Waren die Ernährung und Lebenshaltung eines übergroßen Teiles des Volkes abhängt.“

Dann wird statistisch nachgewiesen, in welchem Maße in einigen rheinischen Orten seit 1904 die Fleischpreise gestiegen sind, und darauf heißt es:

„Es geht aus den Ziffern jedenfalls hervor, daß die Steigerung für Schweinefleisch über 40 Proz. beträgt. Das ist keine ruhige Entwicklung der Preise mehr, sondern ein stoffweises Springen nach oben. Ein solcher Sprung hätte nun bei vielen Waren nicht allzu viel Schlimmes zu bedeuten; da aber, wo es sich um ein notwendiges Genussmittel und notwendiges Gebrauchsmittel handelt, ruft eine solche Verteuerung Erregung weitestgehender Kreise hervor. Es ist uns ganz zweifellos, daß ein großer Teil der Wahrung in der Arbeiterklasse in den Montanbezirken bewußt oder unbewußt mit der Verteuerung der Fleischpreise zusammenhängt. Noch schlimmer aber sind die Folgen in den anderen, z. B. den Textilbezirken, wo durchaus keine Hochbewegung des Gewerbes vorliegt und wo die Löhne nicht steigerungsfähig sind.“

Die Sperre ist doch nicht Selbstzweck und etwa bestimmt, Fleischnot hervorzurufen, sondern Mittel zum Zweck, und wenn dies Mittel gefährlich wird, so muß man andere Mittel suchen. Wir richten die Fragen an Herrn v. Pöblich: Was hat er im Laufe der letzten Jahre getan, um das Mittel der Sperre zu ersetzen für den Fall, daß die Sperre unhaltbar ist? Wo sind Suchenhöfe für eingeführtes Vieh? Wo sind irgendwelche Vorbereitungen für Quarantäne? Es ist uns unbekannt, daß auf diesem Gebiete irgend etwas geschehen ist.“

Das ehrsame Organ der Roblen- und Eisenmagnaten versteht also ebenfalls recht gut zu querulieren. Doch hieße es die schönen Eigenschaften dieses Blattes verlernen, wollte man annehmen, daß es in Bezug auf die Fleischsteuerungsfrage zu besserer Erkenntnis gelangt sei. Es folgt überhaupt nicht irgendwelchen Erkenntnissen, noch läßt es sich seine Politik durch Grundsätze diktiert; seine Richtschnur

ist lediglich die Vertretung und Förderung der Interessen seiner Gönner, der Herren Bergwerks- und Hüttenbesitzer. Es sieht, daß die Arbeiter mit der stetigen Steigerung der Lebensmittel- und Fleischpreise unzufrieden sind und sich gestatten, unter Hinweis auf diese Steigerung höhere Löhne zu fordern. Das paßt den Unternehmern des Landes nicht, zumal die Regierung sich nicht von vornherein energisch auf die Seite der Bergwerksmagnaten gestellt und den Arbeitern mit dem ganzen Aufgebot der bekannten Regierungswissenschaft in der „Nordd. Allg. Zig.“ nachgewiesen hat, daß jede Lohn-erhöhungsforderung unfruchtlich und staatsgefährlich ist — vielmehr dieses Blatt es, wenn auch gegen den Willen des Herrn Delbrück, wagen konnte, einen Artikel zu veröffentlichen, der den Unternehmern empfahl, in Anbetracht ihrer steigenden Profite die Arbeiterlöhne etwas zu erhöhen.

Solche Annahmen müssen nicht nur zurückgewiesen, sondern es muß zugleich der hohen Regierung demonstriert werden, daß es gar manche Dinge gibt, deren Erörterung ihr peinlich sein dürfte. Nicht deutlich läßt das ehrsame Wochenorgan selbst dieses Motiv durchblicken, indem es schreibt: Die Erregung der Arbeiterklasse, die nicht zum geringsten Teil von den hohen Fleischpreisen hervorgerufen ist, fällt heute mit Wucht auf die Arbeitgeber. Die Arbeitgeber haben die Folgen einer nicht geschickten Staatspolitik zu tragen, und hinterher macht dann die Regierung noch die Arbeitgeber verantwortlich, wenn sie nicht unverzüglich die Wünsche der Arbeiterklasse befriedigen. Aber den stärksten Grund zur augenblicklichen Anruhe in den großen Arbeiterzentren hat nicht der Arbeitgeber gegeben, sondern die Politik des Herrn v. Pöblich.“

Lieber für den Fleischwucher, als für die Sozialdemokratie!

Die der freisinnigen Vereinigung angehörende „Weserzeitung“ fordert zur Unterstützung des national-liberalen Kandidaten Reese im Wahlkreise Stade-Premerode auf. Selbst die „Nation“ (das Organ v. Barth), erklärt, sie verzichte auf den Versuch, die freisinnigen zur Stimmabgabe für den sozialdemokratischen Kandidaten Ebert anzusprechen. Gegen die Lebensmittelverteuerung hätten sich die freisinnigen Wähler durch ihre erste Abstimmung für den freisinnigen Kandidaten ausgesprochen. Jetzt könnten sie gegen die Lebensmittelverteuerung nur noch demonstrieren, indem sie für den Sozialdemokraten stimmten. Damit sei zugleich eine Demonstration für die sozialdemokratische gesellschaftliche Ordnung verbunden, die von ihnen so rücksichtslos verworfen werde. Der Protest gegen die Sozialdemokratie sei aber wichtiger als der gegen die Agrarblöcke. Deshalb müsse die Wahlparole sein: „Für den Nationalliberalen“.

Schamloser kann die freisinnige Zimmerlichkeit sich nicht entblößen. Das durch den Brot- und Fleischwucher ausgebeutete Proletariat weiß nun, was es von den papierernen Protesten des Freisinnigen gegen den Lebensmittelwucher zu halten hat!

Wie die Polizei Verbrechen züchtet.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß im Grunde niemand anders für die letzte Tat des „Köpenicker Hauptmanns“, des unglückseligen Zuchthäuslers Wilhelm Voigt, verantwortlich ist, als die Polizei, die Voigt zu wiederholten Malen während der letzten Monate um seine Existenz gebracht hat. In einigen Blättern war behauptet worden, daß Voigts Behauptung, er sei mit den polizeilichen Maßnahmen auch um seine Arbeit in Berlin gebracht worden, wie er kurz vorher durch die medienburgische Polizei in Wismar aus der Arbeit gedrrieben worden war, den Tatsachen nicht entspreche. Nach den Erkundigungen, die jedoch ein Berliner Blatt bei der Berliner Polizeibehörde selbst eingezogen hat, trifft die Darstellung Voigts dennoch zu. Nach diesen Informationen hat der Berliner Polizeipräsident Voigt eine Beschränkung des Aufenthaltsortes insofern auferlegt, als dem unter Polizeiaufsicht Stehenden der Aufenthalt in Berlin und seinen Vororten untersagt wurde! Für die Berliner Polizeibehörde sei hierbei das preussische Gesetz vom 31. Dezember 1842 maßgebend gewesen, das mit Zuchthaus bestrafen, für die „öffentliche Sicherheit oder Moralität“ gefährlichen Personen gegenüber der Landespolizeibehörde das Recht einräumt, solche Personen in der freien Wahl ihres Aufenthalts zu beschränken.

Wir haben schon früher wiederholt auf die Wirkungen dieses Gesetzes hingewiesen, das obendrein ganz mechanisch angewendet zu werden pflegt. Wie in vielen anderen Fällen ist auch in diesem Falle dem entlassenen Sträfling Voigt die Möglichkeit genommen worden, sich durch Arbeit seinen Unterhalt zu verdienen. Er ist so lange hin und her g e i t e n und in seinem Proletariat gehindert worden, bis er jeden Versuch, sich zu rehabilitieren aufgab, und jenen genialen Streich ausbedachte, den er dann mit so verblüffendem Erfolg in Köpenick ausführte.

Ob man nun endlich daran gehen wird, den berüchtigten Gesetzesparagrafen, der bisher nur Unheil gestiftet und unzählige Menschenexistenzen vernichtet hat, außer Kraft zu setzen? Wir wagen das auch jetzt noch nicht zu hoffen. Denn das Schicksal von Zuchthäuslern ist ja kein Gegenstand, der unsere herrschenden Klassen aufzuregen geeignet wäre!

Leipziger Justiz.

Die Strafkammer des Leipziger Landgerichts überraschte gestern in der großen Leipziger Justizsitzung gegen die „Leipziger Volkszeitung“ dadurch, daß es trotz des für den Oberstaatsanwalt Wöhne und die drei angeblich beleidigten Richter geradezu vernichtenden Ausfalls der Weisungsaufnahme nicht ein auf Freisprechung des Genossen Redaktions Seeger lautendes Urteil verkündete, sondern den Genossen Seeger zu zwei Monaten Gefängnisstrafe wegen des in Abwehr gegen Angriffe Leipziger Justizbeamter geschriebenen Artikels der „Leipziger Volkszeitung“ verurteilte. Die Urteilsbegründung liegt uns noch nicht vor. Wir kommen morgen nach Eingang derselben auf den für die Rechtlichkeit der Presse und der Arbeiterklasse sowie für den Klassenjustizcharakter unserer Rechtspflege außerordentlich bezeichnenden Prozeß zurück.

Mit Dank quittiert. Herr Dr. Jüngst sendet uns eine sogenannte Verächtigung, die zwar nicht dem Vergehen entspricht, der wir aber mit Vergnügen Raum gewähren, weil wir darin die ausbrüchliche Verächtigung für die gegen den Herrn erhobenen Vorwürfe finden. Das kostbare Zugeständnis lautet:

Es ist unrichtig, ich könne nicht bestreiten, daß mit meiner Methode, den niedrigsten Lohnstand zum Ausgangspunkt der Berechnungen zu machen, meine ganze Beweisführung den Charakter der Tendenzmache erhalten habe und tendenziös sei. Dagegen ist richtig, daß ich auf das entscheidende befreiten kann, daß meine Darstellung, wenn sie den niedrigsten Lohnstand zum Ausgangspunkt nimmt, irgendwie tendenziös ist, da es nur ein Moment der Unbilligkeit ist, daß ein Jahr, von dem ich — in Ermangelung weiter zurückreichenden vergleichbaren amtlichen Materials — bei meiner Betrachtung der Lohnentwicklung im Ruhrbergbau ausgehen mußte, den niedrigsten Lohnstand in den letzten zwanzig Jahren aufweist.

Es ist unrichtig, daß mein wissenschaftliches Gewissen mich nicht abgehalten habe, bei der Darstellung der Lohnentwicklung nach Perioden die Jahre so zu wählen, wie sie für meine Beweisführung gerade am besten paßten. Dagegen ist richtig, daß ich zur Erfüllung meiner Aufgabe, u. a. auch den Einfluß des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels auf die Entwicklung der Löhne der Ruhrbergarbeiter zu zeigen, nicht umhin konnte, die Jahre 1886—1892 (vorjurisdiktische Zeit) und 1893—1905 (Syndikatszeit) einander gegenüberzustellen, woneben sich der Vergleich der Perioden 1886—1895 und 1896—1905 als der zweier Jahrzehnte ganz ungeeignet, sozusagen von selbst ergab.

Es ist unrichtig, daß ich in der Hauptsache mit den Ergebnissen der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft operiert habe. Dagegen ist richtig, daß meine Darstellung der Lohnentwicklung ausschließlich auf den amtlichen Lohnnachweisungen des königlichen Oberbergamtes zu Dortmund basiert und eine Verwendung der über 1888 hinausreichenden (nichtamtlichen) Lohnangaben einzelner Zechen, wie z. B. der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, sich deshalb verbot, weil sie wegen der in der damaligen Zeit viel größeren Verschiedenheit der Lohnverhältnisse kein allgemeines Bild der Lohngestaltung im ganzen Ruhrbezirk hätten geben können.

Als für Herrn Jüngst war es selbstverständlich, den niedrigsten Lohnstand zum Ausgangspunkt seiner Beweisführung zu benutzen. Das verstehen wir! Für einen Statistiker, der objektiv die Verhältnisse schildern wollte, wäre es allerdings selbstverständlich gewesen, anders zu verfahren.

Ausland. Frankreich.

Eine Polemik Jaurès' gegen den „Vorwärts“.

Paris, 28. Oktober. (Fig. Ver.) Genosse Jaurès hat in der gestrigen „Humanité“ einen Artikel: „Entre deux Exces“ („Zwischen zwei Ueberreibungen“) veröffentlicht, der sich mit der enthusiastischen Begrüßung Clemenceaus durch den „Avanti“ und der skeptischen Auffassung beschäftigt, die in dem Artikel „Der 18. Brumaire des Georges Clemenceau“ in der Freitagnummer des „Vorwärts“ zum Ausdruck gekommen ist. Da diese Nummer vorgestern in Paris noch nicht eingetroffen war, mußte sich die Ungebuld des Kritikers an den Auszug halten, den der „Temps“ in gewohnter Art für seine Zwecke durch Entstellungen und Fälschungen präpariert hatte. Eine Bemerkung des Genossen Jaurès läßt indes vermischen, daß er auf den Artikel des „Vorwärts“ nach der Lektüre seines Textes noch zurückkommen wird. Der Grundsatz, bei einer Polemik von der wirklichen Meinung des anderen auszugehen, wird natürlich auch beim Berichtersteller des „Vorwärts“ Befolgung finden. So verlagen wir es uns, auf die vorläufigen Bemerkungen des Genossen Jaurès einzugehen. Eine sachliche Auseinandersetzung über den Gegenstand wird vielleicht erst möglich sein, wenn die Rede vorliegt, die Jaurès gestern in Tours gehalten, worin er die Taktik der Sozialisten gegenüber der Regierung Clemenceaus dargelegt hat. Dieser kennt man nur das telegraphische Referat des „Matin“, das dem Redner einen Optimismus zuschreibt, der sich allerdings weit mehr dem „Ergeb.“ des „Avanti“ als dem des „Vorwärts“ nähern würde.

Ein Zarenattentäter begnadigt.

Aus Paris schreibt man uns: Am 6. Juni 1897 fuhr Zar Alexander II. der Gasse Napoleons III. im Boulogner Waldchen spazieren, als sich ein junger Mensch, ohne Hut und mit aufgeregten Gesicht dem Wagen näherte. Der Stallmeister, der nebenher galoppierte, fiel ihm in den Arm. Ein Sittenschnitztrichter und traf das Roh des Stallmeisters. Der Urheber dieses kindischen Attentats war ein neunzehnjähriger Pole namens Werezowski. Er wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit in Kaledonien verurteilt. Es hatte sich zwar herausgestellt, daß mindestens in demselben Maße wie politischer Haß die Sucht, vor einem vergebend umvorbenen Mädchen in einer Helgenreise dazustehen, den unreifen Jüngling zu der Tat getrieben hatte, aber die monarchische Solidarität gestattete keine Gnade. So mußte der Knabe, der ein Hof verwundet hatte, in die kalabrische Höhle ziehen. Dem wahnsinnigen Greis gestattet jetzt die Gnade des Präsidenten der Republik, sie zu verlassen. Vergessen hatte der Gefangene gehofft, daß die junge Republik einem Tyrannenmörder Milde bezeugen würde. In den Jahren nach der Kommune aber gab es kein Mitleid für Aufrechter. Erst Garbetta bewirkte 1879, daß die Strafe in einfache Deportation umgewandelt wurde. Seither lebte Werezowski in einer elenden Hütte voll Ratten und Ungeziefer auf dem Territorium des Bagno, sein Leben von mitleidigen Gaben und von den lärglichen Ergebnissen des Fischfangs fristend, wahnsinnigen Erfindungsphantasien nachhängend. Dem harmlosen Mann die ganze Freiheit zu geben, daran dachte die Republik, die sich unterdes dem Jaren zu Rühen gelegt hatte, nicht. Erst jetzt, nachdem der Unglückliche 30 Jahre, den Aufstieg und die Fülle des Lebens, im Glend der Gefangenschaft verloren hat, ist ihm die Befreiung zuteil worden. Eine Anzahl von Politikern und Philanthropen, unter ihnen drei sozialistische Deputierte: Dejeante, Thibieret und Dretou, ergriffen die Initiative, und die Liga der Menschenrechte, an deren Spitze Francois de Pressensé steht, unterstützte ihre Aktion. Verzeihend für die Verkommenheit der reaktionären Presse ist die Tatsache, daß der nationalistische „Clair“ die Begnadigung, wenn auch nicht offen tabelt, so doch mit Wohlwillen glosst und als überflüssig erklärt, da ja Werezowski in Kaledonien doch volle Freiheit gehabt habe. Die besodete Brutalität der französischen Kolonialen kann mit der der russischen den Wettkampf ohne Furcht aufnehmen.

England.

Der Anfang zu einer englischen Volkswear.

London, 26. Oktober. Wir sehen in England vor dem Beginn einer wirklichen demokratischen Reform des Heerwesens. Allgemeine Militärschlicht nach deutschem Muster ist hier ganz unmöglich. Von mehrjährigem Kasernenleben, von der Anbetung des Soldatenrodes will der Engländer nichts wissen. Wohl aber ist er geneigt, der Jugend eine militärische Erziehung geben zu lassen. Und mit dieser militärischen Erziehung wird jetzt der Anfang gemacht. In vielen Schulen — Mittel- und Elementarschulen — wird der Schießunterricht obligatorisch. Zu diesem Zwecke werden in Birmingham Miniaturfinten zu Schulzwecken fabriziert. An einigen Hochschulen werden auch Kurse für militärische Geographie, Kriegsgeschichte und Strategie eingerichtet.

Der Grundgedanke dieser Reform ist: die Jugend militärisch zu erziehen und sie dann durch periodische Übungen zu befähigen, ihr Land gegen eine Invasion zu schützen. Das jetzige stehende Heer soll zu einer Kolonialarmee werden.

Soziales.

Eine sozialpolitisch verständige Entscheidung.

Das Hamburger Oberlandesgericht hat dieser Tage eine gerechte Entscheidung getroffen, die in einem anerkanntwertigen Gegensatz zu dem bekannten verkehrten Urteil des Hamburger Gewerbegerichts in Sachen der Hamburg-Amerika-Linie aus Anlaß der Raifert steht. In der Entscheidung handelt es sich um die Feststellung der Befugnisse des Hafeninspektors, die Arbeiter gegen unmensliche Ueberarbeit zu schützen.

Ein Steuer hatte eine Anzahl Schauerleute angenommen, die sich ihm gegenüber verpflichtet hatten, gegen einen Alfordlohn die Ladung eines Kohlendampfers „in einer Tour“ zu löschen. Nachdem die Leute von früh 5 Uhr bis abends 7 Uhr mit den üblichen Pausen gearbeitet hatten und zur Entleerung des Schiffes noch mehrere Stunden erforderlich waren, haben sie dem Hafeninspektor erklärt, daß sie wegen Erschöpfung nicht mehr imstande seien, die Arbeit fortzusetzen. Der Hafeninspektor hat darauf die Weiterarbeit verboten. Das Verbot war damit begründet, daß die Fortsetzung der Arbeit durch die ermüdeten Leute eine unmittelbare Gefahr für ihr Leben und ihre Gesundheit gebracht haben würde. Die Reederei des Schiffes hat daraufhin dem Steuer einen Abzug von 400 M. gemacht; dieser hat sich an den Arbeitern schadloß halten wollen. Deren Ansprüche sind jedoch vom Gewerbegericht ohne Abzug für berechtigt erklärt worden. Nunmehr hat der Steuer die Polizeibehörde, welche die Vertretung des Hafeninspektors übernommen hat, verklagt, weil dieser seine Amtsbefugnisse gröblich überschritten habe. Die Klage ist abgewiesen worden.

Nachdem die Arbeiter 14 Stunden hintereinander bei einer schweren körperlichen Arbeit beschäftigt gewesen waren, mußte, nach Abgabe der menschlichen Leistungsfähigkeit, mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß sie bei der Weiterarbeit an ihrer Gesundheit Schaden erleiden, sich auch gegenseitig gefährden könnten. Die Annahme, daß der Hafeninspektor die ihm zustehende Befugnis zur Inhabierung der Arbeit absichtlich zugunsten der Arbeiter mißbraucht habe, ist daher ohne weiteres zurückzuweisen. Durch das Gesetz vom 20. November 1897 ist der Wirkungsbereich des Hafeninspektors dahin umschrieben, daß ihm die Fürsorge für den Schutz der Hafenarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit sowohl in den Arbeitsbetrieben selbst, wie bei der Beförderung von und nach den Arbeitsstätten im Hafen nach Analogie der Fabrikspektoren obliegt. Insbesondere ist er befugt, wenn seines Erachtens durch mangelhafte Betriebseinrichtungen im Hafen eine unmittelbare Gefahr für Leben oder Gesundheit der im Betriebe Beschäftigten entsteht, sofort die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Anordnungen zu treffen und nötigenfalls die Fortsetzung der Arbeit bis zur Beseitigung der gerügten Mängel zu untersagen.

Unter einer mangelhaften Betriebseinrichtung ist nicht nur die Mangelhaftigkeit der zum Betriebe benutzten Einrichtungen, die Arbeitsmaschinen, die Werkzeuge, Gerüste, Leitern, Böden und Ladeeinrichtungen, die Sicherheit der Zugänge zum Schiff und zu dessen einzelnen Räumen zu verstehen, sondern auch die Art und Weise, wie der Betrieb geregelt ist. Auch dieser muß so eingerichtet sein, daß er, soweit tunlich, keine Gefahr für die Arbeiter mit sich bringt. Zu einer Betriebseinrichtung gehört es also auch, daß bei gewissen schwierigen Arbeiten die genügende Arbeiterzahl eingesetzt und bei lang andauernden Arbeiten für einen rechtzeitigen Ertrag der ermüdeten Arbeiter gesorgt wird. Eine mangelhafte Betriebseinrichtung in diesem Sinne ist in gleicher Weise geeignet, unmittelbare Gefahren für Leben oder Gesundheit der Arbeiter mit sich zu bringen, wie die mangelhafte Beschaffenheit der Betriebsräume, Maschinen und Gerätschaften.

Der Fall einer solchen mangelhaften Betriebseinrichtung lag aber vor. Denn daß die Arbeiter, die bereits vierzehn Stunden bei der Entladung des Kohlendampfers gearbeitet hatten, zu ermüdet waren, um ihrer Tätigkeit und der Bedienung der dabei benutzten Maschinen und Gerätschaften noch die notwendige Aufmerksamkeit widmen zu können, also kein geeignetes Personal zur Fortsetzung der Arbeit waren, ist nicht zu bezweifeln. Gleichgültig ist dabei, daß die Arbeiter durch Vertrag die übermäßige Arbeit übernommen und sich dadurch selbst in die Lage gebracht haben, sie ausführen zu müssen. Denn die Anordnung des Hafeninspektors geschieht im öffentlichen Interesse und ohne Rücksicht auf bestehende Verträge.

Das Verbot der Fortsetzung der Arbeit durch übermüdete Arbeiter war daher von seiten des Hafeninspektors gesetzlich gerechtfertigt. Zu dieser durchaus dem § 120a der Gewerbeordnung und § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechenden Entscheidung des Hamburger Oberlandesgerichts möchten wir nur noch hervorheben, daß Arbeitgeber — industrielle wie landwirtschaftliche — durch Anordnung übermäßig langer Arbeitszeit ihre gezielte und ihre Vertragspflicht verletzen. Das hat bekanntlich im Fall der Hamburg-Amerika-Linie das Gewerbegericht gröblich verkannt. Gegen die auf die Hamburg-Amerika-Linie bezügliche Entscheidung ist übrigens Berufung eingelegt.

Krankentafelwahl in Darmstadt.

Am Sonntag fand die Wahl der Vertreter der Ortskrankentafel in Darmstadt statt. Die örtlichen Gewerkschaften beteiligten sich zum erstenmal an der Vertreterwahl, sie erhielten — 116 Stimmen. Auf die Kandidaten des Gewerkschaftsartikels entfielen 1296 Stimmen. Bravo! Bei gleicher früh ansehender Mäßigkeit des Gewerkschaftsartikels auch an anderen Orten dürfte der Sieg des Gewerkschaftsartikels ein ähnlicher sein. Es zeigen aber Wahlen an verschiedenen Orten, an denen die jetzigen Kandidaten des Gewerkschaftsartikels gewählt sind, daß man sich gar zu großer Siegesgewissheit hingibt. Dringend erforderlich ist bei der Mobilisierung der Christlichen und des Reichsverbandes gegen die Massenverwaltungen rechtzeitig und Hand in Hand mit den politischen Organisationen die Massenwahlen vorzubereiten.

Gegen übermäßige Ausbeutung jugendlicher Arbeiter

müsse mit aller Strenge des Gesetzes vorgegangen werden, sagte das Landgericht in Augsburg in der Begründung eines Urteils, das einem Ziegeleiunternehmer wegen 14 und 15 Stunden langer Beschäftigung jugendlicher Arbeiter eine Geldstrafe in Höhe von 75 M. auferlegte. Mit dieser Strenge des Gesetzes wird der nichtswürdige Ausbeuter wohl zufrieden sein, denn er hat in einer langen Zeit aus diesen jungen Vurschen jedenfalls den vielfachen Betrag von 75 M. herausgeschunden.

Bestimmungen über Arbeits- und Wohnräume der Badergestellen

hat der Bezirkspräsident des Unter-Oberrhein in einem Urteil, das einen Ziegeleiunternehmer wegen 14 und 15 Stunden langer Beschäftigung jugendlicher Arbeiter eine Geldstrafe in Höhe von 75 M. auferlegte. Mit dieser Strenge des Gesetzes wird der nichtswürdige Ausbeuter wohl zufrieden sein, denn er hat in einer langen Zeit aus diesen jungen Vurschen jedenfalls den vielfachen Betrag von 75 M. herausgeschunden.

Interessengruppen bürgerlicher Gemeinderäte.

In der Stadtverordnetenversammlung in Kempen (Allgäu) beschwerte sich ein bürgerlicher Gemeinderat über die Presse, weil diese die Öffentlichkeit vom Auftreten des Typhus in der Stadt in Kenntnis gesetzt habe. Dadurch habe unter dem Publikum eine Verunsicherung Platz gegriffen und die Folge davon sei gewesen, daß ihm aus Furcht, typhuskrank zu werden, niemand mehr Schlagrahm abgekauft habe.

Aus Industrie und Handel.

Erber.

Eine echte Scharfmacherei leistete sich auf der Generalversammlung der Harpener Bergwerksgesellschaft der Generaldirektor Käfer. Nach dem Bericht des „V. L.“ führte er aus:

Eine allgemeine Steigerung der Kohlenpreise, die einer 15prozentigen Erhöhung der Löhne entsprechen würde, würde in den weitesten Kreisen Mißstimmung hervorrufen und zu einem Niedergang der Konjunktur führen, auf den eine ebenso sprunghafte Lohnherabsetzung folgen müßte, und der schwere Mißstände hervorrufen würde. Es sei auf eine friedliche Verständigung zu hoffen, besonders, da die Bergarbeiter von der allgemeinen Teuerung am wenigsten betroffen seien. Kein Gewerbe wende seinen Arbeitern solche Vorteile zu wie der Kohlenbergbau. Für die Deputatskassen seien die Preise nicht erhöht. Die Löhne seien nicht gesteigert worden. Ueber die Entwicklung der nächsten Zukunft lasse sich nichts sagen. Es sei aber dem gefunden Sinn der Bergarbeiter zu vertrauen, daß sie den Urhebern der grundlosen Unzufriedenheit nicht folgen würden. — Hierzu ist zu bemerken, daß die Bergarbeiter, selbst wenn für sie, wie ausgeführt, die Kohlenpreise und Wohnungsmieten nicht gesteigert worden sind, doch unter der allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel noch schwer genug zu leiden haben.

Die Behauptung, die Löhne seien nicht gesteigert worden, steht mit den Tatsachen in schreiendem Widerspruch. Selbst der berühmte Herr Dr. Jüngst hat in seinen tendenziösen Artikeln im „Glückauf“ Steigerungen der Mietpreise und zwar auch für Wohnwohnungen anerkannt. Offenkundige Tatsachen werden ungeniert geleugnet, um die Ablehnung der Bergarbeiterforderungen zu begründen. Wie würde man über die Arbeiter und die „Urheber der Unzufriedenheit“ herfallen, wenn diese mit ebenso unwahren Behauptungen wie Herr Käfer aufwarten wollten. Als eine kaum glaubliche Unverschämtheit muß der Hinweis auf die eventuelle Notwendigkeit einer 15prozentigen Preissteigerung für Kohlen empfunden werden. Der Ueberfluß der Harpener Gesellschaft belief sich für das 3. Quartal 1906 auf 5 105 000 Mark, das ist gegen das Ergebnis des 3. Quartals 1905 ein Mehr von 1 500 000 Mark gleich 44 Prozent. Pro Arbeitstag stellt sich der Betriebsüberschuß im 3. Quartal 1905 auf 44 873 M., im 3. Quartal 1906 auf 65 448 M. Mit solchen Ergebnissen sind die Kohlenmagnaten nicht zufrieden, sie wollen die Konsumenten noch mehr schröpfen und die Arbeiter sollen hübsch bescheiden und zufrieden sein.

Betriebserweiterungen. Nach der „Rhein-Westf. Jtg.“ stehen mehrere Hüttenwerke in Verhandlungen, um Siegerländer Eisensteingruben zu erwerben. So haben u. a. die Rheinischen Stahlwerke die Gruben „Concordia“, „Neue Harde“, „Sautenberg“ und „Hannenberg“ befehlen lassen.

Metallindustrie Schönebeck A.G. Aus dem Ergebnis des vergangenen Geschäftsjahres wird eine Dividende von 10 Proz. verteilt.

Amerikanische Ernte. Der „New Yorker Handelsztg.“ entnehmen wir folgende Angaben:

Auf Grund der neuesten amtlichen Angaben vergleichen sich die für die Hauptartikel unserer Bodenproduktion sowie vorliegenden Ernteaussichten mit der amtlichen Schätzung der letztjährigen Ergebnisse in folgender Weise:

	Oktober 1906	Ernte von 1905
Winterweizen	493 434 000	428 462 834
Frühjahrsweizen	246 449 000	264 516 655
Gesamt-Weizenernte	739 883 000	692 979 489
Rais	2 780 069 000	2 707 963 540
Hafer	863 352 000	953 216 197
Gerste	144 528 000	186 651 020
Kartoffeln	287 615 000	260 741 294
Buchweizen	13 240 000	14 505 082

Dennach ergibt sich für 1906 bei Weizen ein Mehr von 46 903 511 Bushel, bei Rais von 72 075 400 Bushel, bei Hafer ein Minus von 89 864 197 Bushel, bei Gerste ein Mehr von 7 870 980 Bushel, bei Kartoffeln ein Mehr von 28 873 706 Bushel, und bei Buchweizen ein Minus von 1 265 082 Bushel.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Wächung, Metallarbeiter! Die Differenz in den Siemenswerken hat eine weitere Verschärfung und Ausdehnung erfahren. Am Freitag beschlossen mehrere Abteilungen mit zusammen circa 250 Mann, die Ausgesperrten durch Niederlegung der Arbeit zu unterstützen. Dieser Beschluß ist am Sonnabend ausgeführt. Natürlich ist der Firma Mitteilung von dem in Aussicht stehenden Streik gemacht worden, um ihr noch in letzter Minute Gelegenheit zu geben, die Niederlegung der Arbeit durch Entgegenkommen den Ausgesperrten gegenüber, zu verhindern. Aber die Herren Direktoren haben in ihrer Weisheit anders beschlossen. Wie beschlossen war, ging klar aus den nachfolgenden Maßnahmen hervor. Die 250 Arbeiter hatten den Betrieb noch nicht verlassen, als zunächst seitens der Meister auf die 250 ein Sturmangriff verübt wurde, um alle oder doch einen Teil zum Bleiben zu veranlassen. Was ist da nicht alles verprochen! Eine ganze Reihe von Weisheitsreden! Als das nicht zog, ging man zu Drohungen über. Man sollte einsteigen und 2, 3 und 4 Mann zusammen in die Meisterkuche, um so wirksamer arbeiten zu können. Doch alles vergeblich. Bis auf einige wenige haben die in Frage kommenden kurz nach 12 Uhr den Betrieb verlassen, die Meister usw. in der Rolle der betrübten Hölzer zurücklassend. Nun begann ein weiteres Spiel. In allen Abteilungen, die noch im Betrieb waren, wurde seitens der Vorgesetzten im höheren Auftrag bekannt gegeben, daß, wer nicht sofort der „gelben Gewerkschaft“ beitrete, am Abend ausgesperrt würde. Auch hierbei wurden wieder alle Register gezogen. Versprechungen, Bitten und schließlich Drohungen. Mit einem Wort, es ist in der ungenürendsten Weise in Verleumdung, Drohung und Nötigung gearbeitet worden. Daß mancher der Arbeiter es schon als Verleumdung empfindet, wenn man ihm auch nur anbietet, Mitglied der gelben Streikbrecherorganisation zu werden, scheinen die Herren Direktoren ganz zu vergessen. Nun haben aber unsere Kollegen, die noch im Betrieb arbeiten, diesem zweiten Sturm auf ihre Organisation tapfer Standgehalten. Was die Herren für die gelbe Gewerkschaft erwirkt haben, ist derartig minimal und minderwertig, daß wohl in Anerkennung dieser Tatsache die für den Abend angesagte Aussperrung unterblieb. Ob die Aussperrung nicht doch noch kommt, oder ob die Vernunft bei der Direktion Oberhand gewinnt, werden wir wohl in den nächsten Tagen sehen. Doch wie immer es auch kommt, so viel sieht heute schon fest, alle Arbeiter und Arbeiterinnen sehen, wohin der Kurs geht. Es handelt sich für die Firma um nicht mehr und nicht weniger, als um die Vernichtung unserer Organisation. Die Firma hat die letzten Rücksichten beiseite gelegt, sie hat die Rolle der Humanität und Arbeiterfreundlichkeit vollständig abgenommen und zeigt jetzt ihr wahres Gesicht! Unsere Kollegen und Kolleginnen im Werk wissen jetzt, was los ist. Wir erwarten, daß sie nach wie vor ihren Mann stehen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Im Streik der Werkzeugmacher und Schlosser der Spezialbetriebe für Schmitte und Stangen ist eine Aenderung nicht eingetreten. Der Streik dauert jetzt bereits über 2 Wochen und scheint es, als ob noch längere Zeit vergehen muß, ehe die Herren für unsere Forderungen das notwendige Verständnis haben. Ein Nachgeben seitens der Werkzeugmacher ist, wie in einer Versammlung unter Zustimmung aller Streikenden von einem Beteiligten erklärt wurde, vor Weihnachten ausgeschlossen. Voraussichtlich wird dieser Kampf also noch ein Weilchen dauern.

Wächung, Metallarbeiter! Heute, Montag, ist bei der Firma Siemens u. Halske und Siemens-Schuckert mit Mitteln für die gelbe Gewerkschaft gearbeitet, die vollendete Erpressung, Nötigung, Verdröhung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung darstellen.

Es ist deshalb Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen die Direktion sowie die Werkführer und Meister obiger Firma erstattet worden.

Es bleibt abzuwarten, ob gegen diese Gesetzesverächter ebenso schneidig vorgegangen wird, wie wenn es sich um Arbeiter handelte. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Anträge zum Tarifvertrag der Zimmerer.

Da der Tarifvertrag für das Zimmergewerbe am 31. März 1907 abläuft, falls er bis zum 1. November nicht gekündigt wird und auch keine Abänderungsanträge gestellt werden, auf ein Jahr unverändert weitergilt, haben bereits eine Anzahl Bezirksvereinigungen der Zimmerer über diese Fragen beraten und in manchen Bezirken wurden sogar zwei oder drei Sitzungen deswegen abgehalten. Die Vorschläge der Bezirke lagen einer am Sonntag bei Mittin in der Meislerstraße abgehaltenen Jahrsitzung der Gesamtsitzung gedruckt vor. In allen Bezirken waren Lohn-erhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit verlangt worden. Wie der Vorsitzende Witt, der über die Sitzungen berichtete, ausführte, war die Forderung der Lohn-erhöhung übereinstimmend damit begründet worden, daß die hauptsächlich durch den neuen Zollltarif hervorgerufene allgemeine Verteuerung der Lebensmittel, dazu die auf dem Grundstückswert beruhende Steigerung der Wohnungsmieten die Zimmerer immer mehr zur Einschränkung und Verschlechterung ihrer Lebenshaltung nötigen, während die Unternehmer immer leistungsfähiger werden. Die Forderung der Arbeitszeitverkürzung war damit begründet worden, daß die meiste Arbeit nicht mehr in Berlin, sondern in entfernt liegenden Vororten ausgeführt wird, wie denn auch die Holzpläge, die Hauptarbeitsstätten der Zimmerer, nach außerhalb verlegt worden sind, und daß dadurch die nach dem Vertrag neunstündige Arbeitszeit sich oft auf volle 12 Stunden ausdehnt. Soll es nun dem Zimmerer möglich sein, als Kulturmenschen zu leben, sich seiner Familie, der Erziehung seiner Kinder zu widmen, so ist es unbedingt notwendig, den Achtstundentag einzuführen. — Dieser Begründung schlossen sich sämtliche Redner in der Jahrsitzung an. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden und die Erhöhung des Stundenlohnes auf 85 Pf. zu verlangen. Einige Firmen für 1 M. Stundenlohn; die Mehrheit war jedoch der Ansicht, daß, wenn auch ein solcher Lohn durchaus nicht zu hoch sei, diese Steigerung um 25 Pf. doch allzu schwer durchzusetzen sein werde. — Es lagen noch verschiedene andere Anträge zum Tarifvertrage vor; sie wurden jedoch von der Gesamtsitzung nicht weiterberaten, sondern den Mitgliedern der Sachsektion-Kommission als Material überwiesen.

Der Bericht wurde auch die Abrechnung vom 3. Quartal vorgelegt. Die Einnahmen samt dem alten Bestand von 102 568,16 M. betragen 154 003,05 M., die Ausgaben 45 250,87 M., so daß der Bestand am Quartalschluß auf 108 752,18 M. erhöht hat. An den Streikfonds wurden 3825,60 M. abgeliefert, an die Zentralkasse 2978,90 M. Das Sommerfest brachte 343,74 M. Ueberschuß. Die Mitgliederzahl stieg von 4887 auf 4914.

Dann wurde über die Sperre bei Ferdinand Frey in der Torkstraße berichtet. Sie hatte keinen Erfolg, weil sich eine Anzahl Arbeitswilliger eingefunden hatten, teils unorganisierte Leute, teils Mitglieder des Vereins oder des Verbandes. Ihre Namen sind: Ernst Pfeiff, Gustav Strehmann, Richard Schulz, Paul Silberbrand, Stenz, Artur Sühle, Otto Ziegler, Hermann Klemann, Josef Zapfowski und Ernst Schmalz. Soweit sie Verbandsmitglieder sind, beschloß die Versammlung, ihren Ausschluß beim Hauptvorstand zu beantragen.

Ferner wurden die Vorgänge auf dem Bau „Kaiserhof“ zur Sprache gebracht, die im Wahlverein des 6. Kreises ein Schiedsgerichtsverfahren gegen den Vorsitzenden Witt zur Folge hatten. Rudolph erklärte hierzu, der Genosse Eugen Ernst habe ihm mitgeteilt, dem Genossen Witt sei für sein Verhalten auf dem Bau vom Schiedsgericht eine Rüge erteilt worden. Demgegenüber bemerkte Witt, daß dies durchaus nicht der Fall sei. Er schloß die dann ausführlich die Vorgänge auf dem Bau und seine Stellung dazu, und sagt zum Schluß, daß keines der Schiedsgerichtsmitglieder gegen sein Verhalten etwas einzuwenden gehabt habe, und sowohl das Schiedsgericht wie die Vorstandsmitglieder des Wahlvereins anerkannt hätten, daß er nur seine Pflicht als Vertreter der Organisation erfüllt habe. Er selbst aber werde, falls wieder ein solcher Fall eintrete, ebenso handeln, wie es den Vorschriften und Beschlüssen der Organisation entspreche. — Auf Vorschlag Rudolph nahm die Versammlung hierzu einstimmig folgende Resolution an:

„Nach genauer Kenntnisnahme der bekannten Vorgänge am Bau „Kaiserhof“ erklärt sich die heutige Versammlung mit den damals getroffenen Maßnahmen des Kameraden Witt voll und ganz einverstanden.“

Ueber einen Antrag, zu verlangen, daß die in der vorigen Versammlung angenommene Resolution über die Schreibweise des „Zimmerer“ vorzuziehen im Verbandsorgan veröffentlicht werde, wurde durch Annahme der folgenden, von Rudolph vorgelegten Resolution zur Tagesordnung übergegangen:

„Durch den Beschluß des Mannheimer Parteitag ist erfreulicherweise das Verhältnis der Partei zur Gewerkschaftsbewegung anerkannt und festgelegt, wie es in unserem Verbande seit dessen Bestehen vertreten worden ist. Daher erklären wir die Angelegenheit für erledigt und fahren in der Tagesordnung fort.“

Tarifforderungen der Bauhilfsarbeiter.

Wie die Tarifverträge der Berliner Maurer und Zimmerer, so läuft auch der Vertrag der Bauhilfsarbeiter am 1. April 1907 ab. Eine Generalversammlung des Verbandes der baugetrieblichen Hilfsarbeiter, die am Sonntag unter sehr zahlreicher Beteiligung im Feenpalast tagte, hatte zu beschließen, welche Forderungen bei der Neubearbeitung des Tarifs aufgestellt werden sollen. Zu diesem Punkt der Tagesordnung hielt der Verbandsvorsitzende Wehrendt aus Hamburg einen Vortrag. Er besprach die Entwicklung der Unternehmer- sowie der Arbeiterorganisation und zeigte, daß die Löhne der Bauhilfsarbeiter um bedeuend erheblich hinter den Löhnen der Maurer und Zimmerer zurückgeblieben sind, weil die Bauhilfsarbeiter bis vor nicht allzu ferner Zeit recht schwach organisiert waren. Jetzt aber sei die Organisation erheblich stärker geworden und auf diesen Umstand gestützt, könnten die Bauhilfsarbeiter mit Aussicht auf Erfolg Forderungen stellen. Ferner wies er auf den Plan der Unternehmer, im Jahre 1908 eine große Arbeiterperestrojka ins Werk zu setzen. Der Verband der Bauhilfsarbeiter habe eine Reihe von Verträgen mit der Unternehmerorganisation abgeschlossen. Es laufen 20 dieser Verträge, an denen 18—19 000 Verbandsmitglieder beteiligt sind, im Jahre 1907 ab und im Jahre 1908 enden 54 Verträge, die sich auf etwa 45 000 Mitglieder erstrecken. Wenn sich also der von den Unternehmern geplante Kampf entwickle, so könne er eine große Ausdehnung annehmen. Es sei nun eine der wichtigsten Aufgaben des Verbandes, sich für diesen Kampf zu rüsten, damit, wenn die Unternehmer den Kampf wagen, er von den Arbeitern siegreich durchgeführt werden kann. Der Referent empfahl folgende Resolution:

In Erwägung, daß sich die Unternehmer immer mehr in Organisationen fester zusammenschließen, um dadurch den gerechten Forderungen der Arbeiter besser entgegenzutreten zu können; in fernerer Erwägung, daß die in den letzten Jahren abgeschlossenen Verträge im Frühjahr 1908 fast alle ablaufen, und daß bestimmt zu erwarten ist, daß von Seiten der Unternehmer irgend welche Maßnahmen geplant werden, die darauf hinauslaufen, durch allgemeine Aussperrung die Arbeiterorganisation völlig zu vernichten, um so mehr, da die Unternehmer von Seiten der Behörden das weiteste Entgegenkommen zu erwarten haben, wie solches die Streiks und Aussperrungen der letzten Jahre gezeigt haben. Da aber solchen Machinationen nur eine gefestigte, auf guter finanzieller Grundlage stehende Organisation entgegenzutreten kann, so spricht die Versammlung

den Wunsch aus, daß Mittel und Wege geschaffen werden, die geeignet sind, selbst die größten Kämpfe wirksam durchzuführen zu können. Da diese Mittel aber notwendig eine Erhöhung der Beiträge in sich schließen, so erwartet die Versammlung, daß der Zentralvorstand dem nächsten Verbandstage eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Betreffs der bevorstehenden Tarifberatung erklärte sich die Versammlung einstimmig für die in den Vorbesprechungen aufgestellten Forderungen. Dieselben besagen in der Hauptsache: Die Arbeitszeit soll mit derjenigen der Maurer und Zimmerer übereinstimmen. Die Stundenlöhne, welche für die verschiedenen Arbeiterkategorien jeht 50—80 Pf. betragen, sollen um je 10 Pf. erhöht werden. Für die Akkordarbeiter soll der Tarif gefordert werden, der bereits in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ mitgeteilt ist. Danach ist der jeilige Preis um 50 Pf. pro 1000 Steine zu erhöhen. Ueberstunden, falls solche notwendig, sind mit einem Zuschlag von 50 Proz., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 100 Proz. zu bezahlen.

Der Vorsitzende Kniebow teilte mit, daß sich die Freie Vereinigung der Bauarbeiter (Lokalisten) an die Verbandsleitung gewandt habe mit dem Ersuchen, beide Organisationen möchten sich über die aufzustellenden Forderungen gemeinsam verständigen. — In Uebereinstimmung mit einem Vorschlage des Verbandsvorsitzenden beschloß die Versammlung, daß der Freien Vereinigung die hier angenommenen Forderungen des Verbandes mitgeteilt werden. Es müsse der Freien Vereinigung überlassen bleiben, ob sie sich den Forderungen anschließen und dieselben ebenfalls den Unternehmern einreichen wollen.

Zu Beginn der Versammlung hatte der Kassierer Böttcher den Kassensbericht vom dritten Quartal erstattet. Einschließlich des alten Bestandes von 73 487,74 M. betrug die Einnahme 159 976,55 M., die Ausgabe belief sich auf 50 695,30 M., so daß ein Bestand von 79 281,16 M. bleibt. 11 669 Mitglieder haben im dritten Quartal ihre Beiträge voll bezahlt.

Streik und Aussperrung in der Schuhindustrie.

Aus den Berichten, die in der am Montagvormittag abgehaltenen Versammlung der Streikenden und Aussperrten erstattet wurden, ergibt sich, daß die Situation im allgemeinen unverändert ist. Die streikenden Schuhmacher denken nicht daran, die geringfügigen Forderungen, um welche sich der Kampf dreht, fallen zu lassen und ebenso wenig sind die ausgesperrten Arbeiter der mechanischen Betriebe willens, vor den Fabrikanten zu kriechen. Besondere Beachtung haben die außerhalb ihrer Organisation stehenden Schuhfabrikanten den Arbeiter Tarife vorgelegt, auf deren Grundlage weiter verhandelt werden soll. Die eingehende Prüfung dieser Tarife durch die Vertretung der Arbeiter ist zwar noch nicht beendet, doch hat eine flüchtige Durchsicht schon soviel ergeben, daß nur ein einziger Tarif wirklich als eine Verbesserung zu betrachten ist, während alle übrigen neben Erhöhungen einzelner Positionen auch erhebliche Herabsetzungen vieler anderer Positionen enthält. Damit ist also dargetan, daß es nicht wahr ist, wenn die Fabrikanten behaupteten, sie hätten Lohn-erhöhungen von 5—15 Proz. bewilligt. Ebenso un- wahr ist es auch, wenn das Unternehmertum, der „Schuhmarkt“, sagt, es seien in den mechanischen Betrieben 1800 Arbeiter ausgesperrt. Nach den Berichten der Vertrauensmänner sind nur 850 Arbeiter ausgesperrt, und die Zahl der Streikenden beträgt gegen 200, so daß Streikende und Aussperrte zusammen die Zahl von etwa 1000 erreichen. Die Arbeiter sind auch heute noch so einig wie am ersten Tage des Kampfes, während die Fabrikanten sich in einer weniger günstigen Situation befinden, denn sie versuchen, ihre Arbeiten in anderen Betrieben, außerhalb Berlins, anfertigen zu lassen, ein Versuch, der jedoch meist an der Solidarität der betreffenden Arbeiter scheitert. Unter diesen Umständen sehen die Streikenden und Aussperrten mit aller Ruhe dem weiteren Verlauf der Dinge entgegen.

Achtung! Arbeiter! Parteigenossen!

Wiederum ist es dem unterzeichneten Zentralverband gelungen, in den Hand- und Wäscheverleibungsarbeiten durch straffe Organisation den am 1. Mai 1906 abgeschlossenen Tarif auf folgende Firmen auszudehnen: A. Schulze (in Firma „Hoffnung“), D. Dürre, G. Flich, E. Spormann (in Firma Fronte), A. Rüdiger, R. Zahn und R. Weimann.

Ein kleiner Prozentsatz (Kutscher und Hausdiener) weigert sich, trotz reger Agitation, der Berufsorganisation beizutreten. Darum ist es doppelt notwendig, Solidarität zu üben, und die braune Kontrollkarte, welche jeden Monat den Kontrollstempel der Organisation aufweisen muß, zu fordern.

Karten, die nicht jeden Monat gestempelt sind, haben keine Gültigkeit. Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands, Branchenleitung der Handtuchfahrer.

Lohnbewegung des Brauereiarbeiterpersonals.

Eine vom Transportarbeiterverband einberufene hartbesetzte öffentliche Versammlung der Bierkutscher, Mißfahrer und Stalleute besaßte sich am Sonntag in Wuggenbogens Etablissement sehr eingehend mit der Aufstellung von Lohnforderungen an die Berliner Brauereibesitzer. Nach einem Referat des Genossen Bender-Magdeburg über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Brauereiarbeiterpersonals berichtete Uthes, daß die bisherige Sektion II des Brauereiarbeiterverbandes den für die Brauereiarbeiter gültigen, am 31. Dezember d. J. ablaufenden Tarif gekündigt und auch für das Jahrpersonal neue Forderungen gestellt hat, ohne sich darüber vorher mit dem Transportarbeiterverband zu verständigen, obwohl diesem die Mehrheit der Kutscher usw. angehört. Die eingereichten Forderungen des Brauereiarbeiterverbandes sehen nun einen durchschnittlichen Jahresverdienst vor, und zwar für Jahrfahrer von 3500 M., für Flaschenbierfahrer von 2800 M. und für Privatbierfahrer von 2600 M. Nun sind die im Transportarbeiterverband organisierten Fahrer jedoch mit der Normierung eines Jahresverdienstes nicht einverstanden. Sie wünschen vielmehr die einheitliche Festsetzung eines Mindest-Wochenlohnes. Aus diesem Grunde hat die Ortsleitung des Transportarbeiterverbandes eine Reihe von Ergänzungsvorschlägen zu dem Tarifentwurf des Brauereiarbeiterverbandes ausgearbeitet, die der Versammlung zur Beschlußfassung vorlagen. Sie lauten im wesentlichen:

Der Mindestlohn für Jahrfahrer beträgt 27 M. pro Woche, außerdem erhalten dieselben für je 100 Liter (1 Hektoliter) ver-kaufte Bier eine Provision von 50 Pf.

Für Jahrmisfahrer beträgt der Lohn pro Woche 30 M., außerdem erhalten dieselben für je 100 Liter (1 Hektoliter) ver-kaufte Bier eine Provision von 10 Pf.

Für Refervefahrer beträgt der Lohn pro Woche 34 M., außerdem erhalten dieselben auf Refervefahrten für je 100 Liter (1 Hektoliter) verkaufte Bier 40 Pf. Provision.

Der Mindestlohn für Flaschenbierfahrer beträgt pro Woche 25 M. Die Provision beträgt für jeden Kasten verkaufte Bier 10 Pf. und für eigene Kunden fortlaufend pro Kasten verkaufte Bier 5 Pf.

Für Flaschenbiermitfahrer beträgt der Lohn pro Woche 30 M., außerdem erhalten dieselben für jeden verkaufte Kasten Bier 2 Pf. Provision. Bei einem durchschnittlichen Verkauf von über 30 Kästen täglich, oder 180 Kästen in der Woche, erhält jeder Flaschenbiermitfahrer einen Mißfahrer. Kutscher, welche täglich 20 bis 30 Kästen verkaufen und diese Arbeit allein bewerkstelligen, erhalten täglich 150 M. Extravergütung.

Der Lohn für Stalleute beträgt pro Woche 34 M.

Für Touren nach außerhalb erhalten die Fahrer und Mißfahrer Spesen. Das Abfahren von Touren an Sonn- und Feiertagen soll in Zukunft auch während des Sommerhalbjahres von dem Fahrpersonal nicht verlangt werden. Falls dennoch in ganz dringenden Fällen eine Tour erledigt werden muß, so erhalten die Fahrer und Mißfahrer je 3 M. Vergütung für diese Arbeit. Das Führen der Pferde und Reiten der Gefährte darf von dem Fahrpersonal an Sonn- und Feiertagen nicht verlangt werden. Die Arbeitszeit der Refervefahrer soll 10 Stunden innerhalb 12 Stunden täglich nicht überschreiten. Dieselbe Arbeitszeit soll auch für Flaschenbierfahrer

und Mißfahrer möglichst innegehalten werden und sind die Touren derselben dementsprechend zu regeln. — Jedem Fahrer und Mißfahrer wird im Sommer ein Urlaub wie folgt gewährt. Nach einer Beschäftigungsdauer von einem Jahr 1 Woche, nach einer Beschäftigungsdauer von zwei Jahren 2 Wochen, unter Fortzahlung des Lohnes. In jedem Brauereibetrieb sind für das Jahrpersonal verschleißbare Spinden zur Aufbewahrung ihrer Garderobe und sonstigen Sachen anzuschaffen. Der Tarif gilt vom 1. Januar 1907 bis zum 31. Dezember 1908 und gilt auf ein Jahr verlängert, falls er nicht 6 Wochen vor Ablauf von einer Partei gekündigt wird.

Nach längerer Aussprache, an der sich auch mehrere anwesende Vertreter des Brauereiarbeiterverbandes beteiligten, erklärten sich die Anwesenden mit allen gegen vier Stimmen für die Einreichung dieser Forderungen unter Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Nach eingehender Begründung der aufgestellten beiderseitigen Lohnforderungen haben die Versammelten auf dem Standpunkte daß die als Ergänzungsvorschläge vom Transportarbeiterverband vorgelegten Forderungen als Grundlage für die demnächst stattfindenden Verhandlungen mit den Brauereibesitzern zur Annahme zu empfehlen sind. Die Versammelten beauftragen daher die Ortsverwaltung Berlin I des Transportarbeiterverbandes, diese Forderungen den vereinigten Brauereibesitzern zu unterbreiten und Verhandlungen auf dieser Grundlage anzubahnen.“

Berein der Töpfer Berlins und Umgegend.

Die Sperre über den Bau Sparr- und Sprengelstraßen-Ede, Ausführer: Töpfermeister Unjug, ist hiermit aufgehoben. Der Vorstand.

Achtung, Buchbinder und Buchbinderinnen!

In der Buchbinderei und Buchdruckerei von E. Barteld, Weihenstraße 8, hat das Gesamtpersonal des Betriebes wegen Ablehnung des Tarifes einmütig die Arbeit niedergelegt. — Die Firma fertigt in der Hauptsache jene noch von breiten Arbeiterschichten gekaufte Hintertreppe-Literatur an. Es entspricht dem Inhalt dieser Literatur „Billig und Schlecht“ auch die bisherige Entlohnung wie Behandlung des Personals in dem Betriebe. Schläge der noch jugendlichen Arbeiterinnen in der Buchbinderabteilung, sowie Kratzen an den Ohren, daß die Ohringe herausfliegen und entsprechende Titulationen aus dem Vortisch der Poologie sind in dem Betriebe noch an der Tagesordnung. Zugunach diesem Elend-tat ist streng fernzuhalten. Deutscher Buchbinderverband. Die Ortsverwaltung.

Herr Gastwirt Morre in Rummelsburg sendet uns folgende Zuschrift:

In einem Artikel des „Vorwärts“ (Nr. 251) wird mein Lokal ein Tummelplatz für Streikbrecher usw. genannt, desgleichen ich selbst noch als im Solde der Firma Progen u. Sohn stehend bezeichnet. — Ich war zirka 35 Jahre lang bei obengenannter Firma tätig. Wegen eines Unfalls, welchen ich in der Fabrik erlitt, mußte ich meinen Posten aufgeben, und um nicht ganz erwerbslos zu sein, wurde ich Gastwirt. Es bringt ja nun mein neuer Beruf mit sich, daß in meinem Lokal neben anderen Gästen Meister, mit denen ich 25 Jahre und länger gearbeitet, desgleichen aber auch andere Arbeitnehmer verkehren. Nun ist es ja so selbstverständlich, daß ich mit diesen Leuten über den Streik gesprochen habe. Jedoch habe ich mich jedes Urteils über den Streik enthalten, denn mir ist ein Gast so lieb und wert als der andere, mag er Meister sein oder nur Arbeiter. Ich bin gezwungen, parteilos zu sein; ich glaube, es dürfte Ihnen nicht unbekannt sein, mit welchen Schwierigkeiten ein kleiner Gastwirt heutzutage zu kämpfen hat. Ich bin mit jedenfalls nicht bewußt, daß ich zugunsten der Streikenden irgend etwas getan habe. Hermann Morre, Gastwirt.

Der Streik bei Reuling u. Thomas ist beendet.

Die bereits angekündigten Verhandlungen der Streikleitung mit der Vertrauenskommission der Metallindustriellen haben gestern im Beisein des Organisationsvertreter Handlke stattgefunden. Sie hatten das Ergebnis, daß Herr Reuling sich verpflichtet, von jetzt ab die geltenden Abmachungen hinsichtlich der Ausschusarbeiten, welche die Former und Kernmacher anbetreffen, zu respektieren und unberechtigte Abzüge dieser Art zu unterlassen. Dagegen verweigerte er nach wie vor die Wiedereinstellung des Kernmachers Sch. Eine Wiedereinstellung sämtlicher übrigen Streikenden sagte er jedoch zu, mit der Maßgabe, daß, soweit sie nicht alle sofort wieder anfangen können, nach und nach an ihre alten Plätze kommen sollen, weil er die Arbeitswilligen aus gewissen Rücksichten doch nicht samt und sonders sogleich entlassen könne. Die Versammlung der Streikenden erklärte sich gestern nachmittag in geheimer Abstimmung gegen eine starke Minorität mit den gemachten Zugeständnissen schließlich einverstanden und beschloß, unter Berücksichtigung verschiedener anderer Umstände die Arbeit unter diesen Bedingungen wieder aufzunehmen. Wenn auch auf die Wiedereinstellung des einen zu Unrecht entlassenen Kollegen verzichtet wurde, so war die Mehrheit der Ausständigen doch der Meinung, daß der Firma Reuling u. Thomas durch diesen dreiwöchentlichen Streik eine Lektion erteilt worden ist, die ihre Maßregelungsgelüste wohl erheblich einschränken dürfte.

Deutsches Reich.

Streik der Postseerichter.

Gestern früh sind in Hamburg und in Altona die Besatzungen der Fischdampfer außer den Kapitänen, Steuermännern und 1. Ratsmännern in den Ausstand getreten. Die von See kommenden Dampfer werden entleert und dann von der Besatzung verlassen.

Der Metallarbeiterausstand in Offenbach beendet.

Der „Offenbacher Zeitung“ zufolge ist der Lohnkampf in der Metallindustrie, bei dem 2000 Arbeiter teils die Arbeit niedergelegt hatten, teils ausgesperrt worden waren, heute auf Grund beiderseitigen Entgegenkommens beendet worden.

Ausland.

Der holländische „Staatsanzeiger“ als Streikbrecherorgan.

Viele Mitglieder des Budgetausschusses erachten die amtliche Bekanntmachung im „Staatsanzeiger“, wonach infolge des Ausstandes in Duisburg und Ruhrort Leutenot herrsche und viele holländische Arbeiter dort Beschäftigung finden würden, für unver-einbar mit der vollkommenen Neutralität, welche die Regierung in Arbeitsstreitigkeiten zu beachten habe. Dieser Protest hat auch in dem gedruckten Bericht über den Etat des Ministeriums des Innern Aufnahme gefunden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ede Menschen.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. (S. S.) Die Blätter werden über einen entsetzlichen Vorfall aus Worms gemeldet: Die schwangere Frau eines Fuhrmannes namens Seiler erlitt eine Wehenblutung, so daß ihr Zustand ein sehr kritischer war. Nachdem ihr Mann versagte fünf Kerze zu bewegen versucht hatte, ihr zu Hilfe zu eilen, fand sich endlich der letzte, ein Armenarzt, bereit, ihn zu der Schwerekranken zu begleiten. Saub die Frau aber nur noch als Leiche vor. Die Entrüstung unter der Bevölkerung über diesen Vorfall ist allgemein.

Ein neues Opfer.

Petersburg, 29. Oktober. (S. S.) Nachdem die Polizei in Erfahrung gebracht hatte, daß Rechtsanwalt Agatow der eigentliche Führer der Sozialrevolutionären ist, wurde derselbe verhaftet, um vor ein besonderes Kriegsgericht gestellt zu werden.

Neue Minister und neue Krisen.

Wien, 27. Oktober 1906.

Drei gemeinsame Minister besitz Österreich-Ungarn, den Minister des Äußeren, den Kriegsminister und den Finanzminister, der im Nebenamt Gouverneur von Böhmen ist, und zwei von ihnen sind dieser Tage ausgewechselt worden: Der Minister des kaiserlichen Hauses (der Titel geht voran) und des Äußeren Graf Goluchowski ist durch den Freiherren von Khevenhull ersetzt worden, und an Stelle des Ministers von Krieg tritt der Feldzeugmeister Schönaid, der bisher österreichischer Landesverteidigungsminister war. An denselben Tage, da die Ernennung Khevenhulls veröffentlicht wurde, ist es bekannt geworden, daß Herr von Khevenhull demissioniert hat; so nahe es nun läge, diese zwei Ministerkrisen in Zusammenhang zu bringen, so haben sie mit einander doch nichts gemein. Auch ihre Bedeutung ist sehr ungleich; während der Wechsel im Kriegsministerium eine schwere Krankheit der Monarchie ausdehnt und einen ernstlichen Konflikt vorbereitet, ist die Veränderung im Äußeren nicht mehr als ein Personalwechsel: Ein verbrauchter Mann ist entlassen worden, und ein neuer von gleichem Kaliber worden ernannt.

In dem Rätsel, aus welchem sich die gegenwärtige internationale Diplomatiepolitik zusammensetzt, er schien Graf Goluchowski allerdings als eine starke Kammer, und seine auch in der reichsdeutschen Presse unermüdeten tätigen Offizien hatten ihn der Welt unzählige Male als eine Stütze des europäischen Friedens, als einen der führenden Geister hingestellt und gerietten, von denen die Ruhe und die Wohlfahrt dieses Weltteils abhängt! Das alles sind kindliche Uebertreibungen. Der polnische Graf war in Wirklichkeit sein Leben lang nie mehr als ein routinierter Handwerker; wäre er aber mehr gewesen, so hätte er es am wenigsten als Minister dieses zerfallenen Staates betätigen können, dessen auswärtige Politik schon eine Großtat vollbringt, wenn sie das Bestehende zu erhalten trachtet. Wenn man Goluchowski ein Lob spenden darf, so höchstens das, daß er Österreich-Ungarn in demselben Verhältnis zu Europa zurückläßt, in dem dem es überkommen. Schwer ist das gerade nicht; denn die habsburgische Monarchie hat in Europa an Sympathie gewonnen, seitdem Deutschland an Sympathie zu verlieren begann; die habsburgische Monarchie nimmt das auf, was Deutschland einbüßt, und wenn man das Deutsche Reich bräuteren will, so hofiert man Österreich-Ungarn — was sich so deutlich an den „Freundschaftsaktionen“ zeigt, mit denen die Hofburg unangeseht von England regaliert wird. Daß das Verhältnis zu Italien trotz Dreibund und Ministerkrisen immerlich immer frostiger wird, das liegt sicherer weniger an der österreichisch-ungarischen als an der italienischen Diplomatie; daß sich die russische Gefahr, die Kallotz, Goluchowski Vorgänger, größte Sorge gewesen war, in ihr Nichts aufgelöst hat, ist wieder am wenigsten das Verdienst des Ministers und seiner besten Leistungen, des Ministerprogramms über ein gemeinsames Vorgehen auf dem Balkan. Wie wenig diese berühmten Diplomaten fähig sind, die wirklichen Entwicklungen vorauszu sehen, zeigt gerade dieses Programm, das Österreich-Ungarn eben in der Zeit vom Gefangenen Rußlands macht, da die zarische Macht geradezu verschwunden ist.

Aber das Schwerkrieg der österreichisch-ungarischen Politik liegt nicht in Europa, sondern auf dem Balkan, und da endet das Goluchowski'sche Regime mit einem ausgesprochenen Bankrott. Nicht nur Rußlands Einfluß, dessen Wettbewerb Österreich-Ungarn so viele Jahrzehnte gelähmt hat, war bei den Balkanvölkern niemals so gering wie jetzt, sondern auch der Einfluß Österreich-Ungarns war immer größer als jetzt, und als Bilanz der zwölfjährigen Minister-schaft bleibt die Verfeindung mit allen Balkanstaaten, die — wie es so fählich das Beispiel Serbiens darthut — selbst vor der Schädigung der eigenen Interessen nicht zurücktreten, wenn sie damit dem gebähten Nachbarn einen Tort antun können. Daß die letzten zehn Reisen-jahre in Österreich-Ungarn zur Erhöhung des Ansehens des Reiches im Auslande nicht beigetragen haben, daß ein Staat, dessen innerer Jammer lange Zeit sprichwörtlich war, auch außerhalb seiner Grenzen einander imponiert, das ist ja selbstverständlich. Dazu kommt noch, daß die Kräfte in diesem buntemengenigen Staate einander paralytischen und daß sich eine Gesamtaufassung und ein Gesamtwillen in Hinsicht des Verhältnisses zu anderen Staaten und Völkern gar nicht herausbilden kann. Viel ist also von dieser auswärtigen Politik nicht zu erwarten und nicht zu verlangen und daß Graf Goluchowski auch das Wenige schuldig blieb, rechtfertigt das Urteil, daß Österreich-Ungarn durch Goluchowski's Rücktritt nur gewinnen kann.

Trotzdem hätte Goluchowski noch lange Minister bleiben können, und er hätte auch die seltsame Depesche überdauert, mit der ihn Wilhelm II. zum Range seines „Sekundanten“ erhob. Gewiß wäre in früheren Jahren eine solche Auszeichnung für jeden Minister üblich gewesen, aber nun ist Franz Joseph ein alter Mann, und so ist es nicht erstaunlich, daß er mit den ihm nahestehenden Ministern nicht gern wechselt — und der Nächste ist ihm natürlich der Minister des Äußeren, der trotz des Dualismus noch immer eine Art Reichkanzler darstellt —, zumal da es an Ministerkrisen im Innern beider Staaten wirklich nicht gebriert. Graf Goluchowski fällt als Opfer der Wandlung in Ungarn, die sich unsonst in Personennamen ausleben muß, als sie an sachlichem Gehalt arm ist. Mit Recht oder Unrecht stand Goluchowski im Verdacht, an den Verwicklungen Fejervarys teilgenommen zu haben, und so war es natürlich, daß die Unabhängigkeitspartei, da sie schon gewonnen wird, für die von ihr prinzipiell verneinte Gemein-samkeit weiter zu arbeiten, ihre Wut gegen die Institution an dem Minister läßt. In der letzten Delegationsession hat die ungarische Regierung den Gehalt über Goluchowski gehalten; da sie sich aber für die kommende Session nur zur Bewilligung des Budgets verpflichtet, insbesondere aber dem gemeinsamen Minister nicht verbürgen wollte oder nicht verbürgen konnte, daß ihn die ungarischen Delegierten in ihren Neben weniger gehässig behandeln würden, als es das letzte Mal geschah (er selber kam sich nicht ver-zweigen noch wehren, da er nicht magyarisch versteht), so mußte Goluchowski das Feld räumen.

An Goluchowski's Stelle tritt, wie gemeldet, der bisherige Bot-schafter in Petersburg, der in Österreich selbst bisher nur in sub-alternen Stellungen gedient hat und den komplizierten Verhältnissen dieser aus zwei Staaten und einem Duzend Nationen bestehenden Monarchie ganz unersfahren gegenüber steht. Er wird sich sicherlich auch nicht länger halten als bis zur nächsten ungarischen Krise, die unweigerlich jeden Minister des Äußeren unter den Trümmern der „Gemeinsamkeit“ begräbt. Die Ungarn hatten sich offenbar auf den Wortschatz in London geippt, der ein Schwager des hochmögenden Grafen Apponyi ist. Deshalb wird Khevenhull's Ernennung in Österreich „Is ein Erfolg“ gebührt! Aber wirklich nur des-halb, denn was der neue aus dem Ausland geholte Minister ist und kann, weiß im Vaterlande natürlich niemand.

Die nächste ungarische Krise kündigt sich bereits im Wechsel des Kriegsministers an; denn ihre Ursache ist keine andere als der alte Streit zwischen Habsburg und Kossuth um Rekruten. In den letzten Delegations-Sessionen sind nämlich für neue Kanonen, Kanonen, Artilleriegeschiffe und ähnliche anmutige Dinge etwa eine halbe Milliarde Kronen bewilligt worden. In den neuen Kanonen braucht man aber auch neue Soldaten, und diese, das Rekrutenkontingent, bewilligen nicht die schmieglamen Delegationen, sondern die widerspenstigen Parlamente, von denen natürlich das ungarische das widerspenstigste ist, welches die Bewilligung neuer Rekruten, also eine Erhöhung des Kontingents, traditionell von der Gewährung nationaler Konzessionen in Sachen der sogenannten Armeesprache abhängig macht. Die vierjährige ungarische Krise hat sich an der einstufigen (wie bewilligten) Ver-lage Ogels entzündet, die eine Erhöhung des Kontingents um

etwa 11000 Mann (für beide Staaten) ausgesprochen hatte. Sie ist erst durch den bekannten Friedensschluß vom April vorigen Jahres beendet worden. Dadurch ging die Regierung in Ungarn an die Koalition über, wogegen sich diese verpflichtete, die Forderungen auf nationale Konzessionen in Sachen der Armeesprache zu lassen. Man wußte auch und es wurde von den Koalition-sführern so dargestellt, daß als Gegenwert die Krone auf die Erhebung neuer militärischer Forderungen verzichtet habe. Dem ist aber, wie jetzt herauskam, nicht so, vielmehr haben sich die Partei-führer verpflichtet, auch während der Dauer des „Waffenstillstandes“, der bekanntlich bis zur Gewährung der ungarischen Wahlreform dauert, für unaufhebbar militärische Notwendigkeiten „Sorge zu tragen“, das heißt: auch in dieser Uebergangszeit eine als notwendig erkannte Erhöhung des Rekrutenkontingents durch-zusetzen. Daß diese Notwendigkeit gegeben ist, wird nun von der Militärverwaltung entschieden behauptet und dürfte — natürlich nur vom Standpunkte des Militarismus — auch der Fall sein. Insbesondere der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand auf die Erhöhung drängen, da er die Mangelhaftigkeit der artilleri-schischen Ausrüstung bei den letzten Land- und Seemannöben erkannt haben will. Diese Forderung hat nun Khevenhull in den Ungarn er-hoben, die ungarische Regierung jedoch, die auch weit schwächer ist als man meint hat und die Koalition dieser Belastungsprobe nicht aussetzen mag, hat sie jedoch rundweg abgelehnt. Früher hätte das zu einem Konflikt der Ungarn mit der Krone geführt; durch die Erfahrungen der letzten Jahre gewöhnt, hat man ihn diesmal auf den Minister lokalisiert, und so ist Khevenhull ge-gangen, weil er die seiner Ansicht als Kriegsminister nach unerlässliche Forderung nicht durchsetzen kann und für das Defizit der militärischen Ausgestaltung, das dadurch entsteht, nicht die Ver-antwortung tragen will. Nun hat der Kaiser in einem sehr ernst gehaltenen Handschreiben an den scheidenden Minister seine völlige Uebereinstimmung mit der militärischen Forderung erklärt! — Da Khevenhull bei den Ungarn ziemlich gut gelitten war, sein Nachfolger aber, der gebildete und umgängliche Schönaid, von ihnen als „Österreicher“ verfehmt wird, so sind die Aussichten, daß der Nach-folger durchgehen werde, was dem Vorgänger versagt war, recht gering. Lassen sich die Ungarn nicht bewegen, die Forderung zu bewilligen, so kann der kaum geschickteste Krieg zwischen Reichstag und Hofburg bald von neuem entbrennen.

Daß selbst der Ansehen, daß die Ungarn gegen militaristische Lasten kämpfen, die Sympathien, die sie einst besaßen, nicht wieder zu beleben vermag, soll nicht verschwiegen werden. Erstens ist das ja nur der Schein; denn nicht gegen militarische Belastungen, sondern um abgemachte chauvinistische Schandeln geht dieser Kampf, der auch Ungarn schwere Wunden schlägt. Zweitens aber macht das Verleugern eingegangener Verpflichtungen, dieses Zusagen in der Rot und Abstreiten nach der Gefahr, alles andere denn einen erbebenden Eindruck. Deshalb ist und bleibt in beiden Staaten das wichtigste die Wahlreform: Erst durch sie wird aus dem Verlehe der beiden Staaten jene Chorleiterin entfernt, die sich heute noch als Heberischerin der Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn widerstandslos spreizen darf.

Aus der Partei.

Die Parteischule.

Mit dem Unterrichtskursus für Parteifunktionäre wird voran-sichtlich am 15. November begonnen werden können. Positive An-gaben darüber werden noch rechtzeitig bekannt gegeben. Das Unter-richtslokal befindet sich in dem Hause Lindenstr. 3, nahe am Velle-alliance-Platz. Die Dauer des Kursus ist auf sechs Monate vor-gesehen.

Von den Besuchern des Kursus ist mehrfach der Wunsch ge-äußert, Auskunft über die Wohnungsverhältnisse zu erhalten. Das Parteibureau, Lindenstr. 69, ist gern bereit, Anmeldungen geeigneter Logis entgegenzunehmen und den Reflektanten bekannt zu geben. In der Nähe des Unterrichtslokales gelegene möblierte Zimmer würden bedorngt werden.

Die IV. Konferenz des Agitationsbezirks Frankfurt a. M. tagte am Sonntag, den 28. Oktober, in Klein-Steinheim bei Hanau. Ursprünglich war geplant, daß sie in Hanau a. M. stattfinden sollte. Der Polizeipräsident in Hanau aber berief sich auf die Ver-fremmungsverordnung für den Regierungsbezirk Kassel, um die Verhandlungen erst von 3 Uhr nachmittags ab zu-lassen. Deshalb mußte die Konferenz auf heftiges Gebiet, in das benachbarte Dorf Klein-Steinheim verlegt werden. Der Agitationsbezirk umfaßt 12 Wahlkreise, die bei der letzten Reichstagswahl zusammen 74 887 sozialdemokratische Stimmen ergeben haben. In dem Bezirk ist Genosse Rudolph als Sekretär ange stellt. Seine Tätigkeit hat sich aufs Beste bewährt. Die Zahl der organisierten Genossen ist von 7510 am 1. Januar 1906 auf 10 945 am 30. Juni 1906 gestiegen. Hierzu heißt es in dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht:

„So erfreut man über die Zunahme der Mitglieder an einzelnen Orten auch sein mag, im allgemeinen ist das Wachstum der Organi-sationen nicht befriedigend. Haben auch keine allgemeinen Wahlen stattgefunden, so war das Berichtsjahr doch eines der politisch leb-haftesten und die Erregung der weitesten Volkskreise mußte in größerem Maße den politischen Organisationen zugute kommen. Bis zum Jahre 1908, dem Jahre der allgemeinen Reichstagswahlen, gibt es noch viel nachzuholen, wollen wir bei den Wahlen mit be-friedigenden Resultaten abschließen.“

Die Konferenz war von 76 Delegierten besucht und besprach in eingehender Weise namentlich die Agitation. Dabei wurde auf die große Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Bezirk hingewiesen, von denen nur ein sehr kleiner Teil der Partei angehört und auf das Parteiblatt abonniert ist. Von allen Rednern wurde betont, daß es eine der wichtigsten Aufgaben sei, die Gewerkschaftsmitglieder auch für die Partei zu ge-winnen. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter wurde allgemein als segensreich anerkannt. Um aber etwaige Zweifel zu klären, sollen in Zukunft in gewissen Zwischenräumen Konferenzen der Gemeindevertreter abgehalten werden, auf denen Fragen aus der Praxis besprochen werden. Zur Vorbereitung dieser Debatten sollen die wichtigsten Fragen vor der Konferenz im Parteiorgan erörtert werden. Bezüglich der Presse wurde die Frage von neuem angeregt, ob es nicht möglich sei, die Herausgabe der Blätter für Frankfurt, Offenbach, Mainz und Gießen bis zu einem gewissen Grade zu zentralisieren. Das Agitationskomitee in Frankfurt wurde beauftragt, den Versuch zu machen, eine Verständigung hierüber unter den beteiligten Genossen herbeizuführen. Von den übrigen Reichstagen ist noch hervorzuheben, daß bei Aktionen wie einem Bierboikott eine Ver-ständigung über ein einheitliches Vorgehen möglichst in dem ganzen Bezirk angebahnt werden soll. Die Wahl der Delegierten zum internationalen Kongress findet durch Urabstimmung statt, wobei so viele Wahlbezirke gebildet werden wie Delegierte zu wählen sind.

Eine Jubiläumsfeier hat der Sozialdemokratische Verein für den zweiten Hamburger Wahlkreis am Freitag im großen, an 1300 Sitzplätze fassenden Saal des partei-historischen Tätigen Establishments abgehalten. Dem Genossen Diez galt die Feier, dem Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises, der seit 25 Jahren ununterbrochen das Mandat innegehabt, 25 Jahre lang eines der bedeutungsvollsten Vertrauensämter ausgeübt hat, die die Genossen zu vergeben haben.

In der Erwiderung auf eine Begrüßungsansprache des Vor-standesmitgliedes Genossen Stengel sprach der Jubilar seinen

Dank aus für den Empfang, und gab dann eine inter-essante Schilderung der Umstände, die bei seiner Kandidatur und erstmaligen Wahl vorlagen. Das Schicksal in seiner ganzen eblenden Niederrichtigkeit tauchte vor den Augen der Zuhörer, von denen viele jene Periode noch durchgemacht haben, wieder auf. Weiter gab der Redner aus dem Schatz seiner reichen Erfahrungen einen knappen Abriss der Geschichte unserer sozialdemokratischen Literatur und erwähnte zur eifrigen und fleißigen Weiterbildung der Genossen.

Unter mehreren eingegangenen Glückwunschsdepeschen war eine des Parteivorstandes. Der Vorsitzende des Vereins, Genosse Hoffmann, sprach einen dem Genossen Stengel verfaßten Prolog. Vorträge der Arbeitergesangsvereine und Instrumentalmusik machten den übrigen Teil des Festes aus. Dem Jubilar wurde zum An-denken an die Feier eine in kunstreicher Arbeit ausgeführte Karte mit einigen Kupferstichen, Partien Hamburgs, besonders der Altstadt, und einem von der Parteidruckerei ausgeführten prächtigen Kunstblatt überreicht.

Dem Andenken Fr. A. Sorges

widmet die „Leipziger Volkszeitung“ folgende Zeilen:

„Er war der Sohn eines sächsischen Pfarrers, nicht weit von Leipzig geboren, aber der Heimat seit fast sechzig Jahren entfremdet durch ein infames Todesurteil, das die sächsische Justiz über den eblen und tapferen Jüngling gefällt hatte, weil er im Jahre der Revolution die Waffen trug für die Sache des Volkes.“

Jedoch sein Herz hing an der alten Heimat, und als ihn ein Mitglied unserer Redaktion in diesen Sommer besuchte, da hörte er gern, und seine treuen Augen leuchteten vor innerem Behagen, wie hoch die revolutionären Geaten ständen im „roten Königreiche“, aus dem ihn einst ruchlose Gewalt vertrieben hatte, in dem entsetzten Aelde des Rechtes.“

Im Exile harteten seiner schwere und schwerste Tage. Aber seine durch und durch tüchtige Natur wußte auch das Schwerste zu überwinden. Als Musiklehrer in Hoboken, einer Nebenstadt New Yorks, in der das deutsche Element stark vertreten ist, schuf Sorge sich bald eine geachtete Existenz. Allein nie, in guten so wenig wie in schlimmen Tagen, verblühten ihm die Ideale seiner Jugend. Er wurde die Seele der Internationale in Amerika, ihr letzter Fahnenträger überhaupt, als der Sig des Generalkrates nach New York verlegt worden war, und auch nachdem der gewaltige Fortschritt der internationalen Arbeiterbewegung diese Form ihrer Organisation gebrochen hatte, blieb er in engem vertrautem Verkehr mit Marx und Engels.

Es ist das letzte, aber nicht das geringste Verdienst Sorges ge-wesen, daß er aus seinem Briefwechsel mit Marx und Engels, mit Johann Philipp Becker und Joseph Diehgen ein Werk zusammen-gestellt hat, das ein dauernder Schatz der sozialistischen Literatur bleiben wird. Und auch ein dauernder Denkmahl für ihn selbst. Denn aus jedem dieser Briefe leuchtet hervor, wie viel innere besten und größten Vorkämpfer auf Sorge gehalten haben. Er ging nicht leicht daran, die Briefe zu veröffentlichen, denn er war von einer rührenden Bescheidenheit und Uneigennützigkeit, und am stärksten trieb ihn wohl der Wunsch, in diesem Briefwechsel eine neue Kammer zu schaffen für das grandiose Mauerwerk des Marxismus, an dem leichtfertige oder auch nur vorwitzige Hände rütteln zu sehen, ihn allemal in tiefster Seele empörte. Denn vor seinem geraden und scharfen Verstande bestand keine Kleingeisterei und keine Kleinmeisterei.

Ein leichtes Lächeln glitt dann aber doch wohl über sein altes gutes Gesicht bei der Aussicht, das fertige Buch auf seinem Weib-nachlässliche zu sehen. Da er schon im vorigen Winter schwer ge-litten hatte, so wurde die technische Herstellung des Werkes möglichst beschleunigt, aber die ersten Exemplare werden nun erst in New York eingetroffen sein, da sich für immer die Augen schlossen, die seit sechzig Jahren für das Wohl der Arbeiterklasse gewacht hatten.

In ähnlicher Lage sagte einst ein sterbender Dichter: Bald fehlt uns der Becher, bald fehlt uns der Wein. Aber dem alten Sorge hat niemals der Becher und auch niemals der Wein gefehlt; sein ganzes Leben war ein glückliches Wollen und Vollbringen für die größte Sache der Menschheit, deren Sieg dem Greise so sicher war, wie dem Jüngling.

Und allen, die für dieselbe Sache kämpfen, wird sein Andenken in hohen Ehren bleiben.“

Der Kaiserdeputierte Hirsch, schreibt die Breslauer „Volksmacht“, ist durch die langwierige harte Untersuchungs-sache fürwahr ebenso wie sechszigmal herabgekommen. Er bedarf daher dringend der Erholung, um wieder so gekräftigt zu werden, daß er imstande ist, seiner schweren Berufsarbeit als Schlichter nach-zugehen. Von der Unterstützung, die Genosse Hirsch aus Mitteln seines Verbandes erhält, ist er dazu nicht in der Lage, zumal er zu Hause eine seit 8 Jahren gelähmte Frau und einen lungenkranken 12jährigen Sohn hat. Die Breslauer Arbeiter werden sicher auch in diesem Falle sich ihrer oft bewährten Solidarität einem Genossen gegenüber erinnern und mit dazu beitragen, daß Genosse Hirsch die ihm dringende nötige Erholung sich gönnen kann. Gaben nimmt das sozialdemokratische Parteisekretariat, Breslau, Neue Graupenstraße Nr. 5, II. Etage, entgegen.

Auch die Parteiblätter außerhalb Breslaus werden um Abdruck gebeten.

Die Stelle eines Parteisekretärs in einem für die Parteibewegung noch ungenügend entwickelten Agitationsbezirk ist zu besetzen.

Von dem Bewerber werden neben der Qualifikation, die zur Betreibung und Förderung der Agitation und Organisation vor-ausgesetzt werden muß, Energie und selbständiges Urteil verlangt, um mit Festigkeit eine erfolgreiche Wirksamkeit entfalten zu können. Reflektanten wollen sich mit dem Bureau des Parteivorstandes, Lindenstr. 69, in Verbindung setzen.

Personalien. In die Feuilleton-Redaktion des „Vorwärts“ ist an die Stelle des verstorbenen Genossen Krauk Genosse R. S. Döcher eingetreten, der bisher in München und Nürnberg tätig war.

Genosse Frohne legt Wert darauf zu konstatieren, daß er nicht-wie in unserem Jubiläums-Artikel der Freitagsummer gesagt wurde, „einige Male“ seinen Wahlkreis gewechselt habe. Von 1881 bis 1884 habe er den Kreis Hanau und von 1884 bis jetzt den Kreis Altona vertreten. Er habe also den Wahlkreis nur einmal gewechselt und seit 1881 ununterbrochen dem Reichstage angehört.

Die Polizeistunde und junkerliche Willkürherrschaft vor dem Oberverwaltungsgericht.

Am Donnerstag wurde von dem Oberverwaltungsgericht eine Klage um die Polizeistunde zugunsten der Klage entschieden, die einen starken politischen Hintergrund hat und für die rechtlosen Zustände in den Junkergräben von typischer Bedeutung ist.

Der Kreis Tempelin gilt seit langem als ein märkischer Musterkreis zur Illustrierung selbst vor den Toren Berlins noch gar vielfach herrschenden junkerlich-absolutistischen Polizei-wirtschaft mit ihren frisch fromm fröhlichen Verlöben gegen Ge-

Lege, die ist nicht in den Raum passen, und mit ihrer nicht-offenen Ausnutzung polizeilicher Befugnisse zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Ein politischer Feldzug, man möchte fast sagen: ein Kreuzzug solcher Art gegen unsere Partei ist nach etwa 1 1/2 jähriger Dauer vor wenigen Tagen beendet worden und zwar mit einer geradezu jenseitiger Niederlage der biedereren Sozialisten. Es lohnt sich, diese kleine, aber interessante Episode aus dem Kampf unserer Genossen für Achtung der Gesehe kurz darzustellen, weil sie für den Kampf in ganz Ostpreußen typisch ist.

Schauplatz ist das hauptsächlich von Maurern bewohnte Dorf **Curtischlag bei Zehdenick**; Ausüßer der polizeilichen Macht sind der Amtsvorsteher über Zehdenick-Horst und der Landrat von Templin; Objekt ihrer Fürsorge ist die organisierte Arbeiterschaft von **Curtischlag** und Umgebung und der Gastwirt **Wismann** zu **Curtischlag**.

Nach langen Rügen war es dem Maurerverband im Frühjahr 1905 gelungen, Wismann zur Vergabe seines Lokals zu bewegen. Nun ging ein polizeilicher Kampf gegen Wismann los. Wismann war seit 16 Jahren Gastwirt und hatte nie die geringsten Schwierigkeiten oder Konflikte mit der Polizei gehabt. Seit dem Jahre 1901 war ihm die Polizeistunde im Sommer auf 12, für den Winter auf 11 Uhr festgesetzt, während die von der Polizeiverordnung als normal bestimmte Polizeistunde nur 11 bzw. 10 Uhr war. Kaum war nun die „umfüßlerische Haltung“ Wismanns bekannt geworden, als auch schon eine Verfügung des Amtsvorstehers eintraf, die die Polizeistunde auf das Normalmaß, nämlich 11 bzw. 10 Uhr, d. h. um eine Stunde, herabsetzte. Nicht ein Wort der Begründung erhielt diese Maßnahme.

Zu einem zweiten Schlage fand sich erst einige Monate später Gelegenheit. Am 12. Juli 1905 erhielt Wismann folgende **Hassliche Verfügung des Amtsvorstehers**:

Hierdurch werden Sie auf Grund des § 4, Absatz 2 der Polizeiverordnung des Herrn Oberpräsidenten vom 7. März 1904 aufgefordert, in Ihrem Lokal nach 9 Uhr abends keine Gäste zu dulden. Die Polizeistunde wird gemäß Verfügung des Herrn Landrats des Bezirkes herabgesetzt, weil der Gottesdienst am ersten Pfingstfesttag durch Lärmen und Singen in Ihrem Lokal gestört wurde und Sie jeden Versuch, diesem Lärm ein Ende zu machen, unterlassen haben. Da derartige Unsitte in Ihrem Lokal schon bei Tage vorkommen, ist zu befürchten, daß es am Abend und während der Nacht zu großen Unruhen kommen kann. Diefem vorzubeugen ist Pflicht der Polizei. Ihre Nichtbefolgung dieser Verfügung nachdrücklich bestrafen.

J. V. Sommerfeld.

Also ein einziger Fall, in dem an einem Feiertag im Lokal von Wismann gelärmt und gesungen sein soll, reichte dem Landrat und dem Amtsvorsteher aus, eine ernsthafte Befragung zur Ruheführung für den Abend und für die Nacht zu begehren, nachdem Wismann sich bisher in einer absolut tadellosen Weise privat und geschäftlich geführt hatte! Uebrigens war in der Verfügung der tatsächliche Sachverhalt geradezu auf den Kopf gestellt. Die Polizei hatte die Ermittlungen über die Vorgänge vom ersten Pfingstfesttag in der Weise vorgenommen, daß sie Mitteilungen von Gendarmen über gelegentliche Aeusserungen von ein paar dem Wismann feindlichen Personen in den Akten registrierte. Nicht einmal polizeiliche Berechnungen waren für nötig gehalten worden zur Vorbereitung einer Maßnahme, die sich als eine teilweise Entziehung der Konzession darstellt und für die ganze Existenz Wismanns verhängnisvoll werden konnte. Von einer Erhebung der dem Wismann zur Verfügung stehenden Beweise war keine Rede gewesen. Infolge eines Mißverständnisses über die Rechtslage erlangte die Verfügung vom 12. Juli formelle Rechtskraft. Um sie zur Aufhebung zu bringen und dem Wismann die Normalpolizeistunde wieder zu verschaffen, beschritt nun in seinem Auftrage der Genosse **Diebsticht** zunächst den Aufschlagsweg durch alle Instanzen hindurch bis zu dem Minister des Innern von **Behm** an **Schwegel**. Er bot einen umfangreichen Beweismaterial dafür an, daß zwar am frühen Morgen ein, übrigens gar nicht einmal sozialdemokratischer Gesangsverein mit Gesang nach seinem Lokal gekommen war, daß Wismann aber dem Verein vor dem Betreten seines Lokals schon um deswillen alles Singen verboten und Ruhe zur Pflicht gemacht hatte, weil er am selben Morgen seinen Vater beerdigt hatte. Beweis war ferner dafür angetreten, daß in der Tat auch schon stundenlang vor dem Gottesdienst und während des Gottesdienstes und überhaupt am ganzen Tage in dem Lokal weder gelärmt noch gesungen und die Kirche auch überhaupt nicht gestört war. Diese Zeugen wurden einfach ignoriert. Der Anwalt bezichtigte in seinen Beschwerden den Amtsvorsteher und den Landrat ausdrücklich, die Verfügung vom 12. Juli nur zu dem ausschließlichsten Zwecke erlassen zu haben, Wismann in materielle Schwierigkeiten zu bringen und so zu zwingen, sein Lokal dem Maurerverband wiederum zu entziehen, wobei der angebliche Vorgang vom ersten Pfingstfesttag bewußt nur als Vorwand benutzt worden sei. Auf diese schwere wiederholte Bezeichnung wurde nicht mit einem Wort reagiert. Alle Instanzen bis zum Minister hinauf stellten sie ruhig ein und wiesen die Beschwerden ohne Begründung zurück. Bemerkenswert ist, daß die Erklärung dieser Beschwerden, obwohl sie ihrem Inhalte nach höchst dringlich waren, trotz mehrfacher telegraphischer Anträge und Witten um Beschleunigung in jedem einzelnen Falle monatelang dauerte und schließlich die am 4. Februar 1906 bei dem Minister eingelegte Beschwerde erst durch eine am 21. März 1906 zugestellte Verfügung vom 15. März 1906 abschlägig beschieden wurde.

Natürlich wurde der Ausgang dieses Beschwerdeverfahrens von dem Genossen **Diebsticht** nicht abgewartet. Im Oktober 1905 stellte er bei dem Amtsvorsteher einen Antrag auf Wiedereinräumung der normalen Polizeistunde. Nach etwa drei Wochen traf die Antwort ein, daß es bei der Verfügung vom 12. Juli sein Bewenden behalte. Dagegen erhob der Anwalt die **Verwaltungsbeschwerde**. Nimmlich prompt erhielt er von dem Amtsvorsteher die Antwort, daß jener Bescheid kein mit Gründen versehenen Bescheid sei, sondern daß er „lediglich ein aus Gründen der Höflichkeit“ als Antwort auf das Schreiben des Anwalts ergangenes Schreiben sei! Der Anwalt beehrte den Amtsvorsteher, daß er um einen Akt der Höflichkeit nicht gebeten und amtlich zu solchem Akt auch nicht befugt sei, daß er vielmehr nach dem Gesetz die Verwaltungsbeschwerde einfach weiter zu geben habe. Erst am 3. Januar, also nach zwei Monaten, erfolgte trotz wiederholter Bitten um Beschleunigung die Erwidmung des Landrats, die sich gleichfalls auf den Standpunkt stellte, daß jener erste Bescheid des Amtsvorstehers keine dem Verwaltungsstreitverfahren unterliegende Verfügung sei und daß der Landrat deshalb ein Eingehen auf die Verwaltungsbeschwerde ablehnte. Auch der Regierungspräsident wies Ende Januar die bei ihm eingelegte Beschwerde ohne jedes nähere Eingehen „als unbegründet“ zurück.

Hiergegen erhob nunmehr Genosse **Diebsticht** die **Klage im Verwaltungsstreitverfahren**, über die am 25. Oktober 1906, also nach neun Monaten, vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelt wurde. In dieser Verhandlung schilderte der Anwalt den polizeilichen Feldzug gegen Wismann, den er als ein wahres Kesseltreiben bezeichnet. Er benannte Zeugen dafür, daß Wismann alsbald nach Freigabe seines Lokals einer ganz besonders schändlichen Ueberwachung unterworfen worden war und führte u. a. nach folgende Einzelheiten an:

Seit Jahren hatte Wismann entgegen einer ihm unbekanntem Polizeibehörde seine Einfahrt nicht mit einem ordnungsmäßigen Steinpflaster versehen. Das war unbeanstandet geblieben. Jetzt wurde es plötzlich entdeckt und mit einer **Geißstrafe von 10 Mk.** geahndet, gegen die formell nichts zu machen war.

Weiter erschien eines abends in der Dunkelheit ein Gendarm und **leuchtete die Vorstellrippen Wismanns ab**. Bald darauf traf ein Strafbefehl wegen nicht genügender Reinigung dieser Rippen (Uebertretung der §§ 1 und 7 der Polizeiverordnung vom 9. Dezember 1892) ein. Auf Einspruch gegen diesen Strafbefehl erlangte das Amtsgericht Zehdenick und das Amtsgericht Prenzlau auf **Freisprechung**, weil eine genügende Reinigung der Rippen

trotz des entgegenstehenden Zeugnis des Gendarmen **Effert** für nachgewiesen erachtet wurde.

Eine weitere Strafverfügung erging wegen angeblicher Ueberfälschung der Polizeistunde durch Wismann. Auch hier beantragte Genosse **Diebsticht** gerichtliche Entscheidung, indem er den Nachweis anbot, daß eine geschlossene Versammlung der Zulaute des Maurerverbandes vorgelegen habe. Ehe es noch zu einer Verhandlung kam, zog der Amtsvorsteher seine Verfügung zurück.

Mitte Oktober 1905 erschien der erwähnte Gendarm **Effert** bei Wismann und erklärte ihm u. a.: „Wenn er die Noten nicht geben lasse, werde er sehr schnell seine Konzession loswerden, für ihn sei ein ganz spezielles Gesetz da, nach dem ihm die Konzession entzogen werden könne.“ Wegen dieser Aeusserung erlittete Genosse **Diebsticht** Anzeige gegen **Effert**. Das Gericht der dritten Gendarmen-Brigade erachtete zwar beim Verleiten **Efferts** die Aeusserung in der behaupteten Form nicht für erwiesen, ertheilte aber dem p. **Effert** wegen einer in der gleichen Richtung liegenden, von ihm selbst zugegebenen Aeusserung eine **Rüge**. **Effert** ist dann aus dem Kreise Templin verbannt worden.

Eine wahre Odyssee erduldeten die 59jährige **Maurer Rütter** zu **Curtischlag**, der in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im August 1905 bei Besprechung von Gemeindeangelegenheiten angeblich den überwachenden Gendarmen dadurch beleidigt haben sollte, daß er während einer „Pause“ in der Versammlung geschwehrt haben sollte, die Dorffrauen befände sich in einem schlechten Zustande, die Ungeheuerlichkeiten der Bauern und Höfnergeheulen sehe der Gendarm nicht, er suche und sehe nur die geringsten Kleinigkeiten bei Arbeitern, um diese noch mehr zu drücken. In erster Instanz wurde Rütter zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht Prenzlau erhöhte die Strafe des unbeschuldeten Angeklagten auf 14 Tage Gefängnis. Auf Revision des Genossen **Diebsticht** hob das Kammergericht dieses Urteil auf, weil § 193 verletzt war, da Rütter eventuell seine Aeusserung in Wahrnehmung berechtigter Interessen getan habe. Auf erneute Verhandlung verurteilte das Landgericht Prenzlau Rütter wiederum zu zwei Wochen Gefängnis, indem es nicht nur entgegen dem Bestreiten des Rütter und einiger Zeugen die Aeusserung in der behaupteten Form für erwiesen erachtete. Wiederum hob das Kammergericht auf Revision des Anwalts wegen Verletzung des § 193 Str. G. B. und des Vereinsgesetzes auf und in der dritten nun folgenden Verhandlung vor der Strafammer in Prenzlau wurde endlich — nicht nach dem Antrage des Staatsanwalts und des Genossen **Diebsticht** auf **Freisprechung** erkannt.

Angeichts aller dieser Vorgänge wiederholte der Verteidiger des Klage- vor dem Oberverwaltungsgericht nachdrücklich gegen Amtsvorsteher und Landrat die Bezeichnung der mißbräuchlichen Verwendung ihrer Amtsbefugnisse zu politischen Zwecken, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Er benannte die beiden Beamten als Zeugen dafür, daß sie mit ihrer Aktion den behaupteten Zweck verfolgt hätten, und daß sie selbst die Vorgänge vom ersten Pfingstfesttag 1905 für durchaus nicht erheblich erachtete, daß sie in der Tat keinerlei Befugnis vor Ausschreitungen daraus entnommen und sie nur als formellen Deckmantel benutzt hätten.

Der beklagte **Regierungspräsident** zog in letzter Stunde noch einige neue Quisquilien an. Angeblich sollten nämlich am ersten Pfingstfesttag irgend welche vor dem Wismannschen Lokal stehende Personen irgend welche Kirchgänger irgend wie belästigt haben — näheres vermied der beklagte anzugeben — und angeblich sollte weiter Wismann etwa eine Woche später jemandem auf der Straße eine grobe Redensart zugerufen haben! All das vermochte der Anwalt spielend als unerheblich und an den Haaren herbeigezogen zu bezeichnen. Er trat aber auch einen erschöpfenden Gegenbeweis an und beantragte, nachdem der Kläger Wismann über ein Jahr seit der Herabsetzung seiner Polizeistunde ebenso wie all die früheren Jahre sich nicht das geringste hatte zuschulden kommen lassen und sein Geschäft in der einwandfreiesten Weise geführt hatte, **Aufhebung der polizeilichen Verfügungen des Amtsvorstehers, des Landrats und des Regierungspräsidenten**, die seinen Antrag auf Wiedereinräumung der normalen Polizeistunde zurückgewiesen hatten.

Nach längerer Beratung erkannte das **Oberverwaltungsgericht** diesem Antrage gemäß. Begründend ausgeführt wurde, daß, wenn auch das Gericht nur zu prüfen habe, ob nicht Willkür vorliege, offensichtlich die Verfügung vom 12. Juli 1905 an und für sich schon trotz ihrer formellen Rechtskraft auf sehr schwachen Füßen stehe und jedenfalls eine Befugnis gegenüber der Geschäftsführung des Klägers, Wismann, keineswegs mehr gerechtfertigt erscheinen lasse.

Damit ist vorläufig der polizeiliche Angriff gegen die Arbeiterschaft **Curtischlags** abgeschlagen und unsere Genossen können auch in diesem schwarzen Winkel so frei aufatmen, wie das eben in Preußen überhaupt möglich ist. Hoffentlich wird nunmehr gegen Landrat und Amtsvorsteher ein zivilrechtlicher Schadenersatzprozeß angestrengt.

Gaukonferenz des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbandes.

Am Sonntag hielt der genannte Verband im Berliner Gewerkschaftshaus für den Bezirk Brandenburg, Mecklenburg und Posen seine diesjährige Gaukonferenz ab. Anwesend waren 66 Delegierte aus etwa 30 Jahrestellen. Aus dem Tätigkeitsbericht des Gauleiters **Wenig** ergab sich, daß der Verband während der letzten beiden Jahre recht erhebliche Fortschritte besonders in der Provinz Brandenburg gemacht hat. Die Mitgliederzahl hat sich während dieser Zeit verdoppelt; sie liegt von 6000 auf 12000, die sich jetzt auf 43 Verbandsjahrestellen verteilen. An Einnahmen hatte der Gauvorstand 8230 Mk., demgegenüber stand eine Ausgabe von 3150,33 Mk., so daß ein Bestand von 76,67 Mk. verblieb. Unter Hinzurechnung des Gauvorstandes wurden in der Berichtszeit 75 öffentliche, 78 Mitglieder- und 70 Betriebsversammlungen abgehalten. Außerdem war der Gauvorstand bei 29 Differenzen vermittelnd tätig. Von den Lohnbewegungen brachten fünf einen Erfolg, ohne daß es zur Arbeitsniederlegung kam. Von den Streiks resp. Ausperrungen verliefen 11 erfolgreich und 5 erfolglos. In 12 Betrieben verschiedener Ortschaften der Provinz wurden Mitglieder des Verbandes wegen ihrer Organisationsfähigkeit gemäßregelt. — Die Aussprache drehte sich hauptsächlich um die Schwierigkeiten der Agitation in den kleineren Ortschaften. Es gehen dort die Indifferenz der Arbeiter mit Unternehmervilligkeit und Polizeischikanen ständig Hand in Hand, besonders in der Provinz Posen, wo die Arbeiter zudem noch vielfach durch übermäßigen Alkoholgenuss derartig verblödet sind, daß ihnen das Unwürdige ihrer Lebenslage kaum zum Bewußtsein kommt. Ein guter Anfang in der Agitation konnte während des letzten Sommers unter den Hiegelearbeitern verschiedener Orte gemacht werden. Doch läßt sich noch nicht voraussehen, ob die hier gewonnenen Mitglieder auch dauernd erhalten werden können, weil sie während des Winters wieder in ihre entlegenen Heimatsorte zurückkehrten und dort nur schwer zugänglich sind. Immerhin steht zu erwarten, daß bei ständig und beharrlich wiederholter Agitation auch diese Arbeiterkategorie späterhin in größerer Zahl für die Organisation gewonnen werden dürfte. Mit der Tätigkeit des Gauvorstandes erklärte sich die Konferenz im allgemeinen einverstanden, besonders weil zu berücksichtigen war, daß bei der Größe des Gaues eine erhöhte Leistung billigerweise kaum verlangt werden konnte. Eine Anzahl Anträge, welche die Agitation betrafen, wurden dem Gauvorstand zur unlästigen Berücksichtigung überwiesen. — Bei der dann folgenden Aussprache über die Beschlüsse des diesjährigen Leipziger Verbandstages wurde fast allgemein die Erhöhung der Beiträge gebilligt. Im Brennpunkt der Verhandlungen stand dann aber die Verschmelzungsangelegenheit der Jahrestellen **Häpand, Charlottenburg, Spanbau und Tegel** mit Berlin. Der Zusammenschluß dieser Jahrestellen zu einer Jahrestelle **Groß-Berlin** ist bereits vor längerer Zeit angeregt worden. Wegen des Widerstandes der genannten Vororte wurde bislang jedoch eine

Verhandlung in dieser für die Organisation so überaus wichtigen Frage nicht erzielt. Am nun nach dem Vorbilde anderer Organisationen die Zersplitterung in und um den großen Industriezentren zu beseitigen und die Einheitlichkeit der Verwaltung und der Aktion daselbst zu sichern, hatte der Leipziger Verbandstag folgenden Beschl. gefaßt: „In Orten mit gemeinsamen Wirtschaftsbereichen kann in einem Umkreis von 15 Kilometern nur eine Jahrestelle errichtet werden.“ Wegen dieses Beschl. der den genannten Jahrestellen den Zusammenschluß direkt zur Pflicht macht, ergingen sich die amnestischen Korrespondenzen in bestiger Opposition. Die gegenseitige Debatte darüber nahm die Zeit der Konferenz vorwiegend in Anspruch. Der ebenfalls anwesende Verbandsvorstand **Brey**, Hannover ließ schließlich keinen Zweifel darüber, daß der Hauptvorstand gestützt auf den Verbandstagsbeschl. unter allen Umständen auf die baldige Verschmelzung der Jahrestellen von Berlin und Umgebung dringen werde, weil der einheitliche Zusammenschluß eben eine zwingende Notwendigkeit geworden sei und im höchsten Interesse des Verbandes liegt. — Zum Schluß wurde dann noch ein Antrag angenommen, der besagt, daß zu den künftigen Konferenzen die Jahrestellen bis zu 100 Mitgliedern einen Delegierten, und für jedes weitere angefangene Hundert einen Delegierten mehr ernennen solle. Jedoch darf keine Jahrestelle mehr als drei Delegierte entsenden. Als Ort der nächsten Gaukonferenz wurde wieder Berlin bestimmt.

Aus der Frauenbewegung.

Gefinde-Ordnung oder freier Arbeitsvertrag?

In einer öffentlichen Versammlung der Hausangestellten unter dem Vorsitz von Genossin **Saader** sprach Genosse **Stadt-Hagen** am Sonntag abend über das Thema „Gefinde-Ordnung oder freier Arbeitsvertrag?“ Mit dieser Versammlung, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute, sollte die Bewegung der Berliner Dienstmädchen gegen die Gefinde-Ordnung in eine bestimmte Bahn geleitet werden. Es gilt, eine rege Agitation für einen freien Arbeitsvertrag, wie ihn Städtinnen vorgeschlagen (kürzlich erst im „Vorwärts“ veröffentlicht), zu entfalten.

Erst von der Mitte des 13. Jahrhunderts an, so erklärte der Referent, könne man von einem Gefindeband reden, der bald eine Stufe höher gestellt wurde als die Leibeigenen und Hörigen. Die alten Gefinde-Ordnungen aus damaligen Zeiten enthielten schon Bestimmungen, die dem Schutze des Gefindes dienten und der Willkür der Herrschaften entgegenstehen. Nach der damaligen Struktur des Staates hatten die großen Gutsherrn einen weiten Machtbereich und auch die Sorge zu übernehmen für alle, die ihnen unterstellt waren. In Krankheitsfällen mußte das Gefinde die nötige Pflege erhalten. Aus dem 15. Jahrhundert hören wir noch, daß das Büttingrecht für das Gefinde sehr milde zur Anwendung kam. Später, als die Städte ausblühten, wurde die Lage des Gefindes verschlechtert. 1548 wurden zum erstenmal Dienstzeugnisse eingeführt. Während des 30jährigen Krieges (1618—1648) wurde das Gefinde etwas mehr geachtet, aber nach dem Kriege wurde die Staatsgewalt mobil gemacht für die großen Gutsherrn, die nach Arbeitskräften aus den Städten verlangten, und manche Verordnung, nach welcher die Kinder der Stadtbewohner zu Dienstleistungen auf den Rittergütern verpflichtet waren, wurde erlassen. Die Gefinde-Ordnungen erregten damals schon viel Erbitterung, und Gutsherrn von Nichtern und Universitätsprofessoren sprachen sich im 17. Jahrhundert bei verschiedenen Gelegenheiten gegen die Gefinde-Ordnungen aus. Das Gefinde führte einen heftigen Kampf um seine Rechte, aber das Stranden half nichts, das Gefinde unterlag gegen den Staat, der seine Machtmittel zur Anwendung brachte. Das Gefinde stand allein in dem Kampfe. Redner erinnerte daran, wie Luther vom „Gefindeteufel“ sprach, der „die Peitsche haben müßte“. Es war ein Kampf der Massen. Die herrschende Klasse ging gegen die unterdrückten vor, die sich wehren wollten. Im 17. Jahrhundert an wandte der Staat sich mit drei großen Mitteln gegen das Gefinde: Es wurden die Tagelöhner eingeführt, die es strapazierten, dem Gefinde einen höheren Lohn zu geben, und ebenso wenig durfte das Gefinde einen höheren Lohn nehmen. Der Zwangsgefindendienst wurde eingerichtet, nach welchem jedes Kind verschiedene Jahre fast unentgeltlich bei einer Gutsherrschaft dienen mußte. Dann kam das Büttingrecht wieder auf. Heute besteht in Deutschland nach dem Gesetz keinerlei Büttingrecht, aber in der Praxis ist es anders, da wird sogar durch Gerichtsentscheidungen ein gewisses Büttingrecht anerkannt. Das Jahr 1808 räumte in Preußen mit vielen alten Ordnungen auf, so auch mit Gefinde-Ordnungen, aber 1810, am 8. November, setzten die Junker eine neue Gefinde-Ordnung durch, die die alten Zustände zum Teil wieder einführt. In Preußen waren freilich nicht nur eine, sondern 19 Gefinde-Ordnungen in Kraft, die von 1782—1850 eingeführt wurden. Der Redner hält sich an die Gefinde-Ordnung vom 8. November 1810, die er scharf beleuchtet und an vielen Beispielen ihre Härten und Minderwertigkeiten zeigt. Er bringt dann den den „Vorwärts“ Lesern bereits bekannten Entwurf eines freien Arbeitsvertrages zur Verlesung und erläutert die einzelnen Punkte eingehend. Er schließt mit der Aufforderung, für diesen freien Arbeitsvertrag zu wirken, um damit die Notlage und Rechtlosigkeit des Gefindes bekämpfen zu helfen.

In der Diskussion verglich Genosse **Unger** das Verhältnis der Dienstherrn zur Herrschaft mit dem Koss- und Logiswesen im Handwerkerstand. Er machte darauf aufmerksam, wie energisch die Gewerkschaften sich gegen dieses System, das sich noch bei Bäckern, Schlächtern, Metzern, Weibern usw. findet, wenden und auf ihre Abschaffung dringen. — Ein Redner wandte sich gegen die Ausbeutung durch die Dienstvermittler. Genossin **Vahr** forderte zum Beitritt in den Verein für die Hausangestellten auf. Vorberatungen könnten nur dann durchgeführt werden, wenn eine Organisation dafür eintritt und dem einzelnen den Rücken deckt.

Die folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die in weiten Kreisen versammelten Dienstherrinnen erklären, daß die Ausführungen des Referenten ihren Anschauungen von Rechten und Freiheiten, die sie anstreben, vollständig entsprechen. Die Versammlung erklart in dem Vorschlage des Referenten, einen freien Arbeitsvertrag zu schaffen, eine Möglichkeit, die Lage der Dienstherrinnen in wirtschaftlicher und stiftlicher Beziehung zu heben und verspricht, mit allen Mitteln für einen freien Arbeitsvertrag an Stelle der entwürdigenden Gefinde-Ordnung einzutreten. Die Versammlung beauftragt das Bureau, entsprechende Schritte einzuleiten, um baldmöglichst menschenwürdige Arbeitsverhältnisse auch für Dienstherrinnen zu schaffen.“

Von dem Erfolge der Versammlung zeugt die Tatsache, daß 31 Mädchen sich sofort als Mitglieder in den Verein der Hausangestellten aufnehmen ließen.

Demonstration für die Wahlrechtskämpferinnen.

London, 20. Oktober. Im Hydepark fand gestern zugunsten der Frauenwählerinnen ein Meeting statt, welchem 5000 bis 6000 Frauen beiwohnten. Es wurde eine Resolution zugunsten der Freilassung der 11 verhafteten Frauen angenommen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Reinickendorf-West, Dienstag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Franke, Eichhornstraße 18, Vortrag des Herrn **Söder**: „Kampf um Recht“. Wahl einer Vertrauensperson.

Wasserburg am 29. Oktober. **Eide** bei Kuffig — **Peter**, bei Dresden — **1,14 Meter**, bei Wandsburg + **1,30 Meter**. — **Ust** bei Trausnitz — **Peter**. — **Oder** bei Rathor + **1,13 Meter**. — **Reißmündung** + **1,30 Meter**. — **Oder** bei Oriz + **1,96 Meter**. — **Oder** bei Breslau Unterpegel — **1,28 Meter**.



WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

Kurzwaren und Schneiderei-Artikel

	Grösse	2	3	4	6
Armblätter <small>Tricot mit brauner Gummipolster</small>	Dtзд.	220	260	310	540
	Paar	19	22	27	48 Pf.
Armblätter <small>Batist mit grauer Gummipolster</small>	Dtзд.	300	390		
	Paar	27	35 Pf.		
Armblätter <small>Batist m. hellgelber Gummipolster</small>	Dtзд.	275	385		
	Paar	25	30 Pf.		
Armblätter <small>Blusenschutz waschbar</small>	Dtзд.	275	380	390	
	Paar	25	30	35 Pf.	
Armblätter <small>doppelseitig Tricot IIa</small>	Dtзд.	100	180		
	Paar	9	12 Pf.		
Armblätter <small>Tricot Ia doppelseitig</small>	Dtзд.	275	350	450	
	Paar	25	30	40 Pf.	

Tailenverschluss „Juno“	Dtзд.	70 Pf.	Stck.	6 Pf.
Tailenverschluss Imperial, waschbar, mit Fleischbein	Dtзд.	135	Stck.	12 Pf.
Maschinenseide la <small>5 Gramm, auf Touraiquestrollen</small>			Rolle	16 Pf.
Engl. Nähadeln la Brief, 100 Stck., sort., m. Goldführ				28 Pf.
Stahlstecknadeln Carton = 50 Gramm				20 Pf.
Stahlstecknadeln Carton = 100 Gramm		35 Pf.	Carton = 500 Gramm	180
Sammetstoss <small>grosses Farbensortiment, mit Besenborte, 6 cm breit</small>			Mtr.	27 Pf.
Gurtband Stück = 10 Mtr. baumwoll. Satin				60 Pf.
Gurtband Stück = 10 Mtr. Seiden geköpert				135
Nahtband Stück = 25 Mtr. Baumwolle				45 Pf.
Nahtband Stück = 25 Mtr. Halbseide Ia				85 Pf.
Nahtband Stück = 25 Mtr. Seiden geköpert				140

	Länge	16	18	20	22 cm
Naturfischbein blond. sort.	Gross	90 Pf.	135	150	170
	Dtзд.	8 Pf.	12 Pf.	13 Pf.	15 Pf.
Naturfischbein weiss	Gross	150	200	250	300
	Dtзд.	13 Pf.	18 Pf.	23 Pf.	27 Pf.
Druckknöpfe extra mit Feder	Gross	65 Pf.			
	Dtзд.	6 Pf.			
Druckknöpfe la mit Feder	Gross klein	100	mittel	100	gross 115
	Dtзд.	klein 9	mittel 9	gross 10 Pf.	
Kragenstützen	Stück		13 Pf.	18 Pf.	
Gürtel-Einlagen	Stück	28 Pf.	38 Pf.	50 Pf.	
Futtertaillen für jede Figur passend, Jaconet grau und weiss					115
Futtertaillen Renforcé zweiseitig Croisé weiss					165
Futtertaillen Ia Satin, zweiseitig					215

Ein Posten Besätze und Galons Meter 8 Pf. 15 Pf. 35 Pf. 65 Pf. 90 Pf.
unter der Hälfte des regulären Wertes

Soweit der Vorrat reicht

Futterstoffe

Prima Seiden-Jaconet schwarz, weiss, grau	Mtr.	30 Pf.	farbig Mtr.	35 Pf.	Jacketfutter moderne Muster, Ersatz für Seide	Mtr.	70 Pf.	100	115
Prima Faille 100 cm breit, grosses Farbensortiment			Mtr.	53 Pf.	Kleider-Satin in vielen Farben	Mtr.	60 Pf.	70 Pf.	85 Pf.
Elegantes Rauschfutter in vielen Farben			Mtr.	40 Pf.	Tailenfutter zweiseitig	Mtr.	38 Pf.	48 Pf.	55 Pf.
Alpacca schwarz	Mtr.	38	48	60 Pf.	farbig Mtr.	48	60 Pf.		
Gloria 130 cm breit, prima Qualität, reiches Farbensortiment			Mtr.	225	Stieppfutter in verschiedenen Ausführungen und vielen Farben	Mtr.	155	185	280
					Serge halbseidenes Futter in vielen Farben	Mtr.	110	Serge-polonaise Mtr.	125

Schnittmuster für Damen- und Kindergarderobe in neuesten Façons

Nur eigene Konfektion

M. Schulmeister
Schneidermeister
Dresdenerstr. 4
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Moderne Herren- u. Knaben-Garderobe.

Winter-Paletots v. 18,50 b. 58 Mk.
Jackett-Anzüge . 17,50 . 50 Mk.
Rock-Anzüge . 26, . 54 Mk.
Gehrock-Anzüge . 32,50 . 62 Mk.
Loden-Joppen . 6, . 25 Mk.
Anzüge nach Maß von 44 Mk. an
paletots . . . 40 Mk. .

Feste Preise.

2189L*

Mit **Trocken-eierpulver „Pacific“**

koht u. backt man am besten u. billigsten.

Zu haben in den meisten Kolonialwarenhandlungen, wo nicht vorrätig, wende man sich an die Trockeneierpulverfabrik „Pacific“ G. m. b. H., Stuttgart. Filiale Berlin, Friedrichstr. 228, Fernspr. VI, 7495.

Der Kenner
der sich den Genuss von frischem Speise-Leinöl verschaffen will, sollte niemals veräumen, bei Einkauf desselben ausdrücklich zu verlangen

M. Krügers Speise-Leinöl
und auf nebenstehend abgebildete, gefällig geschützte Leinöl-Flaschen mit Stikett „Spreewälderin“ zu achten; denn

M. Krügers Speise-Leinöl ist das beste
täglich frisch und garantiert rein.
Dasfelbe ist in allen besseren Kolonialwaren- und Vorkost-Geschäften zu haben.

Engros-Lager: Berlin SO., Skalitzerstrasse 105.

Nach beendeter Engros-Saison Einzel-Verkauf in

Pelz-Waren

zu Engros-Preisen in nur frischer garantiert fehlerfreier Ware in jeder Preislage im Engros-Geschäft

Prenzlauerstr. 49 parterre.

Bruch-Pollmann

empfehlen kein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Ord- u. Hülfs-Krankentafeln.

Berlin C., 21352*

30. Finien-Strasse 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Bellen, angenehm u. weich am Körper

Zentral-Pfandleihe
Heinrichsplatz I
Ecke Oranien-Strasse.
Täglicher Verkauf
verfallener Hünder, bestehend in:
Betten, Teppichen, Ahren, Ketten, Ringen, Herren- und Damen-Garderoben.
Spezialität:
Gute getrag. Herren-Garderoben in jeder Weise. 126102*
Serdienst nur Zinsenberechnung.

A. B. Koch,
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 24, Brombergerstr. 15.
Preise für nur la Marken ab Platz von 10 Ztr. an: 23302*

Prima la Halbsteine (Belante Marken). . . pr. Ztr. 85 Pf.
- la Diamant (110 bis 120 Stk.) . . . 90 Pf.
- la Afte u. Afte . . . 95 Pf.
- la Anthrazit Cadé. 2,10 Pf.

Kohle, Steintohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Ztr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggons und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Liefer.

Feinste Fruchtmarmeladen
Himbeer-, Apfel- und Melange. Eigene Herstellung u. Ernte. ff. und billig. Vorausz. Vork. 10 Pf. franko 3 Ztr. 174/16*

Obstplantagen u. Marmeladenkocherei
L. Dobbelaer, Nienbüttel.

PATENT
Anmeld. v. Patentl. in u. Ausl. Verw. Finanzl. f. u. d. b. l. i. g. t. Ref. Coult. Bedingung: 10-14.4-5, Sonnt. 11-10.

Bureau Wolters & Co.

Neues Kurbad
Wallstr. 70/71. Neu Kölln a. W. 6-8.
7 Min. vom Spittelmarkt und Bahnhof Jannowitzbrücke.

Lohtannin-Bäder Elektrische
aus täglich frischer Abkochung **Lohtannin-Bäder**

Elektrische Wasserbäder
mit medizinischen Zusätzen.
Dampf- und elektr. Glühlicht-Schwitzkasten-Bäder, medizinische Kinderbäder.
Gewissenhafte Ausführung aller ärztlichen Anordnungen durch geschultes Personal.
Aerztliche Aufsicht. 170/12*

Die bekannte **Puppen-Fabrik von Otto Kreyssig**
befindet sich jetzt:
83 Brunnenstrasse 83 vis à vis der Allgem. Elektrizitätsgesellschaft
in bedeutend vergrößerten Räumen.
Reparaturen erbitte schon jetzt, Ueberfüllung.

Dr. Schünemann
Spezial-Ärzt für 21032*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ede Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, 165
Spezial-Ärzt für 165
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Partei-Angelegenheiten.

Köpenick. Heute abend 8 Uhr: Versammlung des Wahlvereins am Kaiserhof, Grünstraße. Auf der Tagesordnung steht: Bericht unserer Stadtverordneten. Die nächsten Stadtverordnetenwahlen und Aufstellung der Kandidaten. Um recht zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand.

Pankow. Heute abend 7/9 Uhr findet im Gesellschaftshause des Herrn Koczski, Kreuzstr. 3/4, die Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitage. Referent Genosse Wartig-Rummelsburg. 2. Vereinsangelegenheiten und Bericht über die Bezirksführer werden ersucht, sämtliche statistische Vogen umgehend an den Vorsitzenden abzuliefern. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Wahlbewegung im dritten Berliner Landtagswahlkreis nimmt ihren ruhigen Fortgang. Soweit unsere Partei dabei in Frage kommt, wird nach Kräften dahin gearbeitet, die einzelnen Urwähler für die Wahl sozialdemokratischer Wahlmänner zu interessieren. Das ist allerdings mit vieler Mühe und Arbeit verknüpft. Eine erhebliche Schwierigkeit bildet der Umstand, daß viele Urwähler am 1. Oktober aus dem Wahlkreis verzogen sind. Da diese aber in demselben noch ihr Wahlrecht ausüben können, so muß versucht werden, deren Adressen zu ermitteln. Für die Erziehungswahlen der Wahlmänner, die verzogen, verstorben oder auf sonstige Weise ausgeschieden sind, müssen die wahlleitenden Genossen andere geeignete Wahlmänner suchen. Diese Arbeit ist in den meisten Bezirken nahezu vollendet. Gegenwärtig werden für einzelne Bezirke, meistens aber für mehrere zusammen zahlreiche Urwählerveranstaltungen in den verschiedensten Gegenden des Wahlkreises abgehalten. Diese Versammlungen, zu denen die Urwähler besonders eingeladen werden, haben sich eines außerordentlich starken Besuches zu erfreuen. Diese Agitation ist überhaupt für unsere Partei die Hauptsache. Gerade hier bietet sich willkommene Gelegenheit, den Arbeitern ihre Rechtlosigkeit eingehend darzulegen und die Volksfeindschaft des Dreiklassenparlaments an den verschiedensten Beispielen zu demonstrieren.

Was den Termin zu den Wahlmännererwahlen anbelangt, so rückt der immer näher heran. Für die 3. Abteilung ist die Wahl auf Dienstag, den 6. November, von vormittags 11 bis abends 7 Uhr, festgesetzt; während die zweite Abteilung am Mittwoch, den 7. November, von vormittags 11 bis nachmittags 5 Uhr, und die erste Abteilung ebenfalls am Mittwoch, aber von nachmittags 5 bis abends 7 Uhr wählt. Soweit die Termin- und Zeitfestsetzung für die dritte Abteilung in Frage kommt, so bestreite wir, daß dieselbe dem kürzlich veröffentlichten Wahlreglement entspricht, in dem es heißt, „daß die Wahlstunden möglichst günstig für die Wahlbeteiligung“ zu bestimmen seien.

Da in der dritten Abteilung eine große Zahl Arbeiter wählen, so dürfte für diese der günstigste Tag der Sonntag sein. Wenn es nun aber schon ein Wochentag sein muß, so ist unter allen Umständen zu verlangen, daß nicht schon um 7 Uhr die Wahlhandlung geschlossen wird, sollen nicht viele Arbeiter um ihr Wahlrecht kommen. Der Siebenuhrschluß wird für die Arbeiterwähler noch ungünstiger, wenn man bedenkt, daß alle Wähler, die um 7 Uhr im Wahllokal anwesend sind, aber noch nicht gewählt haben, nicht mehr zur Wahl zugelassen werden, wie das etwa bei den Stadtverordnetenwahlen zulässig und üblich ist. Es ist deshalb dringend wünschenswert, daß der Magistrat eine Verlängerung der Wahlzeit eintreten läßt.

Neue Fernsprechanstöße. Der Fernsprecherber Verlin ist heute auf folgende Orte ausgedehnt worden: Wandelow, Parantzin, Baudewitz, Vork, Cammerfort, Försterei Rassenheide, Försterei Schadowitz, Glansee, Gölloffshagen, Ogenow (Pomm.), Rangendebach, Reumark (St. Demmar), Niebels, Nobe, Rosenfelde (Pomm.) und Buschewitz (St. Dramburg). Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt im Verkehr mit Wandelow und Försterei Rassenheide je 50 Pf., mit den übrigen Orten je 1 Mark.

Für die Erhebung der Zigarettensteuer sind jetzt verschiedene Erleichterungen zugelassen worden. Von mehreren Fabriken wird beabsichtigt, zur Ermöglichung der Befähigung der verpackten Zigaretten ohne Öffnung der Packungen in die Packel der Umwicklungen Glasplatten einzufügen. Gegen dieses Verfahren sollen Einwendungen nicht erhoben werden, soweit sonst die Steuerwerkstätten beobachtet werden. Der Vorschrift der Anmeldung vor der Entnahme der Zigaretten aus der Erzeugungstätte soll bei ausländischen Erzeugnissen dadurch entsprochen werden, daß an Stelle der Erzeugungstätte der Zollwahrnehmung tritt. Die Steuerzeichen für Packungen von 500 und 1000 Stück erhalten künftig eine Länge von 55 Zentimeter und eine Breite von 20 Millimeter. Die Steuerzeichen für Zigarettenpackungen werden neben der bisherigen Länge von 10 Zentimeter, auch in einer Länge von 90 Zentimeter hergestellt. Der Reichszollverwalter war ferner ersucht worden, den Tabak- und Zigarettenladenanhangern zu gestatten, besondere für den Zweck der Schaufensterdekoration dienende, mit einem Zeichen der Steuerbehörde zu versehen leere Packungen für zigarettensteuerpflichtige Waren in den Schaufenstern auszustellen. Dies ist nicht zugelassen worden, da die Ueberschneidung eine zu schwierige wäre. Auch wäre es bedenklich, wenn man eine Untersuchung zulassen wollte zwischen leeren Packungen, die zigarettensteuerpflichtige Waren enthalten haben und nach dem Inkrafttreten des Zigarettensteuergesetzes gelehrt worden sind, und solchen für die Verpackung solcher Waren eingerichteten Umwicklungen, die noch nicht gefüllt gewesen oder schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes gelehrt worden sind. Dagegen sollen besondere Schaustücke hergestellt werden dürfen, die äußerlich den Packungen von Zigaretten oder Zigarettenpapier gleichen, aber zur Verpackung oder Aufbewahrung dieser Waren nicht verwendet werden können. 3 V. Holzklappen in Form und Größe dieser Verpackungen mit der gleichen Bekleidung und Ausstattung, fogen, Krappchen.

Arbeit für die Gesundheitspolizei. Berlin ist die reinlichste Stadt der Welt. So behaupten es ihre Lobredner — und so sieht's auch aus, wenn man nur die Außenseite prüft. Wer durch die Straßen geht, bemerkt durch die Straßen der verkehrsreichen Innenstadt oder des „vornehmen“ Bestens, der wird dort — wenigstens bei normalem Wetter — nur selten Anlaß finden, über Unsauberkeit zu klagen. Anders liegen freilich die Verhältnisse in den vorwiegend von Arbeitern bewohnten äußeren Stadtteilen, wo viele Straßen nicht täglich, sondern nur drei- oder zweimal in jeder Woche gründlicher gereinigt werden. Da findet mancher Gelegenheit, sein Urteil über „die reinlichste Stadt der Welt“ doch sehr zu korrigieren. Betrachtet man vollends das Innere der Häuser, in denen die Arbeiterbevölkerung zu wohnen gezwungen ist, so kann man Dinge erleben, von denen die wohl-

habenden Bewohner „vornehmer“ Stadtteile sich nichts träumen lassen.

Die Herren Hauswirte, die viel geplagten, schelten gern auf die Mieter, die durch eigene Unsauberkeit nur zu rasch ein ganzes Haus in ein schmutziges vermanbeln. Daran ist manches Wahre. Es gibt aber Häuser, in denen Unsauberkeit herrscht, für die kein Mieter, sondern nur der Herr Hauswirt selber verantwortlich zu machen ist. Ueber einen Zustand, für den uns der parlamentarische Ausdruck fehlt, ist aus dem Hause Vorsigstr. 22 eine Klage an uns gelangt. Durch den Keller des Duergebäudes gehen die Röhren, die teils aus den in den Wohnungen befindlichen Klosetts und Ausgüßbeden, teils aus den auf dem zweiten Hof untergebrachten Viehhäfen in die Kanalisation leiten. Diese Röhren verstopfen sich mitunter, wie das wohl überall einmal vorkommt. Um die Verstopfungen beseitigen zu können, hat man in die Röhren ein paar Löcher gehauen, von denen das eine etwa 15 Zentimeter lang und 7 Zentimeter breit, das andere etwa 11 Zentimeter lang und 6 Zentimeter breit ist. Die Löcher werden ständig offen gehalten und bleiben unverdeckt. Wiederholt hat die stinkende Fauche sich aus den Röhren in den Keller ergossen, wo sie nicht nur den Erdboden, sondern auch allerlei in diesem Teil des Kellers lagerndes Gerümpel (anscheinend alte Matten und ähnliches) durchtränkte. Gelegentlich ist sie auch in benachbarte Teile des Kellers hineingeflossen.

Auf dem Polizeibureau ist über diesen Zustand bereits Meldung erstattet worden, aber man hat dort die Sache wohl nicht für sehr wichtig und eilig gehalten, wenigstens ist es zunächst noch beim alten geblieben. Hier ist Arbeit für die Gesundheitspolizei! Doch unsere Gesundheitspolizei, wie sie heute ist, erscheint uns freilich nicht sehr geeignet, solche Dinge zu verhindern. Wie überall, so ruht auch hier die Hauptlast auf dem allwissenden Schupmann. Der Besitzer des Hauses wohnt übrigens selber im „vornehmen“ Westen. Da scheint es ihn wenig zu kümmern, was da oben im proletarischen Norden in seiner Klosettoferne vorgeht. Wenn nur die Mieten vollzählig und pünktlich eingehen, so ist der Herr Hauswirt aller Sorgen ledig.

Der Berliner Lehrerverein beschäftigte sich am letzten Dienstag mit dem Thema: „Was hat Berlin für die körperliche Erziehung der Jugend getan, und was steht noch aus?“ Referent war der Turnlehrer Hallwachs. Nach mehrstündiger Debatte, an der sich auch reger der städtische Oberturnwart Dr. Ludow beteiligt, einigte sich der Verein auf folgende Beschlüsse:

- 1. Der Berliner Lehrerverein erkennt an, daß durch die Bestrebungen der städtischen Verwaltung trotz der schwierigen Verhältnisse die Sache der körperlichen Erziehung der Jugend in Berlin in vieler Hinsicht gefördert worden ist, hält aber einen schnelleren Fortschritt auf diesem Gebiete für notwendig.
- 2. Der Berliner Lehrerverein empfiehlt daher besonders folgendes:
 1. die Vermehrung der Turnräume, so daß vor allem jede neue Schule mit einer eigenen Turnhalle versehen wird,
 2. eine durchgreifende Neuordnung der noch immer ungenügenden Reinigungsverhältnisse der Turnhallen,
 3. die Einrichtung von Laufstadien nicht nur bei den neuen, sondern auch bei den alten Turnhallen,
 4. eine tatkräftigere Förderung der Schulausflüge, des Schwimunterrichts und des Eislaufes,
 5. die Vermehrung der Spiel- und Badegelegenheiten für Schüler und Schülerinnen der Volks- und Fortbildungsschulen,
 6. die Einführung von orthopädischem Unterricht für die mit Gebrechen behafteten Kinder der Volkskulan,
 7. die Aufnahme des freiwilligen Turnunterrichts in den Arbeitsplan aller Fortbildungsschulen.

Der Berliner Lehrerverein sieht in der Tätigkeit aller für eine verständige Leibeserziehung wirkenden Vereine, die sich fernhalten von spornmäßiger Uebertreibung, besonders in den Bestrebungen der Turnvereine der „Deutschen Turnerschaft“, eine wichtige und notwendige Ergänzung der Schularbeit.

Warum die Turnvereine der „Deutschen Turnerschaft“ allein protegiert werden, da doch auch andere Turnvereine sich diesem löblichen Bestreben widmen, ist nicht recht verständlich.

Ein eigenartiger Feldzug wider den Unglauben.

Von einem Leser unseres Blattes wird uns geschrieben: Eine höchst eigenartige Methode, die wachsende „Ungläubigkeit“ zu bekämpfen, wird gegenwärtig von einem Vertreter der inneren Mission getrieben, der zunächst das Kreuzbergviertel unsicher zu machen scheint. Dort vernahm ich die Hausbewohner am Sonntag gegen 9 Uhr plötzlich die stimmigen Männergesänge. Da das Vorgekommene sich als ein kirchliches Lied herausstellte, konnte es sich unmöglich um irgend ein Ständchen handeln. Raum war auch die erste Strophe des Gesanges verstummt, als ein mit einem dolmanartigen Mäntelchen bekleideter Herr von einigen 30 Jahren mit Stentorstimme eine lange geistliche Ansprache zu halten begann. Diese mit großer Verbe und Jüngensfertigkeit vorgetragene Ansprache war offenbar auswendig gelernt. Denn der Herr Hof-Prediger begleitete seine Worte zwar mit sehr heftigen Gestikulativen, aber er bestete seine Augen konstant auf einen Punkt des Erdbodens, als ob ihm von dort aus die Eingebung käme. Die Ansprache stellte eine eindringliche Mahnung an die der Kirche entfremdeten Elemente dar, doch ja wiederum in den Schoß der Kirche zurückzukehren. Gar schrecklich wurden die Folgen der Entkirchlichung dargestellt. Einige Sätze des Vortrages lauteten etwa folgendermaßen: „Erst vor kurzem hat sich ein fürchterliches Verbrechen ereignet, ich meine das alte Ehepaar, wo der 72jährige Greis erst seine Frau und dann sich selbst tötete. War das die Tat eines Christen? Ich sage nein, denn hätten sie Gott in ihrem Herzen getragen und an Jesus Christus geglaubt, so hätte die Tat nicht geschehen können. Dann war da ein zwölfjähriges Mädchen, das mit einem zwanzigjährigen Manne verkehrte. Was war die Folge davon? Das Mädchen tötete sich. Auch das war nicht die Tat eines Christen! Darum, liebe Bewohner, bin ich gekommen, Euch gerade an diesem Sonntage zu sagen: nehmt einmal Eure verstaubten Traubeheln heraus, sucht Jesus Christus auf und Ihr werdet sehen, es wird ein schönerer Sonntag sein, als wenn er friivol verlebte wäre. Solltet Ihr Zweifel haben, ich bin gern bereit, Euch solche zu zerstreuen, wie ich überhaupt die Absicht habe, jetzt herant zu Euch zu jedem einzelnen zu kommen und zu fragen, ob noch ungetraute Paare, ungetaufte Kinder und solche vorhanden sind, welche die Sonntagschule besuchen können“. Abermals wurde alsdann die Strophe eines Chorals gesungen. Als dann der Herr Hof-Prediger nochmals anläudigte, daß er nun die Bewohner persönlich aufsuchen werde, wurde ihm von dem Portier des Hauses begrifflich gemacht, daß nun wohl die Geduld der Hausbewohner erschöpft sei und er besser tue, sich ruhig zu entfernen. Nach einigen pathetischen Protesten hielt es denn auch der belehrungsbeifrige Stadtmissionar für das Beste, den Platz zu räumen.

Es wäre ein starkes Stück, wenn diese die Heilsarmee noch um ein Erhebliches übertrumpfende Missionstätigkeit unserer Stöckerianer Nachahmung finden oder auch nur sorgfeseht werden sollte. Wir sind diesen Herren gegenüber gewiß nicht intolerant, wie gesehen haben gerade das Recht zu, für ihre Anschauungen in derselben Weise Proselyten zu machen, wie die Vertreter jeder anderen Richtung. Wenn die Berliner Stadtmission ihre Konventikel abhält, Versammlungen einberuft oder Flugblätter verbreitet, so ist das ihr gutes Recht. Aber eine so aufdringliche Propaganda, wie sie in diesem Falle ge-

trieben worden ist, dürfte zweifellos bald auf heftigen Widerstand der Opfer ihres Belehrungsseifers stoßen. Und die Herren von der Stadtmission hätten zu allererst Ursache, sich darüber zu beklagen, wenn ihnen unabweislich die Studien und die Hausarbeiten gemessen wird. Oder würden es sich etwa die Herrschaften in Berlin W. gefallen lassen, wenn eines schönen Tages ein sozialdemokratischer Gesangsverein erschiene, eine Strophe der Marcellaise vortrüge und dann eine fulminante Ansprache zu halten begönne. Daß man aber überhaupt zu einer solch aufdringlichen Agitationsweise greift, ist offenbar nur den Wirkungen zuzuschreiben, die die durch die Schulverfassung hervorgerufene Bewegung zum Austritt aus der Landeskirche herbeigeführt hat!

Ausnahmebeschäftigungstage in Bäckereien und Konditoreien. Auf Grund der Bekanntmachung des Herrn Reichsanwalters über den Betrieb der Bäckereien und Konditoreien vom 4. März 1896 werden noch der 15., 19., 20., 21., 22. und 31. Dezember d. J. als solche Tage festgelegt, an denen in Bäckereien und Konditoreien Geschäften und Lehrlinge über die vorge schriebene Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen.

Der „Hauptmann von Köpenick“ ist im Untersuchungsgewängnis erkrankt. Er klagt über innerliche Schmerzen. Schon bei seinen Verhören auf dem Polizeipräsidium fühlte er sich nicht wohl. Es scheint das nicht allein die Folge der Aufregung der letzten Tage zu sein. Boigt sagt, das Alter habe ihn gebrüchlich gemacht. Die letzte Zeit habe ihn nur die Anspannung aller Kräfte zur Ausführung seines Planes aufrecht erhalten. Er verhält sich ganz ruhig. Bernommen konnte er seines Zustandes wegen vom Untersuchungsrichter noch nicht werden. Zunächst soll er in ärztliche Behandlung kommen. Daß er einen Raub oder eine räuberische Erpressung begangen habe, bestritt er vor der Kriminalpolizei bis zum letzten Augenblick. Er habe als „Hauptmann“ nur befohlen und niemand bedroht. Daß man ihm gehorcht, sei nicht seine Schuld. Eigentlich liege nicht einmal ein Diebstahl vor, denn der Kassierendant habe ihm das Geld selbst ausgehändigt. Als man sich über seine ipisfindigen Auslegungen des Strafgesetzbuches erkundete, meinte er lächelnd, in ihm liege vielleicht noch mehr als ein „Hauptmann von Köpenick“. Daß man übrigens milde mit ihm verfahren werde, wagt er nicht zu hoffen. Er sei in der Beziehung nichts wegnier als verwohnt. Ihn im Alter von 18 Jahren für die Hälfte von fünf Positionen mit 10 Jahren Jugendhaus zu bestrafen, sei trotz seiner Fortschritte doch wohl etwas hart gewesen, und für den Einbruch in die Gerichtskasse zu Wronowitz 15 Jahre Jugendhaus sei nach härter. Er habe damals zwar eine geladene Waffe bei sich gehabt, aber doch keinen Gebrauch davon gemacht und auch nicht einmal versucht, es zu tun. Vom Tage seiner ersten Beurteilung zum Jugendhaus an habe er sich zu hart bestraft gefühlt. Dieses Gefühl habe ihn auch nie wieder verlassen. Seine Verurteilung in Wronowitz und nach Köpenick mit der Absicht auf öffentliche Gelder seien im letzten Grunde aus diesem Gefühl hervorgegangen, das an ihm naste. Es wären Stadegüge, wenigstens zum Teil.

Als die Tat einer Ungerechtheitsfähigen stellt sich der mysteriöse Vorgang heraus, deren Opfer die Schülerin Frida W. geworden ist. Die Ida Michaelis, die sich, wie wir berichteten, unter dem Titel einer Opernjägerin des Mädchens bemächtigt und sie zu einem Jahntechniker geführt hatte, war kurz vor diesem seltsamen Abenteuer von ihrem Lehrern wegen ihrer Fabrigkeit und völligen Unbrauchbarkeit entlassen worden. Dem Jahntechniker Herrn Gustaf hatte sie schon einmal eine kleine Schülerin zugeführt, damit er dem Kinde Zähne ziehe. Da aber Herr G. keinen Anlaß zu irgendwelcher ärztlichen Sanierung fand, so ließ er die M. mit dem Kinde wieder gehen. Bei der zweiten ihm gebrauchten entdeckte er die beiden bereits ganz losen Milchzähne, deren Entfernung ihm im Interesse der nachfolgenden Zähne geboten erschien, und so hat er sie mit leichter Mühe beseitigt. Ein anderes Mal war die M. zu ihm mit der Bitte gekommen, ihr die Zähne zu reinigen. Das müsse aber, sagte sie, schnell gehen, denn am Nachmittag fände die Trauung ihrer Schwester statt. Dabei hat sie, wie Herr G. jetzt weiß, gar keine Schwester. An dem Tage, an welchem sie ihn mit der Frida aufgesucht hatte, erzählte sie, daß sie noch am Abend nach München reisen müsse, um dort ein Engagement als Sängerin anzutreten. Unerklärlich erscheint es, wie man das Mädchen für eine Opernjägerin halten konnte. Auf die Frage, warum sie sich gerade den Namen Leonor lassen beigelegt habe, erklärte die M., irgendeinen Namen müsse sie doch angeben, aber nicht den ihrigen. Man glaubt, daß das Mädchen an Halluzinationen leidet. Auf Anraten der Polizei wird die M. ärztlich untersucht und dann jedenfalls einem Heilinstitut überwiesen werden.

Nach dieser Mitteilung will es uns doch etwas seltsam erscheinen, daß der Rektor sowie die Lehrerin der Schule, die Frida W. besuchte, so ohne weiteres das Kind der Ida M. mitgaben. Hätte man die Schülerin gefragt, ob die Abholende wirklich die Tante sei, als die sie sich ausgab, so wäre doch gleich festgestellt worden, daß es sich um keinerlei Verwandtschaftsverhältnis handelte, und fremden Personen aus der Schule Kinder ohne Zustimmung oder ausdrücklichen Auftrag der Eltern zu verabfolgen, ist doch nicht üblich. Wie aus mitgeteilt wird, wollte die Frida W. erst nach Hause gehen und sich anders anziehen, die Lehrerin soll aber, damit ja keine Zeit verloren werde, geraten haben, Schulmappe, Schürze und Schellenbüsche beim Portier abzugeben. Es muß immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß Eltern ihre Kinder warnen, ihnen unbekanntem Personen zu folgen.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich Sonntag mittag gegen 2 Uhr vor dem Hause Kasanien-Allee 72. Der 72 Jahre alte Tischler Ernst Leine aus der Gransenstraße 4 wollte den Fahrdamm überschreiten, als ein Straßenbahnzug der Linie 33 heranbraute. Der Führer des Wagens bemerkte, wie der Greis sich dem Gleis näherte und gab das Warnungssignal, worauf L. langsamer ging. Pflötzlich aber trat der Tischler, kaum einen halben Meter von dem Wagen entfernt, auf die Schienen, wurde von der rechten Personelle des Motorwagens erfasst, niedergeworfen und stürzte mit dem Kopf auf das Gleis. Der Straßenbahnfahrer gab die Gefahrenbremse und brachte auch den Kraftwagen auf die kurze Entfernung von drei Metern zum Stehen. Der Greis war unter den Vorderperren geraten und eine kurze Strecke mitgeschleift worden. Der Verunglückte, welcher einen schweren Schädelbruch und eine starke Quetschwunde am Hinterkopf erlitten hatte, wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus übergeführt.

Mutter und Kind sind Sonntag nachmittag von einem Omnibus überfahren worden. Die in der Urbanstraße 130 wohnende Frau Hochmann hatte mit ihrem sechsjährigen Sohne einen Straßenbahnwagen der Linie 65 benutzt und lag an der Kottbusser Brücke ab. Unmittelbar hinter dem Motorwagen, etwas seitlich von den Schienen, hielt ein Omnibus der Linie 22, dessen Pferd in diesem Augenblick anging. Durch die Verwirrung trat Frau H. plötzlich zurück und wurde von dem Anhängenwagen des Straßenbahnzuges umgestoßen. Dabei stürzte auch der Knabe zu Boden, und beide gerieten unter den Omnibus. Während Frau H. von dem Wagen nur leicht gestreift wurde, ging das linke Hinterad des schweren Gefährtes dem Kinde über den Kopf hinweg. Der Kleine wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht; er hatte einen Bruch des Unterkiefers erlitten.

Liebesverhältnis einer Kabarettfängerin. Einen traurigen Abschluß hat ein Liebesverhältnis gefunden, das bis vor kurzem zwischen einem jungen Lebemann aus der vornehmen Welt und einer Kabarettfängerin bestanden hatte. In einer jener Vergnügungstätten, die des Nachts eine besondere An-

ziehungskraft ausüben, hatte der junge Mann die Dame kennen gelernt. Sie stand erst im Beginn ihrer künstlerischen Laufbahn, fiel aber durch ihre elegante Erscheinung und ihr liebenswürdiges Wesen allgemein auf. So war es begreiflich, daß die beiden sich bald näher trafen und ein regelrechtes Liebesverhältnis eingingen. Es währte jedoch nicht lange, da wurde er ihrer überdrüssig und beschloß, die Liaison zu lösen. Das glaubte die Künstlerin nicht überleben zu können, und so kam es zur Katastrophe. Als gestern nacht der junge Mann, der hier in Berlin dem Rechtsstudium obliegt, mit einem seiner Freunde im Café saß, wurde er plötzlich dringend am Telefon gerufen. Es war seine Geliebte, die ihm die Mitteilung machte, daß sie ihrem Leben ein gewaltsames Ende zu machen bereit sei. Alle Vorstellungen am Fernsprecher fruchteten nichts — das junge Mädchen war fest entschlossen. Nun eilte der Student zum zuständigen Polizeirevier und begab sich mit einem Beamten in die Wohnung der jungen Dame. Es war zu spät. Blutüberströmt lag die Künstlerin auf ihrer Chaiselongue; sie hatte sich einen Schuß in die rechte Schläfe beigebracht. Einem herbeigerufenen Arzt gelang es, das reichlich hervorströmende Blut zu stillen und die junge Dame vorläufig am Leben zu erhalten. Die Verletzungen sind jedoch so schwer, daß wenig Hoffnung besteht, die in ihren Erwartungen arg getäuschte Künstlerin vom Tode zu erretten. Im Elisabeth-Krankenhaus liegt das junge Mädchen schwer krank danieder, ohne daß ihr bisher das Bewußtsein zurückgekehrt ist.

Um ein neues Denkmal ist der Tiergarten bereichert worden. Am Sonntag wurde das Vorgäng-Denkmal entfernt, das an der Koussou-Insul seinen Platz gefunden hat.

Ein Raubmord an einem Künstler der Schultheiß-Brauerei ist am Sonntag früh in der Nähe von Fürstenaualde (Spree) verübt worden. Man fand den Künstler Ernst Haase auf dem Wege zwischen Neudorf und der Abteikirche erschlagen auf. Es wird vermutet, daß zwei Männer an dem Mord beteiligt sind, doch haben die zur Ergreifung der Täter unternommenen Maßnahmen der Polizei noch zu keinem Resultat geführt. Zu der Mordtat werden folgende Einzelheiten gemeldet:

Der 36 Jahre alte Bierkutscher Ernst Haase, der seit Jahren bei der Fürstenaualde Filiale der Schultheiß-Brauerei beschäftigt ist, wurde Sonntag kurz nach 7 Uhr als Leiche auf seinem Bierwagen, ungefähr 5 Minuten von der Stadt entfernt, aufgefunden. Der schwere Mastwagen stand in der Albederei auf dem sogenannten Morgenlande in eine ...-schen zwei Scheunen belegenen Sandgrube. Die Pferde waren abgestürzt und befanden sich gleichfalls in der Grube. Eine Gerichtskommission stellte fest, daß Haase am Hinterkopfe eine furchtbare Wunde aufwies; die Schädeldecke hatte ein flaffendes Loch. Außerdem war dem Ermordeten der Hals durchschnitten. Der Mann war am Sonntagmorgen früh mit einer Bierladung über Land gefahren und spät abends von dem etwa 2 1/2 Meilen entfernten Städtchen Müncheberg nach Fürstenaualde zurückgekehrt. Auf seiner Tour hatte er wahrscheinlich von der Kundschaft Gelder entnommen, die ihm von dem Mörder geraubt worden sind. Die Höhe der entwendeten Summe konnte noch nicht festgestellt werden. Zuletzt wurde Haase von einem in Fürstenaualde wohnhaften Handelsmann Tharun, an dessen Wagen er nachts 3 Uhr auf der Chaussee zwischen den Dörfern Trebus und Trebus vorbeiführte, lebend gesehen. Bald darauf muß er zwischen dem Dorfe Trebus und der Stadt Fürstenaualde ermordet worden sein. Die Tat ist vermutlich mit einem Weile ausgeführt worden, denn ein solches wurde in der Nähe der Mordstelle von einem Knaben gefunden. Es war fast mit Blut besetzt. Nach den sofort aufgenommenen polizeilichen Ermittlungen glaubt man auf der Spur der Täter zu sein. Am Sonntagmorgen abend zwischen 9 und 10 Uhr wurden nämlich auf einem aus der Stadt herausführenden Wege zwei Männer gesehen, von denen einer ein Weile über der Schulter trug. Am Sonntagmorgen früh zwischen 7 und 8 Uhr beobachtete man auf dem Abort des Fürstenaualder Bahnhofes ebenfalls zwei Männer, die ein auffälliges Benehmen zeigten. Als sie den Abort verlassen hatten, fand man dort Mutspuren. Wahrscheinlich haben sie sich an der Wasserleitung die blutbesetzten Hände und Kleidungsstücke gereinigt. Die beiden sollen vom Bahnhof zu Fuß in der Richtung nach Hangelberg weitergegangen sein. Sofort machten sich Polizeibeamte auf die Verfolgung, konnten aber die Gesuchten nicht mehr entdecken. Die Nachforschungen waren dadurch sehr erschwert, daß die mutmaßlichen Täter schon einen Vorprung von zwei Stunden hatten und sich um das ziemlich weit von Fürstenaualde entfernte Hangelberg große Waldungen ausdehnten. Der Ermordete war ein großer, kräftiger Mann, verheiratet und Vater dreier Kinder im Alter von 5-7 Jahren. Er lebte in glücklichen Familienverhältnissen. In der Vermutung, daß die Mörder sich nach Berlin gewandt haben können, benachrichtigte man die hiesige Kriminalpolizei. Diese setzte sofort die Bahnhöfe, die Gendarmen etc. in Kenntnis, so daß überall auf die Männer gefahndet wird.

Eine gestern eingelaufene Nachricht besagt, daß der Raubmörder in der Person eines polnischen Arbeiters in Müncheberg verhaftet worden und geständig sei. Der Täter habe in Eggersdorf den Wagen Haases verlassen, sei nach Müncheberg zurückgekehrt, habe dort von dem Hofe des Brauereibesizers Klich das Weile gestohlen und sei, mit diesem ausgerüstet, dem Viehwärter auf einem Zweirad wieder nachgefahren, um ihn zu ermorden und zu herabzuwerfen.

Zweckverband zwischen Berlin und den Nachbargemeinden. Die Begründung einer Interessengemeinschaft in verkehrs-technischen und politischen Fragen zwischen Berlin und den Vorortgemeinden hat gestern einen Ausschuss beschäftigt, zu dem unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Rischner die Vertreter Charlottenburgs, Schönebergs, Wilmerdorfs, Nixdorfs und Lichterbergs vereinigt waren. In der bis zum späten Nachmittag währenden Beratung wurden die Grundzüge für eine solche Organisation erörtert und in einem Statutenentwurf festgelegt.

Abrennen zu Steglitz, 28. Oktober. Noch einmal verformelte der Sportpark Steglitz seine Götter, die trotz des empfindlich kalten, wenig zu einem Aufenthalt im freien einladenden Wetters in stattlicher Zahl erschienen waren, verjährt durch viele Anhänger der Pferdenarren, die heute einen Helden des Rennens im Kampfe mit unserem besten Dauerfahrer sehen wollten, denn das lange besprochene und wohl vorbereitete Match Robi-O'Connor über 50 Kilometer mit Motorführung sollte zum Austrag gebracht werden. So gut O'Connor, der siegreiche Joden, auch im Training gefahren war, im Kampfe mit Robi verlor er vollständig. Der Weltmeister, der überaus leicht und sicher fuhr, machte wenig Federlesen und nahm seinem Gegner Runde um Runde, der denn auch vor dem 40. Kilometer die Waffen streckte und mit 18 Runden (3000 Meter) Verlust das Rennen aufgab. Robi beendete die 50 Kilometer in der sehr guten Zeit von 34 Minuten 12 1/2 Sekunden, nur wenig hinter dem von Guignard mit 34 3/4:01 1/2 Sekunden gehaltenen Bahnrekord zurückbleibend.

Ein anderes Dauerrennen über 50 Kilometer mit Motorführung (500, 400, 300, 200 M.) war diesem Match vorausgegangen. Es wurde von dem Kölner M. Rauß und den Berlinern D. P. F. H. Remmel, A. Stellbrink und A. Schippe bestritten. Rauß war sein Gegner überlegen, die er von Anfang bis zu Ende sicher hielt. Querschnitts Schippe auf dem zweiten Platz, geriet aber durch ein zeitweiliges Verlieren des Anschlusses an seinen Motor an die letzte Stelle. P. F. H. Remmel und Stellbrink verloren nach und nach immer mehr an Boden; anfangs leisteten sie noch Widerstand, blieben aber nach dem 30. Kilometer immer weiter zurück. Rauß beendete die 50 Kilometer in 35 Minuten 43 1/2 Sekunden, P. F. H. Remmel 1680 Meter, Stellbrink 2020 Meter, Schippe 2560 Meter dahinter.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 31. Oktober, abends 7 1/2-8 1/2 Uhr, veranstaltet der königliche Musikdirektor Bernhard Jürgens in der St. Marienkirche ein Reformationskonzert unter Mitwirkung des Solovarietts: Frau Charl. Kimpel, Frä. Julia Michaels, Herr A. v. Hoffard, Herr Hans Gernot, und des Herrn

Heinrich Scholz (Orgel). Vach-Kantate: „Ein feste Burg“ und Orgelkompositionen von Bach und Beeger (Choralphantasie über „Ein feste Burg“). Der Eintritt ist frei!

Feuerwehbericht. Grober Unfug lag einer Feuermeldung zugrunde, die in der letzten Nacht aus der Uferstraße 1 einlief. Der Täter ist entkommen. Wegen eines Pferdefallbrandes erfolgte ein Alarm nach der Uferstraße 15. Betten und anderes wurden in der Uferstraße 34 ein Raub der Flammen. An der Ecke der Schwebertstraße und Kastanienallee wurde ein Mann von der elektrischen Straßenbahn überfahren und von der Straßenbahn ein Stück mitgeschleift. Die Wehr betrafte den Mann. In der Thomafußstraße 7 brannte der Fußboden u. a. und in der Warthauerstraße 70 Spane u. a. in einem Kesselhause. Durch die Explosion einer Petroleumlampe entstand in der Schreinerstraße 3 ein Brand, ferner hatte die Wehr in der Uferstraße 34, Doldorferstraße 19, Holzmarktstraße 64, Wilhelm Stolzstraße 32 u. a. Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine Resolution gegen die Verichterstattung der Charlottenburger „Neue Zeit“ beschloß die Filiale des Zentralverbandes der Zimmerer in ihrer letzten Mitgliederversammlung. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Versammelten nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der Art und Weise, wie die Charlottenburger Zeitung „Neue Zeit“ über Unglücksfälle auf Bauten, entgegen den Tatsachen, berichtet, und verpflichten sich, dafür zu agitieren, daß diese Zeitung aus den Kreisen der Charlottenburger Arbeiter gänzlich verschwindet.“

Begründet wurde die Resolution damit, daß anlässlich des am 5. September passierten Baumglücks in der Charlottenstr. 44, das, wie ausgeführt wurde, auf ungenügende Sicherheitsmaßregeln zurückzuführen war, genanntes Blatt geschrieben habe, „der Zimmerer sei durch seine eigene Schuld verunglückt“. Genau so habe das Blatt am 30. Oktober berichtet, als auf dem Bau Bismarckstraße, Ecke Straße 8a, der Zimmerer K. Anklam verunglückt. Durch eine solche Verichterstattung werde es den Verunglückten sehr erschwert, Unfälle zu vermeiden zu erhalten.

Schöneberg.

Der seit zehn Tagen vermisste Gymnasialhörer Willi Krebs aus der Kolonnenstr. 19 ist gestern abend zu seinen Eltern zurückgekehrt. Er erzählt, daß er von den beiden Arbeitern Schulz und Gehlke nach Böhlen verschleppt worden ist. Mächtig sei er von ihnen verlassen worden. Nach zehntägiger Fußreise kehrte der Knabe gestern abend mit zerschundenen Gliedern in sein Elternhaus zurück.

Reinickendorf-West.

Heute abend 8 1/2 Uhr findet Eichbornstr. 18 eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Störmer über: „Der Kampf ums Recht“ referieren wird. Zahlreiches Erscheinen, namentlich der Frauen, ist sehr erwünscht.

Tegel.

In dem Betriebsunfall in der Vorfisgischen Fabrik wird uns mitgeteilt, daß der Verunglückte von einem zusammengebrochenen Schienenstrang, auf dem ein 98-100 Zentner schweres Eisenstück gelegen hat, begraben wurde. Dem Verunglückten wurden der Oberkörper und die Beine zerschmettert, worauf er nach wenigen Stunden verstarb.

Spandau.

Die letzte Stadtverordneten-Versammlung erledigte ihre Tagesordnung in einer halben Stunde, desto länger dauerte jedoch die geheime Sitzung. Bei den bürgerlichen Stadtvätern Spandaus besteht eine große Keimung, wichtige Veranlassungen hinter verschlossenen Türen zu verhandeln. So erging es auch am Freitag der Vorlage betreffend den Verkauf von Forstgütern an das Johanniinstitut in Pöhlensee. Der Referent zu diesem Punkt beantragte Verhandlung in geheimer Sitzung; dem widersprach unser Genosse P. I. e., indem er das Verlangen, die Angelegenheit in geheimer Sitzung zu beraten, auf ein schlechtes Gewissen zurückführte. Diese zutreffende Vermutung entlockte den Bürgerlichen ein lebhaftes „Oho!“ Es liege, so meinte unser Redner, kein Anlaß vor, die Deffinitivität zu scheuen. Für die Verhandlung der Angelegenheit in geheimer Sitzung sprach nur noch Stadtv. Schob. Die Versammlung beschloß dem Antrage des Referenten gemäß.

Die Vorlage, Verkauf des Forstlandes von 300 Morgen und eines Wassergrundstückes an der Oberhabel von 2 Morgen wurde mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen. Nicht erschienen waren 7 Stadtverordnete.

Gerichts-Zeitung.

Der politische Hintergrund.

Wegen nicht weniger als fünf strafbarer Handlungen hatte sich Mitglied der Kohlenarbeiter-Karraz vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten. Er hatte während des Kohlenarbeiterstreiks aus einem vorbeifahrenden Kohlenwagen die hintere Schütze herausgerissen und infolgedessen waren einige Prekohlens heruntergefallen und zerbrochen. Außerdem sollte er den Wagenführer Streikbrecher genannt und geschlagen haben. Wegen dieses harmlosen Vorfalls wurde er wegen Sachbeschädigung, öffentlicher Beleidigung, versuchter Abtötung, Körperverletzung und wegen Vergehens gegen § 163 angeklagt. Von den drei letztgenannten Vergehen wurde er freigesprochen, wegen Sachbeschädigung und öffentlicher Beleidigung aber zu einer Woche Gefängnis verurteilt, obwohl der Wagenführer sich als Kohlenhändler (nicht Streikbrecher) entpuppte und seinen Schaden auf nur 2 M. bezifferte. Der Staatsanwalt hatte sage und schreibe sechs Wochen beantragt. Das Gericht nahm an, daß der Fall ziemlich harmlos sei, bekannte aber ganz offen, eine Geldstrafe dem noch unbestraften Angeklagten deshalb nicht auferlegen zu können, weil die Sache doch immerhin einen „politischen Hintergrund“ habe. Wieder ein Beitrag zur Verurteilung der Unparteilichkeit unserer Richter!

Eine 16jährige Mörderin?

Unter der Anklage des Mordes eines unschuldigen kleinen Kindes wurde gestern das 16jährige Dienstmädchen Frieda Schäg der dritten Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt. Es handelt sich um einen unglücklich gefühllosen Mordakt, welchen man der jugendlichen Mörderin mit dem Kindergesicht gar nicht zutrauen möchte. Weil ihr der Dienst gefährdet worden war, hatte die Sechzehnjährige dem kleinen achtmonatlichen Kinde ihrer Dienstherrschaft ein scharf ätzendes Gift in die als Rachtirnt dienende Milch gemengt, so daß das unglückliche kleine Wesen als unschuldiges Opfer am nächsten Tage unter den größtlichen Qualen verstarb. — Die Angeklagte ist die einzige Tochter ehrbarer Handwerkerleute, die sich schlecht und recht durchs Leben schlagen mühen. Bald nach ihrer Entlassung aus der Schule mußte die S. einen Dienst annehmen. Aber schon nach kurzer Zeit wurde sie auf mehreren Dienststellen wieder entlassen. Am 1. Dezember v. J. wurde die S. von dem Werkmeister Heimow in Charlottenburg als Dienstmädchen angenommen. Anfanglich führte sie sich sehr gut. Bald aber delog sie die Herrschaft, kam spät nach Hause und war sehr unordentlich und unanständig. Frau S. hätte die Angeklagte längst schon entlassen, wenn diese sie nicht insändigt gebeten hätte, sie wenigstens doch so lange zu behalten, bis sie einen neuen Dienst gefunden habe. Diese Gutwilligkeit sollte für Frau S. in dem höchsten Maße „große Sünde“ als sich die Angeklagte hierbei wiederum als faul und lägerlich erwies, wurde ihr von Frau S. endgültig der Dienst gelündigt. Am Abend desselben Tages sagte das Mädchen einen

wahrhaft teuflischen Plan. Sie füllte einen Fingerhut voll Zucker-säure, die zum Putzen des inneren Badzimmers bestimmt werden sollte, und schüttete das Gift in die Milch des kleinen Knaben, welche dieser in der Nacht trinken sollte. Hierauf begab sich die jugendliche Verbrecherin ruhig in ihre Kammer und legte sich schlafen, als ob nichts geschehen sei. Wie sie vor Gericht auf Befragen des Vorsitzenden erklärte, habe sie sogar in dieser Nacht sehr gut geschlafen, in der die Mutter selbst nichtsahnend ihrem Kinde den Ostrunk reichete. Am nächsten Morgen fand man den Kleinen mit verglasten Augen in seiner Wiege liegend. Es wurde sofort ärztliche Hilfe hinzugezogen, die jedoch nichts mehr ausrichten konnte. Unter den schlimmsten Qualen verstarb das unglückliche kleine Wesen am Nachmittag des 29. Mai. Der Verdacht eines Verbrechen tauchte zuerst in der Mutter des auf so schändliche Weise umgebrachten Kindes auf. Am 30. Mai wurde die Angeklagte verhaftet und der Polizei in Charlottenburg vorgeführt, der sie die ihr zur Last gelegte Straftat mit aller Energie bestritt und sogar die unglückliche Mutter des getöteten Kindes verdächtigte, daß sie selbst ihr Kind ermordet habe. Erst später legte sie ein offenes Geständnis ab, welches sie gestern vor Gericht wiederholte. — Der Berichtschreiber Dr. J. e. r. i. ch hat an der Leiche des getöteten Kindes, trotz eingehender Untersuchungen, Spuren von Jodäure nicht entdecken können. Unter den übrigen medizinischen Sachverständigen stellte sich eine Uneinigkeit über die Frage heraus, ob die geringe Menge des genossenen Giftes als alleinige Todesursache in Betracht komme. Rechtsanwält Dr. Theodor Liebnecht stellte deshalb den Antrag, durch Hinzuziehung weiterer Sachverständiger diesen Punkt völlige Klarheit zu schaffen. Das Gericht beschloß, die Sache zu vertagen und zu dem nächsten Termin den Geheimen Rat Prof. Dr. Liebreich zu laden sowie ein Gutachten des königlichen Obermedizinalkollegiums einzuholen. — Hoffentlich bringt der nächste Termin auch darüber etwas Klarheit, welche Gründe das angeklagte Kind zu der furchtbaren Verwahrlosung geführt haben und ob es die zur Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlung erforderliche Einsicht besaß. Gerade in den Jahren der Entwicklung zur geschlechtlichen Reife zeigen sich nicht selten krankhafte Veränderungen des Seelenlebens, die die Einsichtsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit außerordentlich beeinflussen. Ist das junge Mädchen geistig normal, so ist ihre euseigliche Tat unerklärlich.

Ein grober Unfug.

Der Veranlassung zu allerlei Attentatsgerüchten gab und in der Gegend des Michaelkirchplatzes längere Zeit große Aufregung hervorrief, wurde gestern vor der 142. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte abgeurteilt. Wegen Übertretung des § 360 Abs. 11 St. G. B. war der Techniker Paul J. e. n. i. s. ch in Gemeinschaft mit seinem Sohne, dem Schüler Waldemar J., angeklagt. Im Mai d. J. wurden die Anwohner des Häuserviertels an der Michaelkirchstraße fast alltäglich durch einen eigenartigen Vorgang erschreckt und beunruhigt. Auf der Straße und insbesondere auf dem Wasser ertönte wiederholt ein kanonenschußähnlicher Knall, der von einer starken Rauchentwicklung begleitet war. Der entstandene Rauch hatte einen eigenartigen penetranten Geruch, der anglichs Augenzeugen eines derartigen Vorfalls zu der Ansicht kommen ließ, es handle sich um irgend einen Sprengstoff, der von böswilliger Hand zur Explosion gebracht worden war. Infolge solcher Detonation brach eines Tages unter den Passagieren eines Vergnügungsdampfers, der gerade die Brücke passierte, beinahe eine Panik aus. Mit einem furchtbaren Knall explodierte auf der Wasseroberfläche plötzlich ein Gegenstand, der über das Brückengelände hinweg geschleudert worden war. Dieser grobe Unfug währte längere Zeit hindurch, ohne daß es gelang, den geheimnisvollen Sprengstoff oder den Attentäter festzustellen. Schließlich wurde der Angeklagte J. e. n. i. s. ch eines Tages beobachtet, wie er in Gemeinschaft mit seinem Sohne ein derartiges „Attentat“ verübte. Der Sachverhalt klärte sich in der Weise auf, daß der Angeklagte sich den seiner Ansicht nach harmlosen „Scherz“ geleistet hatte, Gemisch-reines Natrium in das Wasser zu werfen. Dieses Präparat hat die Eigenschaft, daß es sich, sobald es mit Wasser in Berührung kommt, entzündet und unter starker Rauchentwicklung mit lautem Knall verbrennt. — Das Schöffengericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß durch die Handlung des Angeklagten Paul J. e. n. i. s. ch das Publikum in ziemlich starkem Grade beunruhigt worden sei, auf die höchst zulässige Strafe von 150 Mark eventuell 15 Tage Haft. Der mitangeklagte Sohn wurde freigesprochen.

Vater Staat als Arbeitgeber.

Der Postbeamte Egger in Pader beschied hat aus der Postkasse 20 Mark veruntrent. Das E. r. urgericht in Augsburg verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis. Der königliche Beamte hatte einen Monatsgehalt von 75 Mark! Der Eisenbahnbeamte Kuschel in Steinbach im Allgäu entnahm zur Dedung seines Defizits im Familienhaushalt der amtlichen Kasse den Betrag von 140 Mark. Diesen Mann schickt Vater Staat nun 7 Monate ins Gefängnis, während er ihm vorher zumute, mit 89 Mark Monatsgehalt sein und seiner Familie Leben zu fristen!

Vermischtes.

Zur Bekämpfung unserer Polizeizustände.

Der „Frankfurter Zeitung“ geht über eine nächtliche Arrestierung in Wiesbaden folgende Darstellung zu:
Heinrich von der Generalversammlung des Vereins „Wiesbadener Presse“. Spät in der Nacht. Reich Kroll, wodurch ich ruhiger Wanderer die Aufmerksamkeit eines nächtlich vereinsamten Schutzmannes geweckt habe!
„Wie heißen Sie?“ herrscht er mich plötzlich an.
„Donach haben Sie mich jetzt nicht zu fragen.“
„Ein Wort gibt das andere. Schließlich zeige ich ihm meinen Reisepass.
Trotzdem — hum, ich bin arretiert.
Nacht, nach der Wache!
Zwei Herren, welche den ganzen Vorgang mit angesehen, folgen.
„Bitte, laufen Sie nicht so rasch! Ich bin lebend!“
„Das sagt jeder Faulenzler. Wir werden's Ihnen auf der Wache schon besorgen.“
Stehen, Schupfen, Knuffen.
„Sie denken wohl, ich bin der „Hauptmann von Köpenick“?
„Das können Sie auch sein. Oder Sie sind ein Russe oder sowas. Aber wir leben hier in Deutschland. Und wenn Sie nicht gleich laufen, kriegen Sie Kette.“
Ich laufe.
Trotzdem — hum, hab' ich die Kette, um's Handgelenk und werde gefesselt dahingezogen.
„Sie haben doch wohl auf der Wache einen Vorgesetzten, der mich verhören wird?“
„Nein, das werde ich selbst besorgen. Und wenn Sie noch viel reden, behalten wir Sie dort.“
Allerhand Schimpfwörter, wie „Lump“, „Hochstapler“ usw., folgen.
Noch bevor wir die Wache erreichen, wollen sich die beiden begleitenden Herren entfernen. Ich bitte sie, mitzukommen, um als Zeugen zu dienen.
Sie lehnen es ab und empfehlen sich in kordialster Weise dem Schutzmännchen. Vielleicht waren es zwei Geheimpolizisten. — Auf der Wache, Adlerstraße, die antwortende Schutzmännchen beim Staltpiel.
Rein Transporteur zieht mich ins Nebenzimmer. Das Verhör beginnt.
„Sind Sie Fremder?“
„Nein. Ich wohne bereits ein Jahr hier, war aber inzwischen wiederholt auf Reisen.“

Ich so, Sie sind ein Stenendrücker! Wenn Sie schon ein Jahr hier sind, müssen Sie im Adreßbuch stehen."

"Da stehe ich nicht drin."
"Nicht? Ist bedenklich!"
"Ich wohne in einer Pension." —
Inzwischen war der Lat in Nebenzimmer beendet. Hier schymmten prüfend neuerdings meinen Paß. Fordern mich dann allesamt auf, sofort die Wache zu verlassen.
Bevor ich noch etwas antworten kann —
"Hinaus mit dem Kerl! Hinaus!" Ichreiß es durcheinander. Auf die Straße geworfen bin ich.
Ich will mir die Hausnummer der gaslichten Wache notieren — mein Transporteur jagt mich vom Bürgersteige. —
Am nächsten Morgen — mein Handgelenk, um welches die Kette lag, arg geschwollen. Ich gehe zu meinem Hausarzt, der die durch das Anziehen der Kette verursachte Geschwulst, sowie die Spuren der Strangulierung feststellt. Auch macht er mich darauf aufmerksam, den "Fall" dem polizeilichen Kreisarzt Geh. Medizinalrat Dr. Gleismann vorzulegen.
Sofort begehde ich mich nach dessen Wohnung.
"Rein", erwidert der Herr Kreisphysikus, "ich lehne es ab, von der Verwundung Kenntnis zu nehmen. Ich will das nicht sehen."
Infolge der Strangulierung, die heftige Schmerzen verursacht, bin ich unfähig, heute zu schreiben.
So geschah im Weltkurort Wiesbaden, am 26. Oktober 1906!

Karl Wötcher,
Schriftsteller.

Wiesbaden, Abeggstr. 2.
Eine schleimige amtl. Untersuchung des Falles ist unbedingt geboten. Durch Erkundigungen, die die "Frei. Ztg." eingezogen hat, ist der Vorfall im wesentlichen festgestellt worden.

Ueberehren. Ähnlich wird gemeldet: Heute vormittag 6 Uhr 20 Minuten ist bei Kilometer 71,8 zwischen den Bahnhöfen Mathenow und Groß-Bubitz eine von einem Juge der Richtung Stendal-Berlin überfahrene und getöte weibliche Person im Alter von etwa 86 Jahren aufgefunden worden. Ob ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, muß die eingeleitete Untersuchung ergeben. — Am 27. d. Mts. ist im Meis 1 am Bahnhof Debitzfeld kurz nach Ausfahrt des Zuges 996 nach Braunschweig, Debitzfeld ab 6 Uhr 53 Minuten nachmittags, ein Reisender tot aufgefunden worden. Vermutlich ist derselbe beim Abspringen von dem bereits in der Ausfahrt begriffenen Zug verunglückt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Absturz in den Bergen. Eine Korrespondenz meldet aus Gastein: Fünf reichsbedeutende Hochtouristen unternahmen am 28. Oktober eine Tour auf den Rastniger Tauern und verloren in einem furchtbaren

Schneegeföhber den Weg. Der Mediziner Hans Lamfert aus Düsseldorf stürzte ab, blieb mehrfach verletzt, bewußlos liegen und konnte erst nach fünfstündiger Rettungstour von seinen Gefährten zu Tal gebracht werden. Die Verletzungen Lamferts sind nicht lebensgefährlich.

Ein graufiger Tod.

Biserta, 28. Oktober. Heute früh sind drei Luken des Unterseebootes "Lutin" geöffnet worden. Die Leiche des Leutnants Zepow wurde in der vorderen Abteilung gefunden; vier Mann der Besatzung befanden sich in der vorderen und fünf in der hinteren Abteilung, die übrigen sollen ganz vorne liegen. Der Tod der Leute soll, wie amtlich mitgeteilt wird, am 16. d. M., mittags, eingetreten sein. Die erste Untersuchung des Bootes läßt darauf schließen, daß durch Offenlassen der Ventile zum Einnehmen von Wasserballast Wasser in das Boot eingedrungen ist, und daß durch zu starken Druck im Innern desselben mehrere Schotten eingedrückt worden sind.

Biserta, 28. Oktober. Nach einem Bericht der Marineärzte sind die bei dem Untergang des Unterseebootes "Lutin" umgekommenen Personen am Erstungstode infolge des Druckes auf zu großer Tiefe gestorben. Man nimmt an, daß die Besatzung sehr schnell gestorben (?) ist.

Ueber ein schweres Eisenbahnunglück wird aus Amerika gelabelt. New York, 28. Oktober. Ein elektrischer Zug der Pennsylvania-eisenbahn stürzte heute nachmittags durch die offene Zugbrücke bei Pleasantville (New Jersey). Eine große Anzahl Personen lügte bei dem Unfall ihr Leben ein; die Zahl der Umgekommenen beträgt zwischen 50 und 80 Personen.

Ein weiterer Bericht besagt: New York, 29. Oktober. Die Wagen des Eisenbahnzuges, der gestern bei Pleasantville durch die offene Zugbrücke stürzte, fielen in das zwischen Atlantik City und dem Festlande liegende Gewässer. Bisher sind 9 Leichen geborgen worden. 20 Personen, die Verletzungen erlitten haben, sind gerettet und in das Krankenhaus geschafft worden. Zahlreiche Leichen befinden sich noch in den 30 Fuß tief im Wasser liegenden Wagen.

New York, 29. Oktober. Nach weiteren Meldungen aus Pleasantville (New Jersey) sind bei dem Eisenbahnunglück 44 Personen ertrunken und am Nitternachts geborgen worden. Man glaubt, daß wenigstens 25, möglicherweise 50 Leichen noch im Wasser liegen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 4. Heft des 25. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Ein Zusammenbruch. — Liberalismus und Arbeiterpartei. Von Th. Rothstein. — Georg Bernard Shaw als Dramatiker und Sozialist. Von M. Koch. (Schluß). — Der neue Laizis der Buchdrucker. Von K. Staudt. — Die

zwei Methoden der Gewerkschaftspolitik. Von Rosa Luxemburg. — Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter. Von J. Wilmann (Bochum). — Literarische Rundschau: Otto Erich v. Busson, Geschichte und Entwicklung der Bauernhäuser nach Mitteilungen von Oskar Zick. Von ad. br. Lakshio Sean, Koforo. Von demselben: Koforo. Von G. Uffken. — Notizen: Schmelde-Vereinsgenossenschaft. Von E. G. Vom deutschen Oßbau. Von ris.

Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der "Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 22 des 16. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Die Lohnfrage und die Frauen. Von D. — Frauenstimmrecht und Wahlrechtskampf in Oesterreich. Von Clara Zellin. — Von der sozialistischen Frauenbewegung in Italien. Von Gisela Wiegand-Lindner. — Wenn die Frauen erwachen. Von m. g. — Eine freie Schule vor fünfzig Jahren. Von Anna Bloß. — Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland. Von Clara Zellin. (Fortsetzung). — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Vom Wahlrechtskampf der Arbeiter und Arbeiterinnen in Braunschweig. — Politische Rundschau. Von G. L. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Stahnenstein. — Kollegien: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Heulleton: Der Nächstling. Von Ede Dell. — Ein gutes Gewissen. Von Alexander v. Meiland.

Für unsere Kinder: Sprach. Von Friedrich Küfner. — Die Farbe der armen Komita. Von Lu Kärlin. — Vom schlafenden Apfel. Von Robert Reimick. (Bedicht). — Ihr Edel alle, wohin? Von Brand. — Die Squaw. Von H. Hendrich. — Herbst. Von Anna Maria Biel. (Bedicht).

Die "Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Witterungsübersicht vom 29. Oktober 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. d. Tag, Temp. d. Nacht, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. d. Tag, Temp. d. Nacht.

Wetterprognose für Dienstag, den 30. Oktober 1906. Einmal wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Regenfällen und lebhaften südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Dienstag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: General-Versammlung in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Verband der Kürschner Berlins und Umgegend. Mittwoch, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Alten Schützenhause“, Finienstr. 5: General-Versammlung.

Konsum-Verein für Tegel und Umgegend. Donnerstag, den 8. November, abends 8 Uhr, in Krapp's Festsälen, Tegel, Bahnhofstraße 1: Ordentliche General-Versammlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Mittwoch, den 31. Oktober 1906, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung aller in der technischen Hartgummibranche beschäftigten Arbeiter im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstraße 11-12.

Bezirks-Versammlung für Steglitz, Groß-Vichterfelde u. Umg. Mittwoch, den 31. Oktober 1906, abends 8 Uhr: Versammlung aller in der technischen Hartgummibranche beschäftigten Arbeiter im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstraße 11-12.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises. Todes-Anzeige. Am 27. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Schneider Christian Lehnig.

MUSIK-WERKE aller Art. Segen Monatsraten 2 Mk. an. J. J. Katalog No. 650 gratis u. frei. Bial & Freund, Breslau II.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin. Sonntag, den 11. November er., vormittags präzise 10 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15: Ordentliche General-Versammlung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband. Mittwoch, den 31. Oktober 1906, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Feind, Weinstraße 11.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Mittwoch, den 31. Oktober 1906, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 7: Branchen-Versammlung der Perlmutter- u. Knopfarbeiter.

Rauchklub „Veilchenblau“ (Mitgl. d. U.R.B.). Todes-Anzeige. Am 27. d. Mts. verstarb unser Eisenbruder Christian Lehnig im 44. Lebensjahre.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer. Unseren sowie den Mitgliedern des Sängervereins der Putzer zur Nachricht, daß unser Mitglied Ludwig Conradt verstorben ist.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege Karl Gedatus am 28. Oktober gestorben ist.

Zentralverband der Dachdecker. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Am Freitag, den 28. Oktober, verstarb nach langem schweren Krankenlager unser Kollege Adolf Lange.

Dankfagung. Für die innige Teilnahme und für die vielen Krangpenden bei der Beerdigung meiner unvergesslichen Frau lag ich allen Freunden und Bekannten meinen besten Dank.

Arbeiter-Raucher-Bund Berlins und Umgegend. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Bundesbruder Christian Lehnig aus Klub „Veilchenblau“ am 27. d. Mts. verstorben ist.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer. Unseren sowie den Mitgliedern des Sängervereins der Putzer zur Nachricht, daß unser Mitglied Ludwig Conradt verstorben ist.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Todes-Anzeige. Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege Karl Gedatus am 28. Oktober gestorben ist.

Zentralverband der Dachdecker. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Am Freitag, den 28. Oktober, verstarb nach langem schweren Krankenlager unser Kollege Adolf Lange.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, legen allen Teilnehmern, besonders den Kollegen der Firma Solobel, dem Ver. d. Köpfer Berlins, dem Sängerverein „Frei“, dem Schützengilde „Vormärts“, Reinickendorf, unseren besten Dank.

Dankfagung. Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, legen allen Teilnehmern, besonders den Kollegen der Firma Solobel, dem Ver. d. Köpfer Berlins, dem Sängerverein „Frei“, dem Schützengilde „Vormärts“, Reinickendorf, unseren besten Dank.

Dankfagung. Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, legen allen Teilnehmern, besonders den Kollegen der Firma Solobel, dem Ver. d. Köpfer Berlins, dem Sängerverein „Frei“, dem Schützengilde „Vormärts“, Reinickendorf, unseren besten Dank.

Dankfagung. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die vielen Krangpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Schraubendrehers Gustav Röhle legen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen von Siemens-Schuckert, Charlottenburger Werf, Abt. 85, dem Metallarbeiterverband und dem Arbeiterverein von Rixdorf, 8 Bezirk, unseren herzlichsten Dank, und ebenfalls besten Dank meinen Eltern und meinen Kollegen und Kolleginnen der Firma Helmer u. Co. für die schöne Krangpende.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herrenmoden. Herren-Garderobe - Ersatz für Maß. - Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung. Julius Fabian, Schneidermeister, Große Frankfurterstraße 37, II. Eingang Straußberger Platz.

Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herrenmoden. Bestellungen nach Maß, tadellose Ausführung i. eigener Werkstatt. Spezial-Geschäft für Herren-Bekleidung. Kein Waren-Kreditkauf. J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke 1, I. An der Jannowitzbrücke.

